Nr. 25 ★ 14. Jahrgang

Stuttgart, 23. Juni 1906

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag. Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart. Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Moderne Gewerkschaftstaktik.

I.

—r. Wie die Handlungsweise eines einzelnen Menschen von seiner Charakteranlage, seiner Weltanschauung und seiner Umwelt beeinflußt wird, so ist auch die Taktik, die die Handlungsweise einer Gruppe bestimmt, das Ergebnis einer Reihe von Faktoren sozialer, psychischer und wirtschaftlicher Natur, deren Zusammenwirken dem Tun und Lassen der Gruppe ein bestimmtes Gepräge aufdrückt. Da diese Faktoren nicht unwandelbar sind, sondern einer fortwährenden Veränderung unterliegen, so ist auch die Taktik nicht etwas Starres, Unabänderliches, sondern sie wechselt und wandelt sich im Laufe der Zeiten. Daher ist es verkehrt, sich auf eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, indem man sich als verknöcherten Dogmatiker aufspielt, anstatt dem Gesetze der Entwicklung Rechnung zu tragen und seine Taktik von Zeit zu Zeit einer Nachprüfung zu unterziehen. Wir sprechen hier, wohlgemerkt! nicht von dem taktischen Vorgehen in einem Einzelfall, sondern von der Grundrichtung, die eine Gruppe bei ihrem Vorwärtsschreiten einschlägt. Unter diesem Gesichtspunkte wollen wir einmal die moderne Gewerkschaftstaktik beleuchten.

Die bedeutendste und folgenschwerste Schöpfung einer jeden Gruppe sind ihre geistigen Werte, das heißt dasjenige, was sie wertschätzt, und dasjenige, dem sie nachstrebt. So kommt es auch bei der Gewerkschaftsbewegung wesentlich auf ihre Weltanschauung und ihr Ziel an. Die modernen Gewerkschaften erstreben die Hebung der Arbeiter in wirtschaftlicher, sozialer, geistiger, moralischer und künstlerischer Beziehung; sie huldigen nicht einem öden, platten Genußmaterialismus und erschöpfen sich nicht in einem Kampfe um die Futterkrippe, sondern sie betrachten die Hebung der rein materiellen Lebenshaltung, die besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen als die Vorbedingung einer höheren Kultur und eines höheren Menschentums. Als ihr Ziel betrachten sie die Befreiung der Arbeiter von den Fesseln und Banden, in denen sie schmachten: sie wollen der Arbeit die Sklavenketten nehmen und sie zu einer genußreichen, segenspendenden Tätigkeit umgestalten; sie wollen den Arbeiter aus der Umschlingung des Aberglaubens und des Dogmas befreien und ihn zu einem selbständigen Denker erziehen; sie wollen ihm Bewegungsfreiheit schaffen, seine antisozialen Triebe ersticken und sein Solidaritätsgefühl wecken; sie wollen, mit einem Worte gesagt, den Arbeiter zu einem Menschen machen, der sich als Mensch bewegt und ein menschenwürdiges Dasein führt. Das größtmöglichste Glück für eine größtmöglichste Anzahl — das ist das Ziel, dem die moderne Arbeiterbewegung im allgemeinen und die moderne Gewerkschaftsbewegung im besonderen nachstrebt.

Und zwar soll dieses Ziel schon im Diesseits erreicht werden und nicht erst im sogenannten besseren Jenseits. Hier tritt sofort der Unterschied zwischen den christlichen und den modernen Gewerkschaften deutlich zutage, und hier scheiden sich ihre Wege. Bekanntlich ist das Christentum, eben weil es den Schwerpunkt des Menschendaseins ins Jenseits verlegt, eine Religion der Weltverneinung. Der wahre Christ verachtet diese Welt und ihre Lust; er empfindet das Leben als eine Last, von der er erlöst sein möchte. Und darum verhält sich das wahre Christentum allen großen Lebensbejahungen gegenüber ablehnend; es hat keinen Sinn für Schönheit, edle Sinnlichkeit, Gedankenfreiheit, vor allen Dingen auch nicht für den Kampf um eine menschenwürdige Ausgestaltung des Daseins.

Diese Weltanschauung drückt der christlichen Gewerkschaftsbewegung ihren Stempel auf. In einem „Belehrungs- und Erbauungsbuch für christliche Arbeiter" finden wir folgende Stellen: „Wenn ihr also bei euren gemeinen Speisen nach den feinen und ausgesuchten Speisen der Reichen verlangt; wenn ihr sie um ihre wohlbestellten Tafeln beneidet; wenn ihr denket oder sprechet: säßen wir nur auch an solchen Tafeln, hätten wir nur auch solche Leckerbissen und gut zu essen und zu trinken usw., so habt ihr die Mäßigkeit noch nicht. Arbeit und Mühe, und zwar unausgesetzte Arbeit und Mühe ist das große Gesetz des Lebens, und von ihm kann es keine Ausnahme geben. Und wenn selbst ein größeres Maß von Arbeit und Mühe dir beschieden wäre und ein größeres Kreuz auf dir läge, als auf hundert anderen, weißt du nicht, daß die kurzen und vergänglichen Anstrengungen und Beschwerden dieses Lebens dir einen ewigen und überschwenglichen Lohn erwerben. Zur Arbeit ist uns das Leben gegeben, zur Ruhe ist die Ewigkeit bestimmt. Groß ist also der Nutzen der Arbeitsamkeit; sie erhält Leib und Seele gesund, verschafft uns ausreichenden Lohn und das Anrecht auf den Genuß der irdischen Güter und erwirbt uns reichlichen Lohn im Himmel."

Hier haben wir das Christentum in Reinkultur. Wenn wir auch ganz gut wissen, daß sich die bessersituierten Christen den Teufel um die Entsagung scheren und sich das Leben zu einem Freudental umgestalten, während sie den Arbeitermassen das Eiapopeia vom Himmel vorsingen, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß das Christentum für eine emporstrebende Arbeiterbewegung keinen Platz hat. Es ist ja klar, daß eine Religion, die ihre Hoffnung auf das Jenseits setzt, nicht eine Strömung unterstützen kann, die das Diesseits zu einem Himmelreich machen will. Und in der Tat lehrt uns die Geschichte, daß die christlichen Völker solange in Elend, Unwissenheit und Unfreiheit stecken geblieben sind, bis sie den Glauben über Bord warfen und sich mit Hilfe ihres Verstandes selbst ein besseres Dasein schufen. Seitdem die Menschheit ungläubig geworden ist und sich mit beiden Beinen fest auf die Mutter Erde stellte, können wir erst von einer neuen Kulturentwicklung sprechen. Der Unglaube ist die Begleiterscheinung einer jeden Emanzipationsbewegung, denn wer es verlernt hat, auf die Hilfe eines Herrgotts oder auf das Paradies im Jenseits zu hoffen, der wird sich sein eigenes Glück im Diesseits schmieden. Daher befolgt auch die moderne Gewerkschaftsbewegung naturgemäß eine antireligiöse Taktik; sie bekämpft die Religion nicht als eine Gemüts- oder Glaubenssache — das muß jeder Mensch mit sich selbst abmachen! —, sondern sie bekämpft sie als ein Mittel, die Arbeiterklasse von dem Kampfe um ein menschenwürdiges Diesseits abzuhalten und sie durch die Mohnkörner des Jenseits in den Schlaf zu lullen.

Die christliche Weltanschauung hat eine Ermattung und eine Hoffnungslosigkeit im Gefolge, die den Menschen an der Erde verzweifeln läßt und ihn zu einem Spielball in der Hand des blinden Schicksals macht. Eine dumpfe Gleichgültigkeit lag über dem christlichen Mittelalter; sie hatte die Tatkraft der germanischen Völker gelähmt und ihre Entwicklung gehemmt.

Aus diesem weichlichen und verweichlichenden Charakter des Christentums erklärt sich denn auch die Kraftlosigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung, ihr Zurückschrecken vor jedem ernstlichen Kampfe, ihre Neigung zu Kompromissen, ihre schlappe, zweideutige Haltung bei Zusammenstößen mit dem Unternehmertum, ihre Unselbständigkeit dem Einfluß der Geistlichkeit und der Obrigkeit gegenüber, ihre Knechtseligkeit und ihr stetes Bestreben, sich nach oben hin „Liebkind" zu machen.

„Die Obrigkeit," so lesen wir in dem erwähnten Erbauungsbuch, „die Obrigkeit, die Vorgesetzten, die Regenten sind von Gott gesetzt. Jeder, der Macht und Ansehen hat, der das Recht besitzt, über andere zu befehlen, anderen etwas vorzuschreiben oder aufzuerlegen, hat diese Macht, dieses Ansehen, dieses Recht nicht ohne den Willen, ohne die Zulassung Gottes, denn Gott regiert alles. Diese Ehrfurcht fordert von uns, daß wir den Obrigkeiten untertan sind. Gibt es nicht Menschen, welche in nichts anderem Vergnügen finden, als ihre Vorgesetzten zu tadeln, ihre Verirrungen auszuposaunen, ihre Handlungen zu bespötteln, ihre Schritte zu verdächtigen? Möchte jede Widersetzlichkeit, jeder Trotz, jedes Murren unter den Menschen aufhören? Möchte doch jeder Untergebene es einsehen, daß Gehorsam gegen seine Vorgesetzten sein schönster Schmuck, seine schönste Zierde sei!"

Eine erbärmlichere Memmenhaftigkeit, eine schlimmere Ertötung des Selbstbewußtseins des freien Mannes läßt sich wohl kaum denken.

Dieser Taktik der Schlappheit und der Kriecherei gegenüber verfolgt die moderne Gewerkschaftsbewegung eine Taktik der Kraft und des Selbstbewußtseins. Sie will die Arbeiter zu Kämpfern erziehen, die bereit sind, ihr Leben in die Schanze zu schlagen, wenn es gilt, die Welt umzugestalten; sie will sie zu freien Männern machen, die aufrecht stehen und mit erhobenem Haupte durchs Leben gehen. „Männerstolz vor Königsthronen!" lehrt sie, und das andere Schillerwort: „So hoch gestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihm verachte!" pflanzt sie als Panier auf. Daher nennen sich die modernen Gewerkschaften mit Stolz Kampforganisationen, weil sie nichts geschenkt haben wollen, sondern immer darauf aus sind, sich ihr gutes Recht zu erkämpfen. Sie verzichten auf die Hilfe des kapitalistischen Klassenstaates und auf die Wohltaten des Unternehmertums, weil sie wissen, daß ihnen Staat und Unternehmertum nichts geben können, was sie ihnen nicht vorher genommen haben. Um so mehr aber vertrauen sie auf ihre eigene Kraft und den Sieg ihrer gerechten Sache. Diese Kampftaktik ist das charakteristische Kennzeichen der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Der Christliche Holzarbeiterverband am Ende des Jahres 1905.

Die einzige Organisation, welche imstande ist, die Interessen der Holzarbeiter wirksam zu vertreten und ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig zu beeinflussen, ist der Deutsche Holzarbeiterverband. Wir wollen an dieser Stelle nicht im einzelnen auf die Leistungen unserer Organisation hinweisen; die Tatsache allein, daß die deutschen Holzarbeiter in Massen unserm Verband zuströmen, während die Konkurrenzorganisationen trotz der Unterstützung, die ihnen von einflußreicher Seite gewährt wird, nur langsam vorwärts kommen oder gar zurückgehen, beweist die Richtigkeit unserer Behauptung.

Es soll keineswegs bestritten werden, daß es Orte gibt, in welchen der Christliche Holzarbeiterverband oder der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein eine verhältnismäßig große Mitgliederzahl hat, es handelt sich aber hierbei fast durchweg um kleinere Orte, und der geringe Gesamtumfang der genannten Organisationen läßt erkennen, daß es ihnen, selbst wenn sie den besten Willen dazu hätten, nicht möglich wäre, einen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der deutschen Holzarbeiter auszuüben. Es wäre jedoch verfehlt, wollten wir uns auf den Standpunkt stellen, daß man diese Konkurrenzorganisationen am besten vollständig ignoriert, denn wenn auch ihre positiven Leistungen sehr bescheiden sind, so liegt ihre hauptsächlichste Bedeutung darin, daß sie mitunter in die Lage kommen, sich dem Streben der Berufsgenossen nach Verbesserung ihrer Lage hindernd in den Weg stellen zu können. Und daß sie gegebenenfalls bereit sind, die Position der kämpfenden Kollegen durch Anfertigung von Streikarbeit und durch Einnahme der von Streikenden verlassenen Plätze zu verschlechtern, ja daß sie nicht davor zurückschrecken, den Unternehmern mit der Lieferung von Streikbrechern beizuspringen, haben sowohl Christen als Hirsche in ausreichendem Maße, wenn auch nicht immer mit dem gleichen Erfolg bewiesen.

Schon dieser Gesichtspunkt rechtfertigt es, daß wir die Mitgliederbewegung in den für unsere Berufe existierenden Organisationen verfolgen; es kommt aber außerdem in Betracht, daß die Kenntnis von den Veränderungen im Mitgliederstand jener Verbände auch für unsere Funktionäre von gewissem Interesse ist. Wir veröffentlichen die zu unserer Kenntnis gelangenden Zahlen um so lieber, als der Gewerkverein sowohl als auch der Christliche Holzarbeiterverband sich große Mühe geben, sie geheim zu halten.

Der Gewerkverein der Tischler hat es anscheinend aufgegeben, seine Abrechnung zu veröffentlichen; viel Staat könnte er damit auch nicht machen, denn er hat seinen Höhepunkt überschritten. Aus der Zusammenstellung, die seinerzeit im „Gewerkverein" gegeben wurde, geht hervor, daß die Tischler im Jahre 1905 von 8579 auf 8078 Mitglieder zurückgegangen sind. Wie sich diese Zahl auf die einzelnen Orte verteilt, ist uns nicht bekannt geworden. Die „Eiche" hat sich kürzlich etwas über die Zahl unserer Mitglieder und der des Gewerkvereins in Oberschlesien zurecht geschwätzt; wenn sie sich dafür interessiert, so sind wir gern erbötig, ihr unsere Verbandsabrechnung zur Verfügung zu stellen, damit sie sich aus erster Hand informieren kann; wir fürchten jedoch, daß das Organ des Gewerkvereins von diesem Angebot keinen Gebrauch machen wird. Der Gewerkverein müßte in diesem Falle doch anstandshalber auch seine eigene Abrechnung herausgeben, und dazu wird er um so weniger bereit sein, als er sie sogar seinen eigenen Mitgliedern vorenthält. Er weiß warum!

Ein wenig offenherziger ist der Christliche Holzarbeiterverband. Seit einiger Zeit tauscht er die Abrechnungen mit uns aus; er verfährt jedoch bei diesem Tausch nicht sehr christlich, denn er nimmt mehr als er gibt. Die Mitgliederzahl ist für die Christen ein fast ebenso heikler Punkt als für die Hirsche. Die Quartalsabrechnung des Christlichen Holzarbeiterverbandes, welche als Beilage des Verbandsorgans gedruckt, diesem jedoch nicht beigelegt, sondern besonders versandt wird, enthält wohl die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zahlstellen, aber weder die Zahl der Mitglieder an den einzelnen Orten, noch die des Gesamtverbandes. Die Mitgliederzahl wird als besonderes Heiligtum betrachtet, das nur wenigen Auserwählten zu Gesichte kommen darf.

Vierteljährlich, gleichzeitig mit der Quartalsabrechnung, gibt der Vorstand des Christlichen Holzarbeiterverbandes eine besondere „Übersicht über die Entwicklung der Zahlstellen" heraus. Dieselbe enthält, nach Agitationsbezirken geordnet, deren es zurzeit 23 gibt, die einzelnen Zahlstellen mit der Mitgliederzahl am Quartalsschluß, die Zu- oder Abnahme gegen das vorige Quartal, den Wochenbeitrag, den an dem betreffenden Ort der christliche und der „sozialdemokratische" Verband erhebt und die Adresse des Zahlstellenvorsitzenden. Am Kopf enthält das Heft die Adressen der Verbandssekretäre (besoldete Gauvorsteher) und der Arbeitersekretäre, welche Mitglieder des Christlichen Holzarbeiterverbandes sind. Diese Übersicht ist, wie es in dem Heft heißt, „nur für die Ortsverwaltung, die Vertrauensmänner, Bezirksvorsitzenden und für jene Kollegen bestimmt, welche in der Agitation mit tätig

sind. Diese hier genannten Kollegen können in einer gemeinsamen Sitzung in die Statistik Einblick nehmen und daraus die nötigen Lehren ziehen. **Die Übersicht ist gut aufzubewahren, damit sie nicht in andere Hände kommt".**

Vielleicht weiß uns der Vorstand des Christlichen Holzarbeiterverbandes Dank, daß wir ihn durch die Veröffentlichung des Inhaltes seiner Broschüre der Mühe überhoben haben, seine Geheimniskrämerei weiter zu betreiben. Einer Geheimniskrämerei, die umso überflüssiger sein sollte, als sie sich auf Dinge bezieht, deren Publikation in jeder Organisation, die ehrlich operiert, als selbstverständlich gilt.

Wir geben nun nachstehend die Mitgliederzahlen in den einzelnen Zahlstellen des christlichen Verbandes vom Jahresschluß 1905. Zum Vergleich haben wir die Mitgliederzahlen unseres Verbandes in den betreffenden Orten daneben gestellt und gleichzeitig auch die entsprechenden Zahlen vom Ende des Jahres 1904 beigefügt. Hierbei ist zu beachten, daß die Zahlen des christlichen Verbandes pro 1905 der erwähnten „Übersicht" entnommen sind, während die entsprechenden Zahlen des Jahres 1904 von uns auf Grund der laut Abrechnung gezahlten Beiträge berechnet wurden. Die Zahlstellen sind entsprechend der im Deutschen Holzarbeiterverband geltenden Gaueinteilung gruppiert, doch sind die Orte, in welchen der Deutsche Holzarbeiterverband allein in Frage kommt, fortgelassen.

	Christlicher Holzarbeiterverband			Deutscher Holzarbeiterverband		
	IV. Qu. 1904	IV. Qu. 1905	+ oder —	IV. Qu. 1904	IV. Qu. 1905	+ oder —
Gau Danzig.						
Bromberg	—	48	+ 48	115	160	+ 45
Czersk	30	16	— 14	—	—	—
Danzig	46	33	— 13	214	223	+ 9
Neustadt, Westpr.	—	28	+ 28	—	—	—
Zoppot	—	24	+ 24	33	46	+ 13
Summa	76	149	+ 73	362	429	+ 67
Gau Stettin.						
—	—	—	—	—	—	—
Gau Breslau.						
Breslau	61	62	+ 1	2406	2854	+ 448
Frankenstein	13	7	— 6	—	—	—
Gnesen	—	47	+ 47	—	—	—
Görlitz	35	47	+ 12	548	779	+ 231
Kattowitz	—	37	+ 37	43	123	+ 80
Neisse	23	71	+ 48	47	61	+ 14
Neustadt i. Schles.	—	18	+ 18	—	—	—
Posen	86	44	— 42	316	347	+ 31
Rothsürben	—	14	+ 14	—	—	—
Zabrze	—	3	+ 3	39	25	— 14
Summa	218	350	+ 132	3399	4189	+ 790
Gau Berlin.						
Berlin	100	170	+ 70	18705	22060	+ 3355
Schönlanke	—	65	+ 65	103	124	+ 21
Summa	100	235	+ 135	18808	22184	+ 3376
Gau Dresden.						
Bautzen	3	8	+ 5	199	216	+ 17
Dresden	9	3	— 6	3810	4092	+ 282
Meißen	—	3	+ 3	356	401	+ 45
Summa	12	14	+ 2	4365	4709	+ 344
Gau Chemnitz.						
Eilenburg	—	9	+ 9	213	276	+ 63
Leipzig	—	—	—	3784	4070	+ 286
Wilkau	—	3	+ 3	58	73	+ 15
Summa	—	12	+ 12	4055	4419	+ 364
Gau Erfurt.						
Mühlhausen i. Thür.	12	9	— 3	259	215	— 44
Gau Magdeburg.						
Braunschweig	—	14	+ 14	679	843	+ 164
Helmstedt	13	13	—	152	150	— 2
Magdeburg	3	17	+ 14	893	1203	+ 310
Summa	16	44	+ 28	1724	2196	+ 472
Gau Hamburg.						
Bremen	51	82	+ 31	1533	2445	+ 912
Hamburg	54	77	+ 23	4538	6466	+ 1928
Papenburg	—	250	+ 250	—	—	—
Wilhelmshaven	3	—	— 3	223	267	+ 44
Summa	108	409	+ 301	6294	9178	+ 2884
Gau Hannover.						
Beenungen	—	20	+ 20	—	—	—
Bielefeld	—	43	+ 43	496	677	+ 181
Dinklage	39	17	— 22	—	—	—
Göttingen	—	6	+ 6	72	110	+ 38
Hannover	71	60	— 11	2114	2410	+ 296
Harsum	48	32	— 16	—	—	—
Herford	57	98	+ 41	388	729	+ 341
Hildesheim	31	53	+ 22	102	106	+ 4
Oeynhausen	—	23	+ 23	35	104	+ 69
Osnabrück	38	33	— 5	185	169	— 16
Quakenbrück	12	10	— 2	72	60	— 12
Steinheim, Westfalen	—	37	+ 37	—	14	+ 14
Vlotho	—	16	+ 16	—	—	—
Wiedenbrück	—	37	+ 37	—	—	—
Würgassen	—	2	+ 2	—	—	—
Summa	296	487	+ 191	3464	4379	+ 915
Gau Düsseldorf.						
Aachen	125	233	+ 108	87	139	+ 52
„ -Burtscheid	54	59	+ 5	—	—	—
Ahlen	27	25	— 2	—	—	—
Ahrweiler	6	6	—	—	—	—
Altenessen	112	115	+ 3	—	—	—
Arnsberg	22	2	— 20	—	—	—
Barmen	62	52	— 10	728	822	+ 94
Elberfeld	78	80	+ 2			
Beckum	—	26	+ 26	—	—	—
Benrath	27	17	— 10	—	—	—
Blumenthal	—	30	+ 30	—	—	—
Bocholt	13	16	+ 3	—	—	—
Bochum	200	181	— 19	132	113	— 19
Bonn	22	33	+ 11	115	195	+ 80
Borbeck	—	16	+ 16	—	—	—
Brand	27	44	+ 17	—	—	—
Breinig	23	31	+ 8	—	—	—
Buer	—	10	+ 10	—	—	—
Castrop	7	7	—	11	25	+ 14
Cleve, Holzarbeiter	23	64	+ 41	—	—	—
„ Küfer	41	28	— 13	—	—	—
Cöln, Holzarbeiter	360	460	+ 100	1463	1634	— 44
„ Tapezierer	37	44	+ 7			
„ Küfer	—	31	+ 31			
„ -Deutz	21	20	— 1			
„ -Ehrenfeld	124	95	— 29			
„ -Nippes	12	9	— 3			
„ -Lindenthal	6	9	+ 3			
Kalk	57	40	— 17	99		
Mülheim a. Rhein	75	34	— 41	116		
Coesfeld	—	12	+ 12	—	—	—
Crefeld	48	76	+ 28	126	133	+ 7
Datteln	—	10	+ 10	—	—	—
Dorsten	10	7	— 3	—	—	—
Dortmund	101	83	— 18	357	397	+ 40
Duisburg	140	125	— 15	264	204	— 60
Dülmen	18	19	+ 1	—	—	—
Düren	—	67	+ 67	—	—	—
Düsseldorf	400	300	— 100	1122	1031	— 91
Essen, Holzarbeiter	195	220	+ 25	305	363	+ 58
„ Tapezierer	21	21	—	—	—	—
Eupen	35	71	+ 36	—	—	—
Gustkirchen	8	32	+ 24	16	17	+ 1
Gelsenkirchen	111	110	— 1	128	93	— 35
Gladbeck	32	43	+ 11	—	—	—
Goch	83	31	— 52	—	—	—
Greven	44	35	— 9	—	—	—
Hagen	40	66	+ 26	122	156	+ 34
Hamborn	—	6	+ 6	—	—	—
Hamm	—	23	+ 23	23	25	+ 2
Haspe	6	5	— 1	22	31	+ 9
Herne	23	27	+ 4	38	48	+ 10
Hilden	23	17	— 6	—	—	—
Horst-Emscher	—	16	+ 16	—	—	—
Iserlohn	16	8	— 8	42	43	+ 1
Isselburg	—	12	+ 12	—	—	—
Lennep	—	8	+ 8	—	—	—
Lippspringe	—	23	+ 23	—	—	—
Lippstadt	18	28	+ 10	25	17	— 8
Lünen	—	27	+ 27	—	—	—
Meschede	—	18	+ 18	—	—	—
Mülheim a. Ruhr	68	46	— 22	86	77	— 9
M.-Gladbach	62	46	— 16	40	37	— 3
Münster	460	325	— 135	66	82	+ 16
Neuß	33	25	— 8	49	27	— 22
Oberhausen	34	38	+ 4	60	53	— 7
Paderborn	95	77	— 18	17	38	+ 21
Rath	12	13	+ 1	—	—	—
Ratingen	18	15	— 3	—	—	—
Recklinghausen	42	49	+ 7	—	—	—
„ Süd	—	14	+ 14	—	—	—
Rees	8	24	+ 16	—	—	—
Remscheid	8	19	+ 11	33	110	+ 77
Rheydt	14	1	— 13	—	22	+ 22
Ruhrort	—	22	+ 22	55	141	+ 86
Rüttenscheid	73	81	+ 8	—	—	—
Schwelm	12	19	+ 7	79	92	+ 13
Siegburg	—	10	+ 10	—	—	—
Solingen	—	13	+ 13	89	157	+ 68
Steele	10	10	—	33	37	+ 4
Sterkrade	—	16	+ 16	—	—	—
Stolberg	—	24	+ 24	—	—	—
Telgte	—	28	+ 28	—	—	—
Ürdingen	26	31	+ 5	51	44	— 7
Velen	—	28	+ 28	—	—	—
Viersen	44	93	+ 49	33	34	+ 1
Vohwinkel	—	8	+ 8	—	—	—
Wald	—	9	+ 9	71	86	+ 15
Walsum	—	6	+ 6	—	—	—
Wanne	64	31	— 33	20	29	+ 9
Weeze	48	42	— 6	—	—	—
Werden	37	24	— 13	40	29	— 11
Wersten	21	16	— 5	—	—	—
Wesel	29	16	— 13	—	—	—
Witten	19	14	— 5	19	23	+ 4
Würselen	4	12	+ 8	—	—	—
Zweifall	16	12	— 4	—	—	—
Summa	4190	4620	+ 430	6182	6604	+ 422
Gau Frankfurt.						
Amorbach	—	10	+ 10	—	—	—
Aschaffenburg	36	24	— 12	52	64	+ 12
Bingen	—	17	+ 17	—	—	—
Coblenz	34	33	— 1	110	134	+ 24
Darmstadt	34	19	— 15	446	580	+ 134
Floersheim	8	9	+ 1	—	—	—
Frankfurt a. M.	72	73	+ 1	1530	1669	+ 139
Fulda	8	19	+ 11	—	—	—
Gr. Steinheim	—	12	+ 12	—	—	—
Höchst	54	47	— 7	400	474	+ 74
Homburg v. d. H.	4	9	+ 5	11	28	+ 17
Kaiserslautern	12	2	— 10	123	276	+ 153
Kastel	21	20	— 1	—	—	—
Ludwigshafen	10	15	+ 5	233	313	+ 80
Mainz	53	100	+ 47	880	1014	+ 134
Mannheim	92	75	— 17	570	777	+ 207
Metz	—	2	+ 2	103	183	+ 80
Neu-Isenburg	10	8	— 2	288	300	+ 12
Offenbach	30	38	+ 8	223	327	+ 104
St. Johann (Saarbr.)	12	10	— 2	91	156	+ 65
Sossenheim	14	12	— 2	—	—	—
Speyer	21	12	— 9	72	79	+ 7
Trier	20	18	— 2	32	59	+ 27
Wiesbaden	27	38	+ 11	468	503	+ 35
Worms	—	24	+ 24	253	236	— 17
Summa	572	646	+ 74	5885	7172	+ 1287
Gau Nürnberg.						
Amberg	29	46	+ 17	41	48	+ 7
Bamberg	28	23	— 5	137	175	+ 38
Dinkelsbühl	—	38	+ 38	—	39	+ 39
Erlangen	—	1	+ 1	145	201	+ 56
Fürth	26	19	— 7	1646	1868	+ 222
Kronach	11	8	— 3	12	7	— 5
Lauf	10	8	— 2	68	79	+ 11
Meiden	—	5	+ 5	—	—	—
Neusorg	—	3	+ 3	—	—	—
Nürnberg	47	64	+ 17	2353	3409	+ 1056
Regensburg	99	77	— 22	127	96	— 31
Würzburg	52	55	+ 3	133	214	+ 81
Summa	302	347	+ 45	4662	6136	+ 1474
Gau München.						
Aibling	—	5	+ 5	13	25	+ 12
Augsburg	27	13	— 14	249	288	+ 36
Eichstätt	—	10	+ 10	—	—	—
Freising	—	12	+ 12	39	62	+ 23
Immenstadt	22	10	— 12	—	—	—
Kaufbeuren	13	15	+ 2	20	21	+ 1
Kempten	13	36	+ 23	62	218	+ 156
Lam	—	23	+ 23	—	—	—
Landshut	34	30	— 4	38	47	+ 9
Langgries	10	6	— 4	—	—	—
Mühldorf	—	21	+ 21	24	38	+ 14
München, Holzarb.	224	219	— 5	2730	3124	+ 394
„ Tapezierer	10	8	— 2	—	—	—
Passau	—	9	+ 9	14	22	+ 8
Reichenhall	—	39	+ 39	27	42	+ 15
Rosenheim	—	21	+ 21	36	65	+ 29
Schwabsoien	25	13	— 12	—	—	—
Starnberg	—	6	+ 6	15	21	+ 6
Straubing	—	—	—	29	38	+ 9
Tölz	5	18	+ 13	36	54	+ 18
Summa	383	514	+ 131	3332	4065	+ 733
Gau Stuttgart.						
Baden	8	18	+ 10	12	23	+ 11
Biberach	1	9	+ 8	33	43	+ 10
Bombach	—	6	+ 6	—	—	—
Bruchsal	3	12	+ 9	31	51	+ 20
Eßlingen	—	4	+ 4	88	127	+ 39
Freiburg, Holzarb.	95	104	+ 9	179	303	+ 124
„ Tapezierer	14	11	— 3	—	—	—
Friedrichshafen	10	9	— 1	—	—	—
Furtwangen	21	41	+ 20	35	56	+ 21
Gmünd	—	12	+ 12	19	35	+ 16
Göppingen	11	9	— 2	48	30	— 18
Heilbronn	—	4	+ 4	69	121	+ 52
Karlsruhe	20	21	+ 1	329	436	+ 107
Konstanz	39	41	+ 2	69	64	— 5
Lahr	—	7	+ 7	44	74	+ 30
Laupheim	54	40	— 14	22	25	+ 3
Lauterbach	15	23	+ 8	—	—	—
Mülhausen i. Els.	17	18	+ 1	94	107	+ 13
Neustadt i. Baden	—	46	+ 46	—	—	—
Offenburg	5	5	—	15	19	+ 4
Pforzheim	—	6	+ 6	121	228	+ 107
Ravensburg	12	9	— 3	61	41	— 20
Rottweil	—	6	+ 6	—	—	—
Schiltigheim	—	20	+ 20	25	33	+ 8
Schramberg	49	41	— 8	52	52	—
Schwenningen	10	33	+ 23	178	171	— 7
Spaichingen	7	10	+ 3	—	—	—
Straßburg	—	13	+ 13	298	381	+ 83
Stuttgart	82	64	— 18	2310	2928	+ 618
Tettnang	—	12	+ 12	—	—	—
Triberg	7	23	+ 16	—	—	—
Tuttlingen	11	6	— 5	28	15	— 13
Ulm	—	17	+ 17	118	224	+ 106
Villingen	43	47	+ 4	—	70	+ 70
Waldkirch	7	—	— 7	—	—	—
Wangen	24	15	— 9	10	15	+ 5
Zuffenhausen	—	6	+ 6	187	196	+ 9
Summa	565	768	+ 203	4475	5868	+ 1393

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Hauptstärke des Christlichen Holzarbeiterverbandes im Gau Düsseldorf liegt. Er hat dort 4620 Mitglieder, das ist weit mehr als die Hälfte seiner Gesamtmitgliederzahl, welche in der „Übersicht" einschließlich der Einzelmitglieder auf 8642 angegeben ist. Aber selbst hier, in seiner Domäne, ist der Christliche Holzarbeiterverband weit davon entfernt, unsere Organisation zu überflügeln. Immerhin zeigt die große Zahl von Orten, in welcher wohl eine christliche Zahlstelle, nicht

aber eine solche unseres Verbandes besteht, daß für unsere Gauvorstände noch manches zu tun übrig ist. Übrigens muß im Auge behalten werden, daß unser Verband in vielen der Orte, in welchen er oben ohne Mitglieder verzeichnet ist, doch eine Vertretung hat. Teils kommen wir dort mit Einzelmitgliedern in Betracht, teils gehören aber die betreffenden Orte zu dem Gebiet einer benachbarten Zahlstelle. So gehört zum Beispiel Kastel, wo die Christen eine besondere Zahlstelle besitzen, für den Deutschen Holzarbeiterverband zur Zahlstelle Mainz. Derartige Beispiele lassen sich in größerer Anzahl anführen; wir haben aber davon abgesehen, die betreffenden Orte zusammenzustellen, da uns nicht alle bekannt sind.

Es ist schließlich nicht unangebracht, darauf hinzuweisen, daß die Angaben des christlichen Verbandes über seine Mitgliederzahl mit einigem Mißtrauen betrachtet werden müssen, denn schon die Heimlichkeit, mit welcher dieser Gegenstand behandelt wird, läßt darauf schließen, daß nicht alles, was er darüber sagt, vor der Kritik bestehen kann.

Laut „Übersicht" ist die Mitgliederzahl gegenüber der vorigen Übersicht um 401 gestiegen, demnach betrug sie im dritten Quartal 1905 8241. Im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" war sie aber schon für das erste Quartal auf 8300 angegeben. Ist die Zahl vom ersten bis zum dritten Quartal zurückgegangen oder hat man es an der einen oder der anderen Stelle mit der Wahrheit nicht sehr genau genommen? Wir vermuten, daß bei jeder Gelegenheit aufgeschnitten wird. Darauf deutet auch der Umstand hin, daß in der „Abrechnung" für das vierte Quartal 227 Zahlstellen aufgeführt sind, die „Übersicht" für das vierte Quartal, die gleichzeitig herausgegeben wurde, führt aber 237 Zahlstellen auf, es sind in ihr also eine Reihe von Zahlstellen mit entsprechender Mitgliederzahl angegeben, die im vierten Quartal gar nicht vorhanden waren. Auf einige hundert Mitglieder kommt es eben den Christen nicht an, wenn es gilt, mit ihrer Größe zu prahlen. Das findet man auch an einer anderen Stelle der „Übersicht", wo eine Aufstellung über die Orte gegeben ist, die einen höheren als den Grundbeitrag von 30 Pf. wöchentlich zahlen. Hiernach zahlen 1906 Mitglieder 50 Pf., 368 = 45 Pf., 2480 = 40 Pf., 3325 = 35 Pf., 873 = 30 Pf., 15 = 37 Pf. und 13 = 32 Pf. Zählt man die hier angegebenen Mitglieder zusammen, dann ergibt das 8980, während kurz zuvor die Gesamtmitgliederzahl mit 8642 angegeben ist.

Diese Beispiele beweisen, daß es gut ist, wenn man den offiziellen Berichten des christlichen Verbandes nicht aufs Wort glaubt. Aber wenn man auch die übertriebenen Angaben auf ihr richtiges Maß zurückführt, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Christliche Holzarbeiterverband im Jahre 1905 Fortschritte gemacht hat, die zwar nicht überwältigend sind, die aber doch unsere Kollegen veranlassen müssen, seiner Entwicklung einige Aufmerksamkeit zu schenken.

Geschäftsbericht der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft für 1905.

I.

□ Der soeben erschienene Geschäftsbericht der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft beweist, daß diese Berufsgenossenschaft auch „flott" sein kann. Während andere Berufsgenossenschaften, sogar ohne Sektionen, erst im Juli bis September endlich ihr bißchen Bericht zusammengeflickt haben, tritt diese im Umfang gewaltige Berufsgenossenschaft jetzt schon fix und fertig auf den Plan. Den Unfallverletzten wäre es natürlich viel lieber, wenn dieser Fleiß mehr für Rentenfestsetzungen usw. entfaltet würde, denn in diesem Punkte ist die Norddeutsche doch die saumseligste zu nennen. Der Kundige wird sich deshalb auch von der etwas schnelleren Berichterstattung nicht „verblüffen" lassen.

Versichert waren nach dem Bericht im Jahre

1904:	16 621	Fabrikbetriebe mit	198 236 Personen
1905:	17 988	= =	208 751 =

Dagegen

1904:	21 662	Bautischlereien mit	36 044 Personen
1905:	21 576	= =	35 087 =

Die Zahl der Fabrikbetriebe hat also wesentlich zugenommen, die Zahl der Bautischlereien ist dagegen zurückgegangen, die Zahl der darin versicherten Personen ebenfalls. Diese Zahlen beweisen, daß in der Holzindustrie ein größerer Übergang der Handbetriebe in Fabrikbetriebe stattfindet.

Die Jahre 1887 bis 1904 zeigen ein stetes Anwachsen der Fabrikbetriebe und Handbetriebe. Im Jahre 1887 waren erst 5179 Fabrikbetriebe versichert, heute 17988. Dagegen waren im Jahre 1887 schon 12 535 Bautischlereien, heute 21 576 versichert. Die Zukunft gehört also jetzt der Großindustrie, den Fabrikbetrieben, die ja heute schon sechsmal mehr Arbeiter beschäftigen, obschon sie in der Zahl noch hinter den Handbetrieben zurückstehen. Der Zuwachs ist also für die Berufsgenossenschaft gegen das Vorjahr 1281 Betriebe mit 10 839 Personen — neue Rekruten für den Holzarbeiterverband!

Stolz berichtet die Berufsgenossenschaft, daß die anrechnungsfähigen Löhne wieder um 16½ Millionen gestiegen sind. Man soll sich aber von großen Zahlen gar nicht beirren lassen und deshalb zu günstige Schlüsse auf die Lage des Holzarbeiters ziehen. Die Berufsgenossenschaft führt nur die Gesamthöhe der Löhne der 245 000 versicherten Personen an, nicht aber die Durchschnittslöhne. Diese Berechnung stellt sich aber wie folgt: Der Durchschnittslohn betrug

in den Fabrikbetrieben . . .	987	Mk. pro Jahr
= = Bautischlereien . . .	737	= = =

Kann die norddeutsche Holzindustrie auf diese Löhne stolz sein? Die Lohnnachweise der Unternehmer sind doch „wahrheitsgetreu", wie man bei Streiks usw. sieht!

Mit der Zunahme der Fabrikindustrie steigt auch die Zahl der Unfälle! Gemeldet wurden im Berichtsjahr 13463 Unfälle gegen 12711 des Vorjahrs. Auf 1000 Personen kamen 54,7 Unfälle. Im Jahre 1902 zählte man auf 1000 Personen nur 48,9 Unfälle. Entschädigt wurden jedoch von den gemeldeten Unfällen nur 3091 Fälle = 23 Prozent. Die „Statistik" der Berufsgenossenschaft beschäftigt sich natürlich nur mit den entschädigten Unfällen, und erklärt uns, daß auf 1000 Versicherte nur 12,5 Unfälle entfielen!

Nach Alter und Geschlecht geordnet betragen diese Unfälle 3008 Erwachsene männlichen und 20 weiblichen Geschlechts, sowie 62 Jugendliche männlichen und 1 weiblichen Geschlechts. Die Unfälle ereigneten sich: an Motoren, Arbeitsmaschinen: 1647 Fälle; Fahrstühle, Aufzüge: 33; Zusammenbruch, Einsturz usw.: 199; Fälle von Leitern, Treppen usw.: 342; Auf- und Abladen: 422; Fuhrwerke: 75; durch Handwerkszeug: 106 usw. Trotz „strenger" Revision der Betriebe, trotz verbesserter Schutzvorrichtungen, auf die wir noch später ausführlich zu sprechen kommen, eine steigende Zahl der Unfälle, die sich an den Arbeitsmaschinen ereignen!

Als Folgen der Verletzungen meldet der Bericht: in 102 Fällen Tod, 1061 teilweise und 1928 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Völlige, andauernde Erwerbsunfähigkeit kennt die Statistik diesmal nicht! Im Vorjahr wurden wenigstens noch 4 Unglückliche registriert, denen man die Vollrente dauernd zu zahlen hatte. Die „Kunst" der Vertrauensärzte bringt es eben fertig, daß nach Ablauf der ersten 13 Wochen des Unfalls 77 Prozent aller Unfälle auf Kosten der Krankenkassen vollständig ausgeheilt und daß die Nichtgeheilten alle nur noch „teilweise" oder gar „vorübergehend" Invalide sind.

Unter Titel Ausgabe: Entschädigungsbeträge fällt uns auf, daß nur 3 Ausländer, dagegen 195 verletzte Inländer mit „Kapitalzahlung" dauernd abgefunden worden sind. Verletzte sollten doch wahrlich vorsichtiger sein und nicht so auf den Leim der Berufsgenossenschaft gehen. Die Zahl der „Glücklichen", welche durch Auszahlung eines „Kapitals" alle ihre Rechte aus dem erlittenen Unfall preisgegeben haben, ist seit zwei Jahren um das Doppelte gestiegen.

Die 195 „Abgefundenen" teilten sich in die Summe von 64 946,95 Mk., so daß durchschnittlich jedem 333 Mk. „Kapital" gezahlt wurde. Man sieht, daß die schlaue Berufsgenossenschaft dabei das beste Geschäft gemacht hat und schmunzelnd denken wird: „Die Dummen werden nicht alle!" Deshalb Vorsicht!

Interessant sind immer die Tabellen des Berichtes über die „Tätigkeit" der Berufsgenossenschaft im Rentendrücken und ihrem Schweineglück bei Berufungen und Rekursen. Die Berufsgenossenschaft hatte im Berichtsjahr 3175 Bescheide auf Herabsetzung oder Einstellung der Rente, jedoch nur 71 Bescheide auf Erhöhung der Rente erlassen. Die Verletzten wollten sich diese „Zuneigung" natürlich nicht gefallen lassen und „suchten" ihr Recht am Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt. Hier kamen sie zu ihrem Rechte! In **1509** Fällen wurde die Berufung abgewiesen, in 346 Fällen anerkannt. Die Berufsgenossenschaft legte in ihrem Eifer auch noch 147 Rekurse ein und erzielte 63 Gewinne, 64 Verluste. Anders die Verletzten! In 346 Fällen wurden ihre Rekurse verworfen und nur in 67 Fällen anerkannt. „Glück muß der Mensch haben!" Das Vermögen der Berufsgenossenschaft ist jetzt auf 11 Millionen Mark angewachsen.

Gewerkschaft und Gewerkschaftsrecht in Oesterreich.

Wenn heute die österreichische Arbeiterbewegung eine achtungswerte Gewerkschaftsbewegung besitzt, so ist dies doppelt anzuerkennen, weil sie mit ungeheuren Schwierigkeiten, mit zahlreichen Fußangeln der Gesetze und mit einer überaus kleinlichen Bureaukratie zu rechnen hatte. In den letzten Jahren mußten die verschiedenen aufeinanderfolgenden Regierungen, geschwächt durch die nationalen Kämpfe, ohne Rückhalt im Parlament und gedrängt durch die immer kräftiger auftretende Arbeiterbewegung auch den Gewerkschaften einen größeren Spielraum lassen. Aber die ungünstigen gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich des Vereins- und Versammlungsrechtes bestehen noch immer fort. Sie hinwegzuräumen wird nach Erringung des nun in sicherer Aussicht stehenden allgemeinen Wahlrechtes eines der wichtigsten Aufgaben der Arbeitervertreter im österreichischen Parlament sein.

Betrachten wir nun zuerst die Leidensgeschichte der Gewerkschaften. Die allerersten Anfänge derselben finden sich, ähnlich wie in Deutschland, Rußland und anderen Ländern, auch in Österreich bei den Buchdruckern. Vor 80 Jahren (1826) entstand die Kranken- und Invalidenkasse der Buchdrucker in Innsbruck, im Jahre 1842 der Unterstützungsverein der Buchdrucker in Wien, 1848 wurde der Gutenbergverein gegründet, der 1852 der Auflösung verfiel, weil er „sogar Verbindungen mit dem Ausland (wegen der Reiseunterstützung) anzuknüpfen gewagt hatte". Die Jahre der Reaktion, in denen der Absolutismus fast so ungeniert herrschte wie in den Zeiten des Vormärzes, brachten das Vereinsgesetz vom Jahre 1852, das gegen die Arbeiterbewegung mit äußerster Strenge ausgenutzt wurde. Erst 12 Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gelang es den Wiener Buchdruckern, einen Fortbildungsverein zu gründen. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft ergab sich ein immer kräftiger sich äußerndes Bedürfnis nach einer Organisation und nach einer Gesetzgebung, welche der Organisation den Weg nicht versperrt. Nach dem deutschen Kriege erwachte die Arbeiterschaft. 1867 verlangten Buchdrucker und Eisenbahner Wiens und Arbeiter Wiener-Neustadts freies Vereins- und Versammlungsrecht. Ein bald nachher gegebenes Gesetz zur Abänderung des bisherigen Vereinsrechtes, das aber noch sehr viele bis heute bestehende Machtbefugnisse der Polizei ließ, veranlaßte die Gründungen zahlreicher Bildungsvereine und auch von Gewerkschaften. Dem Fachverein der Drechsler gelang es damals, den Elfstundentag durchzusetzen, er widmete sein Interesse auch lebhaft der Regelung des Lehrlingswesens. Ebenso wie in Wien wurden in zahlreichen Orten des deutschen und des tschechischen Sprachgebiets Arbeitervereine der verschiedensten Art gegründet. Das Bedürfnis, die Organisationen auf zentraler Grundlage zu konstituieren, wurde von der Regierung aufs entschiedenste bekämpft. Allen diesen Vereinen wurde die nach dem österreichischen Vereinsgesetz erforderliche Genehmigung verweigert, so daß sich dieselben, gezwungen durch die Polizeigewalt, auf lokaler Grundlage entwickeln mußten. Sie blieben deswegen auch schwach, widerstandsunfähig, konnten keine erheblichen Geldmittel ansammeln vermochten nicht größere Erfahrungen zu sammeln, waren nicht geeignet, den Unternehmern zu imponieren, erzielten deswegen auch keine Erfolge und bildeten deswegen trotz aller Agitation keine Anziehung auf die Arbeiter. Die Auflösung der Vereine war bei der kleinsten angeblichen Übertretung der in den Statuten festgesetzten Aufgaben zu gewärtigen, und die Schaffung von neuen Vereinen wurde durch die Polizei oft unmöglich gemacht; drei-, viermal und öfters wurden die Statuten als dem Gesetze nicht entsprechend zurückgewiesen, und wenn die Arbeiter dann nicht die Flinte ins Korn warfen, mußten sie mit Statuten vorlieb nehmen, die ihren Wünschen sehr wenig entsprachen.

Zu all diesen Schwierigkeiten kam die weitere, daß die im Mai 1873 über Österreich hereinbrechende Wirtschaftskrise mit noch viel größerer Wucht und noch bedeutend länger auf die österreichische Industrie und die Arbeiterschaft wirkte, als die 1875 an der Berliner Börse einsetzende deutsche Wirtschaftskrise. Und als diese endlich gewichen war, litt die Gewerkschaftsbewegung unter den schon früher bestandenen, nun auf das äußerste verschärften Zwistigkeiten in der politischen Arbeiterbewegung. Österreich wurde eines der wichtigsten Verbreitungsgebiete anarchistischer Lehren, deren Vertreter in der schärfsten Weise die Sozialdemokraten befehdeten. Die Anarchisten gingen zur Propaganda der Tat über, was die Regierung mit der Verhängung des Ausnahmezustandes für Wien und den industriellen Teil von Niederösterreich beantwortete (31. Januar 1884). Aus Wien allein erfolgten 300 Ausweisungen. Viele Organisationen brachen, ihrer leitenden Kräfte beraubt, zusammen. In einem einzigen Prozeß wurden 18 Arbeiter zu insgesamt 105 Jahren Kerker (Zuchthaus) verurteilt. Die Gewerkschaftsbewegung war unter diesen Verfolgungen fast völlig zusammengebrochen. Neue Vereine wurden von der Polizei nicht genehmigt. Da bildeten wenigstens für die in Österreich weit zahlreicheren Arbeiter des Handwerks die Gehilfenversammlungen der Zwangsgenossenschaften (Innungen) ein Bindeglied für die Arbeiter, sie gaben die Möglichkeit, Mißstände in den Betrieben aufzudecken, Lohnkämpfe zu organisieren und den Unternehmern als ein geschlossenes Ganzes gegenüberzutreten.

Noch unter dem Ausnahmegesetz Ende 1886 wurde von Viktor Adler als Bindeglied zwischen den sich befehdenden Resten der früheren Gruppen der politischen Arbeiterbewegung die „Gleichheit" gegründet. Zwei Jahre später gelang es auf dem Einigungskongreß zu Hainfeld, dem ersten öffentlich abgehaltenen sozialdemokratischen Parteitag in Österreich, eine Grundlage für eine einige politische Arbeiterbewegung zu schaffen und auch Anstoß zu geben für eine Neubelebung der Gewerkschaften. Im Jahre 1889 folgten große Lohnkämpfe, so auch der der Drechsler in Wien, aber auch zahlreiche Verurteilungen, Vereinsauflösungen und die Unterdrückung der sozialdemokratischen „Gleichheit" auf Grund des gegen die Anarchisten verhängten Ausnahmezustandes. Aber der Ausnahmezustand ließ sich nicht mehr aufrecht erhalten. Unter geschickter Führung hatte die Sozialdemokratie die Massen von dem utopischen Anarchismus abgelenkt, die Arbeiterbewegung ging wieder in die Höhe und gesundete in allen ihren Lebensäußerungen. Während es 1888 in 104 Bildungs- und Fachvereinen bloß 15 498 Mitglieder gab, so im Jahre 1891 schon 291 Organisationen mit 47 160 Mitglieder. Im Jahre 1890 fand eine ganze Anzahl von Gewerkschaftskongressen, so auch der Tischler und Drechsler statt. Der zweite Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie vom Jahre 1891 forderte in einer Resolution neuerdings den Beitritt zu den bestehenden und die Gründung weiterer Gewerkschaften. Außerdem wurde ein eingehendes gewerkschaftliches Programm entworfen, das die Zentralorganisation den Arbeitern auf das wärmste empfahl und als Aufgaben der Gewerkschaften hinstellte: Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, Rechtsschutz, Arbeitsvermittlung, Sammlung eines Widerstandsfonds und als Kampfziel in erster Reihe die Verkürzung der Arbeitszeit.

Während bis dahin die Gewerkschaften außerordentlich schwierig die erforderliche Bewilligung der Statuten zu erzielen vermochten, wurden sie nun anerkannt, wenn ihnen auch weiter mannigfache Schwierigkeiten bereitet wurden. Der erste allgemeine österreichische Gewerkschaftskongreß wurde in den Weihnachtstagen 1893 abgehalten; er wurde eingerufen von der damals in den ersten Anfängen bestehenden österreichischen Gewerkschaftskommission. Auf diesem ersten Kongreß waren 69 Wiener und 125 Provinzorganisationen, die 50 000 Arbeiter umfaßten, vertreten. Immer schärfer drang der Gedanke der Zentralorganisation durch, jeder Streik lehrte die Arbeiter die Schwäche der lokalen Organisationen, ebenso mußten die speziell österreichischen Gebilde der allgemeinen Gewerkschaften, lokale Zusammenfassungen der Arbeiter verschiedener Berufe mit der Kräftigung der Organisation den Krebsgang gehen. Es wurden provinzielle Zentralleitungen und Landesvertrauensmänner,

dann Bezirksvertrauensmänner in den wichtigsten Industriemittelpunkten eingesetzt, welche in engster Fühlung mit der Gewerkschaftskommission standen und eine außerordentlich rege und vorbedachte Organisationsarbeit verrichteten. Der Erfolg zeigte sich schon auf dem zu Weihnachten 1896 abgehaltenen zweiten Gewerkschaftskongreß, auf dem 243 Organisationen mit 91 000 Mitgliedern vertreten waren. Jeder weitere Kongreß bedeutet einen Fortschritt in der Richtung zur Zentralisation. Verkauf, dessen eben erschienenem Buche „Zur Geschichte des Arbeiterrechtes in Österreich" (Wien 1906, Wiener Volksbuchhandlung, 106 Seiten. 8°. 2 Mk.) wir eine Reihe dieser Daten entnehmen, unterscheidet folgende gewerkschaftliche Formen für Österreich und ihre Entwicklungstendenzen: a. Die Verbindung verwandter Berufsgewerkschaften zu Berufs- oder Industrieverbänden für das ganze Reich; b. die Umwandlung von Industrieverbänden in Unionen; c. die Vereinigung von gewerkschaftlichen Fachvereinen, Ortsgruppen und Zahlstellen eines Ortes zu einem Ortsverband zum Zwecke der Zentralisation der Arbeitsvermittlung, Errichtung von Herbergen, der Abhaltung von Vorträgen und Erteilung von Unterricht; d. die Lesevereine und die gemischten Gewerkschaften, die aus Mitgliedern bestehen, für die eine Ortsgruppe oder Zahlstelle der Berufsorganisationen nach der Zahl der am Orte beschäftigten Arbeiter eines Berufes möglich ist, haben sich in Ortsgruppen oder Zahlstellen der betreffenden Organisation umzuwandeln; e. die Gründung von Bildungs- und Lesevereinen hat in Zukunft zu unterbleiben.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung litt wie alles öffentliche Leben unter den nationalen Zwistigkeiten, wenn diese auch in der Arbeiterbewegung lange nicht so stark als Hemmschuh wirkten wie innerhalb des Bürgertums. Die österreichische Arbeiterbewegung ist international, sie sucht die Aufgaben der Internationalität innerhalb der österreichischen Grenzen zu verwirklichen. Es gelang dies im allgemeinen vortrefflich auf politischem Gebiet, auf dem gewerkschaftlichen war aber im Jahre 1896 die Abtrennung der tschechischen Gewerkschaften von der Reichsgewerkschaftskommission zu verzeichnen. Gegenwärtig sind Aussichten auf eine Einigung sehr groß. Die Beiträge an die Reichsgewerkschaftskommission betrugen 1894 bis 1896 90 743 Kronen (1 Krone gleich 85 Pf.), in den Jahren 1900 bis 1902 dagegen 388 112 Kronen, also mehr als der vierfache Betrag. Diese Gelder stammen nicht nur von regelmäßigen Beiträgen, sondern auch aus Sammlungen für Streiks, so daß sie rasch nach ihrem Eingang wieder ausgehen. Aber trotzdem bleibt genug für eine systematische Organisationsarbeit. Gegenwärtig stehen der Wiener Gewerkschaftskommission fünf Landessekretariate in Steiermark, Mähren, Nordböhmen, Istrien und Dalmatien und 17 Landesvertrauensmänner in Böhmen, Mähren, Schlesien, Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Krain, Tirol, Vorarlberg und Galizien zur Seite. Die Mitglieder der Berufsgewerkschaften nahmen stark zu, 1892 zählte man 46 606, darunter 2216 weibliche, im Jahre 1904 dagegen 189 121 Mitglieder, darunter 13 055 weibliche. Dagegen gingen die Mitglieder der allgemeinen Gewerkschaften und Bildungsvereine stark zurück und zwar von 1892 auf 1904 von 23 737 auf 16 530 Mitglieder. Auch sonst zeigen sich in bezug auf Beiträge, auf Ausbau der Leistungen, auf die Entwicklung der Presse bemerkenswerte Fortschritte. Die Gesamteinnahmen der Organisationen betrugen 1896: 985 172 Kronen, im Jahre 1904: 3 892 970 Kronen, wovon ein Drittel auf die Buchdrucker und 56,4 Prozent auf die Organisationen der Buchdrucker, Eisen- und Metallarbeiter, Eisenbahner und Holzarbeiter entfielen. Für das Jahr 1902 gibt Verkauf folgenden Vergleich auf den Kopf der Mitglieder:

	in Österreich 1902	in Deutschland 1902	in England 1901
Einnahmen in Kronen .	18,63	18,15	42,60
Ausgaben „ „ .	17,26	16,37	34,20

Die große Verschiedenheit zwischen den österreichischen und deutschen einerseits, den englischen Gewerkschaften andererseits erklärt sich zum Teil aus der obligatorischen Arbeiterversicherung, die in Deutschland und auch in Österreich besteht, während sie in England im wesentlichen neben eigenen Unterstützungsvereinen den Gewerkschaften zufällt.

Die Ausgaben der österreichischen Gewerkschaften verteilen sich im Jahre 1904 auf 1 411 011 Kronen (46,97 Prozent der Gesamtausgaben) für Unterstützungen, auf 558 268 Kronen (18,58 Prozent) für Fortbildung, Presse und Rechtsschutz, auf 652 945 Kronen (21,73 Prozent) für Agitation und Verwaltung, für sonstige Zwecke wurden noch 381 937 Kronen (12,72 Prozent) verwandt. Von den Ausgaben für Unterstützung entfielen auf die Reiseunterstützung 95 791 Kronen, auf Arbeitslosenunterstützung 583 301 Kronen, auf Krankenunterstützung 432 442 Kronen, auf Invalidenunterstützung 138 106 Kronen, auf Witwen- und Waisenunterstützung 89 643 Kronen und auf Notfallunterstützung 71 728 Kronen. Es fällt bei diesen Zahlen auf, daß für Streikunterstützung ein Posten fehlt. Die Ursache ist die, daß die österreichischen Arbeiter wohl das Recht haben zu streiken, daß aber ihre Organisationen bei den Lohnkämpfen durch Gewährung von Streikunterstützung bei Strafe der Auflösung nicht eingreifen dürfen. An Stelle der Gewerkschaften sind für diesen Zweck sogenannte freie Organisationen getreten, über die wegen der Verfolgungssucht der Behörden und wegen ihres Strebens, die vorhandenen Gelder zu konfiszieren, Angaben nicht gut gemacht werden können. Daß durch diese polizeiliche Maßnahmen Streiks nicht verhindert werden können, ist bekannt.

Neben unseren Organisationen gibt es auch christlich-soziale, deutsch-nationale, böhmisch-nationale, deren Mitgliederzahl aber weit hinter denen unserer Organisationen zurückbleiben.

Über Streiks und das Koalitionsrecht wird ein zweiter Artikel handeln.

Soziales.

Gegen die Unfallverletzten.

Die gewaltige Belastung der Unternehmer durch die Beiträge zur Versicherung der Arbeiter ist eine Klage, die immer wieder ertönt, ohne daß ihre Berechtigung anerkannt werden kann. Betrachtet man freilich die Summen, welche insgesamt für die Zwecke der Kranken-, Invaliditäts- und Unfallversicherung aufgebracht werden, dann erscheinen sie ungeheuer groß, ihre richtige Bedeutung erhalten die Zahlen aber erst, wenn man sie auf den Kopf des Arbeiters umrechnet und in Erwägung zieht, daß zur Invaliditätsversicherung die Unternehmer nur die Hälfte und zur Krankenversicherung gar nur den dritten Teil der Beiträge tragen. Zur Unfallversicherung zahlen die Arbeiter allerdings direkt keinen Beitrag. Aber die Summen, welche in Form von Beiträgen für die Berufsgenossenschaften abgeliefert werden, sind ebenso wie der Unternehmeranteil an den Beiträgen für die Kranken- und die Invaliditätsversicherung zunächst von den Arbeitern verdient; sie stellen einen Teil des Lohnes dar, den die Unternehmer bei ihren Kalkulationen wohl zu berücksichtigen wissen.

Noch lauter als die industriellen Kreise schreien die Vertreter der Landwirtschaft über die angeblich unerträglichen Lasten der Versicherungsgesetze. Die rücksichtslose Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeiter durch die Gutsherren ist bekannt, und ebenso bekannt ist die Abneigung der letzteren gegen eine wirksame Verhütung der Betriebsgefahren. Das Wenige, was sie in dieser Beziehung leisten, geht ihnen schon zu weit, und ganz unbegreiflich erscheint es ihnen, daß den in ihren Diensten zum Krüppel gewordenen Arbeitern einige Bettelpfennige als „Rente" gewährt werden. Gar bewegliche Klagen hörte man am 3. Februar bei der Beratung des Landwirtschaftsetats im preußischen Landtag über das viele Geld, welches die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften koste, über die „Rentensucht" der Arbeiter und über ihre Simulation. Diese Klagen wurden nicht nur von den Konservativen angestimmt, auch Nationalliberale und Zentrumsmänner sangen diese Melodie. Ein Mitglied des „arbeiterfreundlichen" Zentrums, der Abgeordnete Schmedding, empfahl sogar, die Renten unter 25 Prozent Erwerbsunfähigkeit wegfallen zu lassen. Wie nicht anders zu erwarten war, fanden diese Ausführungen bei dem Landwirtschaftsminister ein sehr geneigtes Ohr; er versprach, dem Landtag im nächsten Jahre eine Denkschrift über diese Frage vorzulegen.

Die gleichen Klänge, die man im preußischen Landtag angestimmt hat, hallen jetzt auch aus Süddeutschland wider. Auf einer kürzlich in Heilbronn abgehaltenen Wanderversammlung württembergischer Landwirte hielt ein Großgrundbesitzer, der Freiherr Pergler v. Perglas, ein Fulminante gegen die Rentensucht der Arbeiter, die sogar schon dann eine Rente verlangen, wenn ihnen nur ein paar Fingergipfelchen fehlen. Im Sinne dieser Ausführungen stimmte die Versammlung, welcher auch eine Reihe Regierungsvertreter beiwohnten, mit großer Mehrheit einer Erklärung zu, nach welcher eine Abänderung des Reichsgesetzes in der Richtung anzustreben sei, daß Renten unter 25 Prozent nicht mehr ausbezahlt werden.

Es sind also einflußreiche Kreise in verschiedenen Teilen des Reiches an einer Verschlechterung des Unfallversicherungsgesetzes tätig. Zunächst handelt es sich freilich nur um eine Verschlechterung der Lage der verunglückten landwirtschaftlichen Arbeiter, doch wäre es leichtsinnig, wollten die Industriearbeiter diesem Treiben gleichgültig zusehen. Mit aller Energie muß das Verlangen erhoben werden, daß die Unfallversicherung nicht verschlechtert, sondern ganz erheblich verbessert wird.

Juristerei und Sozialpolitik scheinen unvereinbare Dinge zu sein. Das hat sich schon vielfach offenbart, aber so deutlich, wie kürzlich in dem „Aufreizungs"prozeß gegen den Genossen Albert in Breslau ist die Tatsache wohl selten hervorgetreten. Unter den Zeugen dieses Prozesses befand sich auch Professor Sombart. Es entspann sich zwischen dem Vorsitzenden des Gerichts und ihm folgendes knappe, aber denkwürdige Gespräch:

Vorsitzender: „Weshalb feiern die Arbeiter den 1. Mai?"

Professor Werner Sombart (als Zeuge): „Der 1. Mai soll laut Beschlusses des internationalen Arbeiterkongresses von 1889 eine Demonstration zur Erringung des achtstündigen Arbeitstages in allen Kulturländern sein."

Vorsitzender: „Aber die Arbeiter haben doch längst den Achtstundentag in den meisten Ländern!"

Sombart (erstaunt lächelnd): „Aber nein!"

Vorsitzender: „Aber doch in vielen Ländern?"

Sombart: „Nein, nein! Im Gegenteil. Der demnächst von bürgerlicher Seite nach Genf einberufene internationale Arbeiterschutzkongreß muß erst noch den elfstündigen Arbeitstag als Maximalarbeitstag fordern!"

Vorsitzender: „So!"

Bei solchem Mangel an sozialpolitischem Verständnis ist es schließlich kein Wunder, daß die Richter in der Arbeiterbewegung nichts sehen als eine unsinnige umstürzlerische Auflehnung und daß danach auch die Urteile gegen organisierte Arbeiter bemessen werden. Die Klassenjustiz wurzelt ebensosehr in dem Mangel an sozialpolitischer Einsicht bei den Richtern wie in ihren gefühlsmäßigen Vorurteilen gegen die Angehörigen der arbeitenden Klassen.

Die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des verflossenen Reichstagssessionsabschnittes, die wir bereits mehrfach konstatiert haben, wird von der „Sozialen Praxis" wie folgt glossiert:

„Es ist keine einzige positive Tat der Sozialreform in dieser sechs Monate währenden Session zustande gekommen, und die langwierigen Debatten vermögen für diesen Mangel ebensowenig Ersatz zu gewähren wie die Vertröstungen auf die Zukunft. Das schon am 31. Januar 1904 zugesagte, vom Bundesrat Ende November 1905 beschlossene und von der Thronrede feierlich verheißene Gesetz über die Berufsvereine ist nicht einmal vorgelegt worden, weil keine Möglichkeit der Durchberatung vorhanden gewesen, hat Graf Posadowsky erklärt. Das ist ein sehr dürftiger Grund; die Regierung hat schon oft Entwürfe veröffentlicht und zur Diskussion gestellt, die erst nach Jahren zur parlamentarischen Verabschiedung gekommen sind. Eine erste Lesung der Berufsvereinsvorlage und die Überweisung an eine Kommission hätte sich bei ernstem Willen der Regierung und des Reichstags unter allen Umständen trotz des Dranges der Geschäfte ermöglichen lassen. Aber eben an diesem ernsten Willen hat es gefehlt, auch beim Reichstag. Hat er doch nicht einmal seine eigenen Anträge für eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit einer Erörterung unterzogen! Nun soll diese sozialpolitische Aktion wie so manche andere für den Beginn des nächsten Arbeitsabschnittes, der am 13. November d. J. anfängt, angesetzt werden. Und von einer offiziösen Korrespondenz werden schon jetzt aufs neue die schönsten Versprechungen gemacht, was für Herrlichkeiten dann aufgetischt werden sollen: Berufsvereinsgesetz, Krankenversicherung der Heimarbeiter, Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter, Regelung der Tabakhausindustrie, Denkschrift über die Verhältnisse der Privatbeamten. Wir wollen es abwarten. Vorderhand lebt die Regierung in der Sozialpolitik von Erhebungen, Vorarbeiten und Verheißungen, der Reichstag aber von Reden, Anträgen und Resolutionen. Die wirklichen Taten fehlen seit einigen Jahren; Kinderschutz und Kaufmannsgerichte waren die letzten. Um so kräftiger regte sich die Selbsthilfe bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Ausgestaltung der Organisationen auf beiden Seiten, in Arbeitskämpfen und Tarifabschlüssen; besonders bemerkenswert ist neuerdings der starke Aufschwung der Privatbeamtenbewegung, die enorme Zunahme der Gewerkschaften und die straffe Organisierung der Arbeitgeber."

So berechtigt die Klage ist, bietet sie doch nichts Neues. Die deutsche Sozialpolitik hat trotz aller Lobeshymnen, die ihr von bürgerlichen Sozialpolitikern gesungen worden sind, fast immer hinter den Tatsachen hintangehinkt. Sie hat immer nur gesetzlich festgelegt, was für große Kreise schon Wirklichkeit war. Man denke nur daran, daß man sich heute immer noch dagegen sträubt, nur den Zehnstundentag — für Frauen festzulegen, während er schon fast allgemein in der Industrie durchgeführt ist und in manchen Berufen schon der Neunstundentag starke Verbreitung gefunden hat. Eine ernsthafte Sozialpolitik soll aber bahnbrechend wirken, nicht nur festlegen, was schon vielfach überholt ist.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Verbandstag in Köln hat die seitherigen besoldeten Vorstandsmitglieder Kloß, Leipart, Schneegaß und Becker wiedergewählt sowie den zurückgetretenen Hauptkassierer Bohne bis zur Neubesetzung dieses Postens durch Wahl des Vorstandes und Ausschusses mit der Weiterführung der Kassengeschäfte betraut. Nachdem in der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Stuttgart am 9. Juni gemäß § 74 des Statuts die Wahl der sechs Beisitzer stattgefunden hat, geben wir gemäß § 75 hierdurch bekannt, daß der Verbandsvorstand aus nachfolgenden Mitgliedern zusammengesetzt ist:

Karl Kloß, Tischler, erster Vorsitzender;
Theodor Leipart, Drechsler, zweiter Vorsitzender;
August Bohne, Tischler, Hauptkassierer;
Wilhelm Schneegaß, Tischler, Sekretär;
Gustav Becker, Tischler, Sekretär;
Georg Rauscher, Klaviermacher, Beisitzer;
Wilhelm Rapp, Tischler, Beisitzer;
Johann Henne, Tischler, Beisitzer;
Joseph Sauerbrunn, Klaviermacher, Beisitzer;
Hermann Müller, Klaviermacher, Beisitzer;
August Köppe, Tischler, Beisitzer.

Um die Durchführung des erhöhten Wochenbeitrags ab 1. Juli zu erleichtern, richten wir an alle Verbandsmitglieder das Ersuchen, die laufenden sowie etwa noch restierende Beiträge bis zum Schlusse des zweiten Quartals pünktlich zu entrichten und keine Reste ins dritte Quartal hinüberzunehmen, damit mit den alten Marken rechtzeitig abgerechnet werden kann.

Den folgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Juli d. J. neben dem Verbandsbeitrag von 50 Pf. den beigefügten Lokalbeitrag zu erheben:

Je **40 Pf.** Braunschweig und Weißensee;

je **30 Pf.** Frankfurt a. M. und Wilhelmsburg;

je **25 Pf.** Bremen, Kiel, Leipzig und Magdeburg;

je **20 Pf.** Hamburg, Hennigsdorf, Lockstedt, München, Ürdingen und Wandsbek;

je **15 Pf.** Bernau, Bochum, Dresden, Frankfurt a. O., Gaarden, Hadersleben, Höchst a. M., Lübeck, Lüneburg, Mainz, Metz, Plauen, Sonderburg und Velten;

je **10 Pf.** Bergedorf, Burgdamm, Cöthen, Eilenburg, Eisleben, Goslar, Halberstadt, Hamm, Harburg, Husum, Kattowitz, Kelkheim, Königs-Wusterhausen, Leisnig, Ludwigshafen, Marburg, Neumünster, Nordenham, Osnabrück, Pforzheim, Posen, Potschappel, Potsdam, Reichenhall, Rudolstadt, Saarbrücken, Schönwalde, Trier, Ülzen, Waldheim, Würzburg, Wulsdorf und Zirndorf;

je **5 Pf.** Aachen, Alfeld, Altenburg, Amberg, Anklam, Aschersleben, Bautzen, Bayreuth, Beuel, Beuthen, Bitterfeld, Brandt, Cunnersdorf, Danzig, Dippoldiswalde, Döbeln, Durlach, Eberswalde, Einbeck, Eisenach, Eisenberg, Elmshorn, Emden, Erfurt, Eßlingen, Falkenstein, Frankenthal, Freiberg i. S., Freiburg i. B., Gera, Göttingen, Gotha, Graudenz, Großenhain, Grünstadt, Güstrow, Hameln, Hanau, Hartha, Haynau, Heidenheim, Heilbronn, Herne, Hirschaid, Homberg, Homburg, Hoyerswerda, Immenstadt, Johanngeorgenstadt, Itzehoe, Kleinolbersdorf, Kreuznach, Lauenburg, Liegnitz, Luckenwalde, Lüdenscheid, Marbach, Marktredwitz, Meiningen, Meldorf, Melle, Memmingen, Merseburg, Miesbach, Minden, Münster i. W., Mulda, Naumburg, Neuhaldensleben, Neu-Isenburg, Neustadt a. H., Neuwied,

Oderan, Oynhausen, Oldenburg, Priebus, Quedlinburg, Radeberg, Rastatt, Reistenhausen, Roßlau, Rosenheim, Saalfeld, Schkeuditz, Schwenningen, Sebnitz, Segeberg, Seifhennersdorf, Sonneberg, Speyer, Spremberg, Springe, Staßfurt, Steele, Stolpen, Tölz, Tönning, Unna, Villingen, Waldenburg, Weißwasser, Wilkau, Winnenden, Wriezen, Zossen, Zweibrücken, Zwickau.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

54938 Paul Wiltsch, Tischler, geb. 7. 10. 72 zu Tannenberg.
116375 Paul Hempel, Tischler, geb. 6. 5. 77 zu Eisenberg.
167069 Johann Syöni, Tischler, geb. 29. 4. 83 zu U.-Radling.
182171 Karl Stähle, Tischler, geb. 29. 1. 79 zu Wiernsheim.
205866 Albert Bormann, Tischler, geb. 26. 8. 84 zu Gottleuba.
209373 Joh. Ahrens, Tischler, geb. 19. 9. 62 zu Niederhagen.
237818 Johann Ocken, Tischler, geb. 2. 1. 88 zu Norden.
238982 Alfred Schneiderchen, Tischler, geb. 14. 8. 78 zu Spremberg.
256212 Huldreich Brandt, Drechsler, geb. 2. 6. 87 zu Ermstedt.
259013 Heinrich Held, Tischler, geb. 4. 2. 82 zu Cöln.
259020 Johann Stamm, Tischler, geb. 6. 5. 68 zu Cöln.
261005 Karl Wehrhagen, Tischler, geb. 23. 7. 85 zu Adersleben.
270297 Karl Frank, Tischler, geb. 24. 11. 89 zu Bamburg.
281070 Karl Döschner, Kistenm., geb. 29. 3. 84 zu Herford.
332247 Albert Burde, Tischler, geb. 4. 9. 55 zu Samter.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Alfeld. In der Hannoverschen Papierfabrik herrscht ein unleidliches Verhältnis. Die den Arbeitern zuteil werdende Behandlung läßt viel zu wünschen übrig, grobe Beleidigungen der Kollegen sind an der Tagesordnung. Kürzlich ist auch noch der Bevollmächtigte unserer Zahlstelle gemaßregelt worden, die Geschäftsleitung will nämlich mit organisierten Arbeitern nichts zu tun haben. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollten sich zuvor bei der Lokalverwaltung erkundigen.

Alsfeld. Von 300 bis 350 hier beschäftigten Holzarbeitern gehören nur 25 dem Verband an und auch unter diesen hat eine nicht zu beschreibende Lauheit Platz gegriffen. Die Löhne sind gering, die Arbeitszeit lang, entsprechend der alten Regel: Lange Arbeitszeit — schlechter Verdienst, kurze Arbeitszeit — besserer Lohn. Hat ein Kollege etwas gegen einen anderen Kollegen seiner Zahlstelle, dann glaubt er seinem bedrängten Herzen am besten Luft schaffen zu können, wenn er sein Mitgliedsbuch zerreist oder verbrennt und dann über die anderen Kollegen spottet und dieselben verleumdet. Wird einem ein Vorwurf gemacht über irgend ein unrechtes Benehmen, dann kommt er überhaupt in keine Versammlung mehr, weil, wie er sagt, dieselbe keinen Wert mehr für ihn hat. Nein, Kollegen, das ist eine ganz und gar falsche Auffassung. Hat ein Kollege etwas gegen einen anderen Kollegen oder gegen seine Zahlstelle, dann komme er ruhig in die Versammlungen und bringe da seine Beschwerde vor und die Sache wird erledigt werden. Den Kollegen, welche dem Verband noch fernstehen, kann nur immer und immer wieder zugerufen werden: Tretet ein in den Verband, wenn ihr eure Lage verbessern wollt. Den Verbandskollegen aber gilt die Mahnung, zahlreicher die Mitgliederversammlungen zu besuchen, welche jeden ersten Samstag im Monat im „Stadtpark" stattfinden. Die nächste findet ausnahmsweise den 30. Juni statt.

In Alsfeld gibt es auch Jubiläumsarbeiter. Diese glauben den Unternehmern ganz besonders gefällig sein zu müssen. So sagte kürzlich ein solcher Auchkollege zu einigen seiner Mitarbeiter: Alle, die im „Stadtpark" verkehren und der „Stadtpark selbst müßten ausgerottet werden. Auf welche Weise diese Ausrottung vorgenommen werden soll, hat uns der biedere Mann leider nicht verraten. Wenn Arbeiter solche Ausdrücke gebrauchen über Wirtschaften, wo die organisierte Arbeiterschaft verkehrt, dann braucht man sich über Schimpfereien und Saalabtreibereien nicht mehr zu wundern. Der „Stadtpark" ist die einzige Wirtschaft hier, wo die Arbeiterschaft ihre Interessen besprechen und beraten kann; deshalb ist es Pflicht eines jeden Kollegen, nur dort zu verkehren.

Berlin. In einer außerordentlichen Generalversammlung am 14. Mai gaben die Kollegen Glocke und Richard Leopold einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. An den Bericht knüpfte sich eine kurze Diskussion. Es wurde bemängelt, daß die Urabstimmung über die Einführung der Krankenunterstützung vom Verbandstag abgelehnt worden sei; außerdem wurde die Maifeierresolution kritisiert. Es wurde unter Zustimmung der Versammelten zum Ausdruck gebracht, daß diese Resolution durchaus nicht den Erwartungen der Berliner Kollegen entspricht. Kollege Glocke bemerkte hierzu, die Resolution bedeute insofern einen gewissen Fortschritt, daß der Verbandstag sich einmal prinzipiell mit der Maifeier befaßt hat, denn auf Grund dieser Resolution können Mitglieder wegen der Maifeier ausgeschlossen werden. Im übrigen müsse jede Zahlstelle das Recht haben, je nach Lage der örtlichen Verhältnisse über diese Resolution hinaus bindende Beschlüsse betreffs Maifeier für die am Orte beschäftigten Kollegen zu fassen. Redner erklärt unter Zustimmung der Versammlung, die Berliner Zahlstelle wird es vor wie nach jedem Kollegen zur Pflicht machen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Es wurde dann folgende Resolution angenommen: „Die heute bei Keller tagende Generalversammlung erklärt sich im allgemeinen mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden." Nachdem mehrere geschäftliche Anträge der Berliner Zahlstelle erledigt waren, wurden die Wahlen zum Gauvorstand und zum Ausschuß vollzogen. In den Gauvorstand wurden gewählt die Kollegen Dahlke, Richard Leopold, Exner, Sickfeld, Schreiber und Güth. In den Ausschuß wurden folgende Kollegen gewählt: Robert Schmidt, Hildebrand, Langhammer, Ernst Krüger, Rennau, Richter, Hummel, Bock, Julius Schmidt, Monien und Geiling. Darauf nahm die Versammlung Stellung zu dem Artikel in Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung", „Unwürdige Zustände" überschrieben. Zum besseren Verständnis wird es notwendig sein, folgendes einzuschalten: Nach der Urabstimmung über die Gehaltsvorlage in Berlin hatten die angestellten Kollegen gekündigt. Auf der Tagesordnung der ordentlichen Generalversammlung vom 10. Mai 1906 stand demzufolge Neuwahl von Verbandsangestellten. In dieser Versammlung erklärten die Kollegen, sie haben ihre Kündigung nicht eingereicht, weil die Gehaltserhöhung abgelehnt worden sei, sondern weil sie die übergroße Majorität, mit der die Ablehnung erfolgte, als Mißtrauensvotum auffassen müssen. Hinzu kommen noch die in früheren Versammlungen gegen die Angestellten gerichteten persönlichen Angriffe, so daß sie zu der Überzeugung gekommen sind, daß ein gedeihliches Arbeiten im Interesse des Verbandes unter diesen Umständen nicht möglich sei. In dieser Versammlung wurden nach einer äußerst lebhaften Diskussion folgende Resolutionen angenommen: „1. Die heutige Generalversammlung (10. Mai) nimmt von der Kündigung der Beamten Kenntnis, sie bedauert die gegen die Angestellten in der Generalversammlung vom 11. März erhobenen persönlichen Angriffe und ersucht die Beamten, im Interesse des Verbandes bis auf weiteres auf ihren Posten zu bleiben. 2. Nach abgelaufener Wahlzeit wird bei der Neuwahl respektive Wiederwahl für jeden Beamten die Höhe des Gehaltes festgesetzt." Nach Annahme vorstehender Resolutionen erklärten sich die Angestellten bereit, dem Wunsche der Kollegen nachzukommen und bis auf weiteres auf ihren Posten zu bleiben. Ein Kollege, welcher seine Kündigung schon früher eingereicht hatte, hielt dieselbe aufrecht. Nachdem so etwas Ruhe in dieser Angelegenheit eingetreten war, erschien der oben angeführte Artikel in Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung". Nach längerer Debatte wurde folgende vom Kollegen Treu eingebrachte Resolution mit ungefähr zwei Drittel Majorität angenommen: „Die Generalversammlung der Zahlstelle Berlin mißbilligt den Artikel in Nr. 20 der ‚Holzarbeiter-Zeitung', betitelt ein ‚Unwürdiger Zustand'. Der Artikel gibt ein tendenziös entstelltes, viele Unrichtigkeiten enthaltendes Bild von den Vorgängen innerhalb der Zahlstelle Berlin anläßlich der Ventilierung der Gehaltsfrage ihrer Angestellten. Sie beschränkt sich auf die Anführung einiger dem angezogenen Artikel entgegenstehenden Tatsachen. 1. Das Grundgehalt der Angestellten der Berliner Zahlstelle beträgt 1800 Mk., steigend in vier Jahren auf 2000 Mk. 2. Die in dem betreffenden Artikel angegebenen Wochenverdienste sind Vollwochenverdienste und nicht Jahresdurchschnittsverdienste, was der Artikelschreiber unterschlägt. Der Jahresdurchschnittsverdienst beträgt zum Beispiel bei der Branche Innenausbau 30,81 Mk. Das dürfte der Artikelschreiber auch gewußt haben, vorausgesetzt, daß er die Statistik der Berliner Zahlstelle und die Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung" über den gleichen Gegenstand gelesen und verstanden hat. Es spricht nicht viel von den statistischen Fähigkeiten des betreffenden Artikelschreibers, wenn er die Statistik in der Weise mißbraucht, Vollwochenverdienste bei den Tischlern und Jahresverdienste bei den Angestellten in Parallele zu stellen. 3. Eine Gegenagitation wider die Gehaltsvorlage wurde in der Zeit zwischen der Generalversammlung und der Urabstimmung in der in dem betreffenden Artikel geschilderten Weise nicht getrieben." Der Kollege Treu wandte sich in scharfer Weise gegen den Artikel, er erklärte, dies bedeute für die Berliner Kollegen einen Faustschlag ins Gesicht. Glocke ist ebenfalls mit dem Artikel nicht einverstanden, er ersuchte jedoch, die Resolution abzulehnen, um nicht noch einmal die ganze Angelegenheit aufzurollen, nachdem die vorige Generalversammlung diese Frage erledigt hat. Im übrigen ist die Resolution beleidigend. Swintovski erklärt, er sei seinerzeit für die Gehaltsvorlage eingetreten, er könne sich aber auf keinen Fall mit der Tendenz, insbesondere mit den aus der Statistik herausgegriffenen Zahlen einverstanden erklären. Richard Leopold: Es ist wohl nicht angängig, daß man sich auf den Standpunkt stellt, der Redakteur dürfe dies oder jenes nicht schreiben, es habe da jeder Kollege das Recht, eine Berichtigung einzuschicken, wenn er nachweisen könne, daß das, was der Redakteur geschrieben habe, mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. Der Antragsteller hat in seiner Begründung gesagt, die Berliner Kollegen sind beleidigt worden, dabei enthält die vorgeschlagene Resolution diverse Beleidigungen gegen den Redakteur; er bittet die Versammlung, die Resolution abzulehnen. Glocke verwahrt sich gegen den in der Diskussion erhobenen Vorwurf, daß er den Artikel geschrieben habe, er sei erstaunt gewesen, wie er den Artikel gelesen habe. Pattloch spricht gegen die Resolution und weist darauf hin, daß diese Angelegenheit nach Annahme der Resolution in der vorigen Generalversammlung erledigt sein müsse. Wunsch hält es für zwecklos, wenn die Resolution angenommen wird, es müsse ein Eingesandt an die Zeitung eingesandt werden. Die Resolution Treu wurde, wie oben bemerkt, angenommen und beschlossen, sie in der „Holzarbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Bremen. Der Meister Dölvers, ein ehemaliges Verbandsmitglied von der Aktiengesellschaft Weser hierselbst, macht es sich zur Aufgabe, unsere Kollegen nach seiner Manier zu behandeln. Während sich die Arbeitswilligen alles erlauben dürfen, darf es bei unsern Kollegen nicht mal passieren, daß sie zu spät kommen; so wurde dieserhalb ein schon mehrere Jahre dort beschäftigter Kollege mit Entlassung bedroht, falls dieses noch einmal vorkommen sollte. Dabei war es bei diesem Meister, als er noch am Kratzbock stand, gang und gäbe, daß Montags, wenn nicht ein ganzer Tag, so doch mindestens ein halber Tag gebläut wurde; dieses werden seine ganze Nebengesellen von früher bezeugen können. Glücklich hat er es erreicht, daß er fast alle älteren Kollegen indirekt hinausgeekelt hat. Diese waren ihm nicht leistungsfähig genug, bezeichnenderweise finden aber sämtliche anderweitig lohnende Beschäftigung. Nur kann man eine solche Handlungsweise eher anders als human bezeichnen, sind es doch grade seine Lehrgesellen gewesen, welche so schnöde von ihm behandelt wurden. Ein dort 24 Jahre beschäftigter Kollege hatte einen Stundenlohn von 45 Pfennig; dieser sollte ihm gekürzt werden, worauf der Kollege seine Entlassung nahm. Jetzt, nachdem der Streik seit zehn Monaten beendet ist, bekommen die Arbeitswilligen, trotzdem sie auch keine Berge einreißen können, zwei einen Lohn von 45 Pfennig, die andern je 43 und 41 Pfennig pro Stunde, während unsere Kollegen mit Ausnahme einiger Aelterer, welche infolge längerer Tätigkeit bei der Firma auch 43 bis 44 Pfennig bekommen, nur 37, 38 und 39 Pfennig erhalten. Die Kollegen bilden sich hierüber ihr Urteil selbst. Wir ersuchen die auswärtigen Kollegen, wenn sie die Absicht haben, nach hier zu kommen, sich erst mit der Ortsverwaltung in Verbindung zu setzen, damit diese Werkstatt, welches der reine Taubenschlag für unsere Kollegen hier geworden ist, nicht so belaufen wird und wir versuchen können, hier bessere Zustände zu schaffen. Sodann noch ein paar Worte an die dort noch beschäftigten jungen Kollegen, welche es nicht unterlassen können, mit den arbeitswilligen Elementen gemeinsame Sache zu machen und ihnen alles erzählen, was in den Versammlungen gesprochen wird, damit es auf diesem Wege dem Meister zu Ohren kommt, der dann um so leichter Gelegenheit hat, sich mißliebiger Kollegen zu entledigen. Ein solches Verhalten ist einem organisierten Kollegen unwürdig und werden wir streng darauf achten, daß derartiges hinfort nicht mehr geschieht, widrigenfalls wir gezwungen sind, andere Maßnahmen solchen Kollegen gegenüber zu ergreifen.

Bünde i. Westf. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Holzarbeiter, besonders aber der Zigarrenkistenmacher sind die denkbar traurigsten; sind doch Löhne von 48 Mk. im Monat keine Seltenheit. Diese Zustände finden ihre Erklärung darin, daß die Arbeiter trotz jahrelanger eifriger Agitation nicht für den Verband zu gewinnen waren. Traten einmal einige der Organisation bei, dann blieben sie meist nach einigen Wochen wieder fern mit der Erklärung: „Es nützt ja doch nichts." In der letzten Zeist ist das anders geworden, und dazu haben nicht nur die steigenden Preise der Lebensmittel, der Mieten usw. beigetragen, sondern auch ganz besonders der Großkistenfabrikant Herbrechtsmeier. Und das ging so zu: Bei Herbrechtsmeier herrschten die allerschlechtesten Verhältnisse, gelegentlich gab es sogar Ohrfeigen; und wenn länger gearbeitet wurde, dann mußte die Schnapsflasche den Arbeitern den nötigen Mut machen. Diese Kollegen, die dem Verband nicht angehörten, hatten sich verabredet, an den Fabrikanten einige Forderungen zu stellen. Als sie deswegen vorstellig wurden und auf ihre Einigkeit hinwiesen, machte dieser Hinweis auf Herrn Herbrechtsmeier gar keinen Eindruck, er sagte ihnen ganz trocken: „Wenn ihr einig wäret, dann wäret ihr im Verband, und das seid ihr nicht." Jetzt begriffen die Kollegen, was ihnen not tut, und sie traten zum größten Teil dem Verband bei; das gleiche taten auch die Kollegen aus anderen Fabriken, so daß unsere Zahlstelle zurzeit über 300 Mitglieder zählt. Die günstige Geschäftslage veranlaßte die Kollegen aus einigen Fabriken, die schon länger dem Verband angehörten, mit geeigneten Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Als auf die schriftliche Eingabe eine Antwort nicht erteilt wurde, griff unser Gauvorsteher, Kollege Woltmann, ein, worauf bei Rodenberg & Rosenbaum die Forderung bewilligt wurde. In den anderen Betrieben mußte zunächst die Kündigung eingereicht werden, doch gaben die Fabrikanten nach, als sie sahen, daß es den Kollegen ernst war. Zur Arbeitseinstellung kam es nur bei Stickdorn, doch konnte auch hier nach wenigen Stunden schon die Arbeit wieder aufgenommen werden. Bei Cordes und bei Rehling & Blank wurden nach wiederholten Verhandlungen die Forderungen bewilligt. Erreicht wurde 10 resp. 15 Pf. Aufschlag pro 100 Kisten und für die Lohnarbeiter 25 Pf. Lohnerhöhung pro Tag; außerdem wurde die vierzehntägige Lohnzahlung an Stelle der seither üblichen monatlichen bewilligt. Es ist nunmehr auch hier der Beweis geführt, daß die Kollegen ihre wirtschaftliche Lage nur durch die Organisation verbessern können. Aber noch ist vieles nachzuholen; die Kistenmacher haben lange geschlafen und müssen nun um so energischer an der weiteren Verbesserung ihrer Lage arbeiten. Dazu muß zunächst die Organisation weiter ausgebaut werden; jeder muß danach streben, daß der letzte Holzarbeiter dem Deutschen Holzarbeiterverband zugeführt wird.

Detmold. Nach Abschluß der letzten Differenzen errichteten die Kollegen gemeinsam mit dem Arbeitgeberschutzverband einen paritätischen Arbeitsnachweis. In den Bestimmungen für denselben wurde unter anderem festgelegt: „Der sich zuerst anmeldende Arbeitgeber oder Arbeitnehmer wird zuerst bedient. Sollten am Orte nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden sein, so ist es der Kommission gestattet, sich mit andern Nachweisen in Verbindung zu setzen und Arbeitskräfte heranzuziehen." Trotzdem nun Arbeitnehmer in die Liste eingetragen waren, benutzten die Arbeitgeber den Nachweis nicht, sondern schrieben eigenmächtig, ohne die Nachweiskommission in Kenntnis zu setzen, nach außerhalb und ließen sich von dort Arbeiter kommen. Ebenfalls annoncierten sie in den hiesigen Tageszeitungen. In einem Inserat wurde die hiesige Entwicklung der Holzindustrie geschildert und dabei behauptet, daß die Tischler ein Einkommen bis 1500 Mk. und darüber hätten, so daß die ca. 300 Holzarbeiter nahezu eine halbe Million verdienten. Da sind natürlich Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter alle miteinbegriffen, wo Tagelöhne von 1,60 Mk., 1,80 Mk. und 2,40 Mk. keine Seltenheit sind. Zu verwundern ist bloß, weshalb die fremden Kollegen nach kurzer Zeit Detmold wieder verlassen. Dieser Schwindel soll natürlich dazu dienen, recht viel Arbeitskräfte heranzulocken, um einen Druck auf die in der Bewegung stehenden Kollegen auszuüben. Da sich unsere Kollegen nicht wollen als Aussuchungsobjekte betrachten lassen, so werden sie dagegen angehen.

Elberfeld-Barmen. Zahlreich hatte sich die Kollegenschaft unserer Zahlstelle zu der Generalversammlung am 10. Juni zusammengefunden, so daß der Saal des Barmer Gewerkschaftshauses dicht gefüllt war, um an Stelle unseres ausscheidenden Geschäftsführers Kollege Krumbach einen neuen zu wählen. Auf unsere Annonce in der Holzarbeiterzeitung hatten sich, wie der Kommissionsreferent Kollege F. Dreßler mitteilte, 17 Kollegen gemeldet, so daß dieser Kommission die Auswahl unter einer großen Zahl tüchtiger Bewerber nicht leicht wurde. Es wurden davon 5 Kollegen zur Wahl gestellt, und von diesen in einer sich notwendig machenden Stichwahl Kollege Schneider-Cöln gewählt. (Dies diene den andern Bewerbern mit bestem Dank für ihre Bemühung zur Nachricht, daß der Posten besetzt ist.) Über eine Ermäßigung unseres Extrabeitrages von 15 Pf. auf 10 Pf. pro Woche entspann sich eine längere Diskussion, und wurde schließlich der Betrag der Verwaltung, die mit 10 Pf. auszukommen glaubt, gegen eine erhebliche Minderheit, die für Beibehaltung unseres jetzigen Beitrags stimmte, angenommen, womit die Tagesordnung erschöpft war. — An die Kollegenschaft unserer Zahlstelle ergeht nun der Appell, trotz der Beitragserhöhung, die ja auch für uns ihre Früchte bringen wird, treu und fest zusammenzuhalten und in in-

tensivster Weise für den Ausbau unserer Organisation zu arbeiten, damit auch der Barmer Teil unserer Mitgliedschaft zu dem Neunstundentag kommt und der Hochmut unserer Arbeitgeber, die zum größten Teile aus Kleinmeistern bestehen, und die den großen Scharfmachern das Räuspern und Spucken glücklich abgesehen haben, gebrochen wird, damit denselben ihre Feme, in Gestalt von Schwarzen Listen, mit denen sie jeden einzelnen Arbeiter, der aufhört, beglücken, gründlich ausgetrieben wird.

Erfurt. Hier wurde in einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 9. Juni der Bericht vom Verbandstag entgegengenommen. Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Die meisten Redner waren von der Einführung der Krankenunterstützung nicht befriedigt; man bedauerte auch, daß eine Urabstimmung nicht stattfindet; man hätte eine Beitragserhöhung ganz allein zu Kampfzwecken und zur Erhöhung der Streik- und Arbeitslosenunterstützung gewünscht. Schließlich erklärten die Kollegen nach längerer Aussprache, für die Durchführung der Beschlüsse eintreten zu wollen, und dem nächsten Verbandstag die in der Debatte geäußerten Wünsche vorzutragen.

Frankfurt a. O. Nach einem ausführlichen Berichte des Kollegen Fendel erklärten sich die Kollegen mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Der Beitrag wurde auf 65 Pf. festgesetzt.

Friedrichshagen. Am 11. Juni referierte Kollege R. Leopold-Berlin in einer gutbesuchten Versammlung über die Verhandlungen des Verbandstages in Cöln. Gegen eine Stimme beschlossen die Kollegen, sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden zu erklären.

Gotha. Am 8. Juni fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher der Bericht vom Verbandstag entgegengenommen wurde. In der Diskussion wurde bemängelt, daß keine Verbesserung der bestehenden Unterstützungseinrichtungen vorgenommen worden, sowie daß für die Krankenunterstützung eine einjährige Karenzfrist und eine achttägige Wartezeit vorgesehen ist; wenigstens hätte man vom dritten Tage an Unterstützung gewähren sollen; auch die Beschlüsse in der Maifeierfrage wurden, weil unzulänglich, bemängelt. Schließlich erklärten sich die Kollegen mit den Beschlüssen des Verbandstags einverstanden und sprachen insbesondere dem Hauptvorstand wie auch sämtlichen Verbandsbeamten ihr Vertrauen aus. Betreffs des Lokalbeitrags wurde einstimmig beschlossen, denselben auf 5 Pf. pro Woche zu belassen.

Kottbus. In einer starkbesuchten Mitgliederversammlung berichtete Kollege Stusche über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verbandstages. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung ihr Einverständnis mit den Beschlüssen des Verbandstages kundgibt.

Luckenwalde. In einer gutbesuchten Generalversammlung gab Kollege R. Leopold-Berlin den Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. An einigen Beschlüssen des Verbandstages wurde von mehreren Diskussionsrednern Kritik geübt. Zum Schluß erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen im allgemeinen einverstanden.

Nürnberg. In einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung erstatteten die Kollegen Münch und Böstel den Bericht vom Verbandstag. Die Versammelten waren mit der Tätigkeit der Delegierten einverstanden, dagegen waren sie mit den gefaßten Beschlüssen nur teilweise zufrieden. Nicht zufrieden war man mit der Einführung der Krankenunterstützung und der Erhöhung der Gehälter, und protestiert wurde gegen die Ablehnung der Urabstimmung. Dem Verbandsvorstand gegenüber wurde der Wunsch ausgesprochen, er möge es sich zur Pflicht machen, die Rechte der Mitglieder in Zukunft mehr zu wahren als seither. Scharfe Kritik wurde geübt an dem Verhalten der Delegierten aus dem Gau Berlin, da diesen die Hauptschuld daran beizumessen ist, daß die Urabstimmung abgelehnt wurde. Trotz der geübten Kritik gaben sich die Anwesenden das Versprechen, alles daranzusetzen, um einen Rückgang der hiesigen Zahlstelle zu verhüten. In bezug auf den Lokalbeitrag wurde nach eingehender Diskussion beschlossen, durch Urabstimmung festzustellen, ob der Gesamtbeitrag in der Zahlstelle auf 65 oder auf 70 Pf. wöchentlich zu normieren ist.

Pforzheim. Hier erstattete Kollege Schneegaß in einer gut besuchten Versammlung am 16. Juni Bericht über den Verbandstag. Sämtliche Diskussionsredner erklärten sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden und erwarten bei ihrer Durchführung eine gute Entwicklung des Verbandes.

Quakenbrück. Die Unternehmer im Bürstenmachergewerbe verstehen es vortrefflich, sich für die Lohnerhöhungen, welche sie den Werkstättenarbeitern bewilligen müssen, an den Heimarbeitern schadlos zu halten. In welcher Weise das geschieht, geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor. Die Firma Schade & Cie. in Quakenbrück besitzt in Schönheide eine Filiale, in welcher sieben Einzieherinnen beschäftigt werden, außerdem beschäftigt aber die Firma dort als Heimarbeiter eine Reihe Personen aus dem sogenannten Mittelstand, Bahnbeamten, Meistersfrauen usw. Nachbezeichnete Waren werden angefertigt und der beigefügte Preis dafür gezahlt. Zur rechten Würdigung dieser Preise fügen wir die in Quakenbrück für die gleiche Arbeit gezahlten Löhne in Klammern bei. Pro 1000 Loch gibt es für: Blumenbürsten (in Quakenbrück 70) 40 Pf., Babibürsten (80) 40 Pf., Gesichtsbürsten (80) 50 Pf., Flaschenbürsten (100) 45 Pf., Bartbürsten (70) 40 Pf., Haarbürsten (70) 45, 50 und 55 Pf., Hutbürsten (70) 40 Pf., Kleiderbürsten (60 und 70) 40, 45 und 55 Pf., Möbelbürsten (90 und 100) 50 und 60 Pf., Siebbürsten (90) 50 Pf., Tafelbürsten (60) 40 Pf., Tassenbürsten (70) 40 Pf., Teekannenbürsten (100) 55 Pf., Teppichbürsten (90) 50 Pf., Silberputzbürsten (90) 45 und 50 Pf., Wagenbürsten (150 und 300) 50 und 55 Pf., Handfeger (100) 45 Pf., Besen (100) 50 Pf., Kardätschen (60 und 70) 45 Pf., Hundekardätschen (70) 40 Pf., Möbelpinsel (100) 45 und 50 Pf. Außerdem werden noch eine Reihe hier am Orte gut bezahlter Arbeiten dort angefertigt. Kollegen in Schönheide, seht euch diese Zahlen genau an; die Kollegen in Quakenbrück haben ihre Mühe, wenn sie an 3 Mk. Verdienst pro Tag herankommen wollen. Wie traurig muß es doch mit eurem Verdienst stehen. Wollt ihr dieser Ausbeutung aber energisch entgegentreten, so werdet Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes und gebietet den Ausbeutern zur gegebenen Zeit ein energisches Halt. Das kann nur durch Organisation und gemeinsames Handeln erreicht werden.

Schandau. Schlaft wohl, schlaft wohl, ihr Kameraden brav! so möchte man unseren in den Schneidemühlen beschäftigten Kollegen zurufen, denn sie sind seit einigen im Vorjahr massenhaft besuchten Versammlungen, wo auch sozusagen Masseneintritte erfolgten, vollständig eingelullt über ihren fetten Löhnen von 20 bis 26 Pf. pro Stunde (manche sollen sogar noch mehr kriegen). Mit Ausnahme einer Anzahl uns noch treu zur Seite Stehender sehen es die Kollegen absolut nicht ein, daß die in einigen Betrieben gemachten Aufbesserungen nur der eingesetzten Agitation unseres Verbandes zu danken sind. Kollegen, wartet nicht erst, bis ihr durch Rippenstöße in Gestalt von Verschlechterungen wieder zur Erkenntnis kommt, noch ist es Zeit, die Lücken wieder auszufüllen, die ihr gelassen habt. Laßt euch nicht leiten von dem Wahne, daß es nichts nutzt, blickt um euch und seht, wie Tausende von Kollegen nur durch Einigkeit sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen. Haltet fester zum Verband, sucht die Säumigen mit heranzuziehen, dann wird es auch bei euch möglich sein und nicht bloß in anderen Berufen, wie ihr meint, ein besseres Dasein zu schaffen. Die nächste öffentliche Versammlung findet Sonntag den 24. Juni, 3 Uhr nachmittags, im „Deutschen Kaiser", Krippen, statt.

Schönheide. Unsern Fabrikanten ist es sehr unangenehm, daß unser Verband hier eine Zahlstelle besitzt, die schöne Fortschritte macht. Um den Kollegen die Mitgliedschaft zu verleiden, werden alle möglichen Mittel angewendet, und die direkt beteiligten Unternehmer finden in dem Besitzer des „Schönheider Wochenblattes", welcher unsern Ort mit „geistiger" Nahrung versorgt, einen würdigen Helfer. Kürzlich brachte dieses Blättchen eine Notiz über den Streik der Holzarbeiter in Geringswalde und Umgegend, der nebenbei bemerkt, der Wahrheit nicht entspricht, und leitete dieselbe mit folgenden Worten ein: „Aus Folgendem ist wieder einmal zu ersehen, wie wenig der Holzarbeiterverband imstande ist, die Forderungen der Holzarbeiter durchzusetzen, so daß es zum mindesten zweifelhaft ist, ob die Arbeiter für die vom Verbande geforderten hohen Steuern, irgendwelche Erfolge erreichen werden. Wenn ein Familienvater mit seiner Familie diese Beiträge zinstragend anlegen würde, dürfte es wohl für ihn vorteilhafter sein." Für die Fabrikanten wäre es sicher vorteilhafter, wenn die Arbeiter davon absehen würden, ihre Beiträge an den Verband zu zahlen; sie würden die günstige Gelegenheit bald wahrnehmen, um die ohnehin schon kargen Löhne noch weiter zu beschneiden, so daß von der Möglichkeit, Geld zinstragend anzulegen, bald keine Rede mehr sein könnte. Wer den Ratschlägen der Unternehmer und deren Helfer folgt, wird schlimme Erfahrungen machen. Der Deutsche Holzarbeiterverband ist die beste Sparkasse für seine Mitglieder. Die Beiträge, welche diese zahlen, tragen hundertfältig Zinsen. Ein großer Teil der Schönheider Kollegen hat das bereits erkannt, und diejenigen, welche der Organisation noch fern stehen, werden den Weg zu ihr noch finden. Daran werden weder die Unternehmer, noch die ihr dienstwillige Presse etwas ändern.

Schorndorf. Eine Musterwerkstatt ist die des Herrn Hutt, mechanische Bau- und Möbelschreinerei hier. Während die Höhe des Lohnes sehr viel zu wünschen übrig läßt, ist die Behandlung, welche den Arbeitern hauptsächlich von seiten der Söhne des Unternehmers zuteil wird, desto ungebührlicher; hauptsächlich der ältere Sohn gibt sich alle erdenkliche Mühe, die Arbeiter in rüpelhafter Weise anzuschnauzen. Geradezu traurig ist aber das Schicksal der Lehrlinge. Herr Hutt holt sich seine Lehrlinge mit Vorliebe aus den Waisenhäusern (von Schorndorf bekommt er nämlich keinen mehr). Leider ist niemand vorhanden, der sich dieser Lehrlinge richtig annimmt und ihre Interessen wahrt, und so kommt es, daß sie statt zu Schreinern zu Posselbuben herangezogen werden; höchstens können sie an der Maschine etwas mitarbeiten. Mit der Beköstigung der Lehrlinge ist es nicht gut bestellt, sie werden hier recht knapp gehalten und nicht selten kommt es vor, daß das Vesper überhaupt ganz vergessen bleibt; sie sind ganz glücklich, wenn sie einmal ein Stückchen Brot erwischen können, desto mehr gibt es aber „Abfälle". Aber auch mit den Vorschriften der Berufsgenossenschaft nehmen es diese Herren nicht so genau, sonst könnte es nicht vorkommen, daß Lehrlinge, welche erst einige Wochen in der Lehre sind, schon an den gefährlichen Maschinen selbständig arbeiten müßten. Es wäre dringend zu wünschen, daß dem Treiben dieser Herren Einhalt geboten wird, hauptsächlich dem älteren Sohne. — Kollegen, die in Schorndorf in Arbeit treten wollen, tun gut, wenn sie sich vorher bei der Lokalverwaltung erkundigen.

Spiegelau (Bayer. Wald). Zu welch einer schauderhaften Ausbeutung und Unterdrückung das Unternehmertum fähig ist, da wo es eine willfährige, indifferente Arbeiterschaft vorfindet, das zeigen uns so recht drastisch die Verhältnisse in der Bayerischen Waldgegend, und es ist daher schon ein großes Verdienst, wenn es der Organisation, weder Mühe noch Arbeit scheuend, gelingt, die in dortiger Gegend noch herrschenden tieftraurigen Zustände aufzudecken und diese dann der öffentlichen Kritik preiszugeben. Solches soll auch zunächst der Zweck dieser Zeilen sein, denn auch in unserem Orte ist es nach langer Mühe und fleißiger Agitationsarbeit beherzter Kollegen gelungen, eine Zahlstelle zu gründen, die bereits nahe an 150 Mitgliedern zählt, und das, trotzdem man mit Hilfe des Unternehmertums, des Bezirksamtes und der Gendarmerie uns bereits alle bisher innegehabten Lokale zu Versammlungen in Spiegelau und nächster Umgegend abgetrieben hat, so daß wir unsere Versammlungen in dem dreiviertel Stunden entfernten Reichenberg abhalten müssen. Am Pfingstmontag fand nun wieder eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher der Gauvorsteher, Kollege Raith, eingehend den Anwesenden den Nutzen einer starken Organisation in sachlicher Weise auseinandersetzte. Aus dem reichen Material über die Mißstände sowie die Behandlung und Entlohnung in der hiesigen Holzwarenfabrik und Sägewerk von G. Petzold sollen hier nur einige Fälle angeführt werden, um der Gesamtkollegenschaft das Trostlose unserer Lebenslage zu zeigen. Der Tagelohn für Arbeiterinnen beträgt 80 bis 90 Pf., jugendliche Arbeiter erhalten 30 bis 60 Pf. täglich an Lohn, für Vollgattersäger werden 2,20 Mk., für Sägeschärfer 1,90 bis 2 Mk. bezahlt, Platzarbeiter bekommen 1,80 Mk. pro Tag. Der Akkordverdienst für Maschinisten schwankt zwischen 1,65 bis 2,50 Mk. pro Tag, das gleiche ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bei den Drechslern und Bürstenholzbohrern der Fall. Die Arbeit für die Maschinenarbeiter wird pro Tausend und mehr Stück im Akkord vergeben und im Preise berechnet. Anstatt nun die von den Maschinisten gefertigte Stückzahl sofort nach Fertigstellung zu berechnen, haftet der Arbeiter für seine Arbeit, bis diese vom Drechsler, Bohrer oder an einer anderen Maschine fertig gemacht ist, ja in den meisten Fällen, wie bei Schnitzbrettchen, sogar bis die Stückzahl nach monatelanger Aufspeicherung zum Versand gelangt. Die dabei in der Zwischenzeit abhanden gekommene oder sonst fehlende Zahl muß der Maschinenarbeiter später ohne jede Entschädigung nachschneiden. An einem Beispiel sei dieses Ausbeutungssystem klar gemacht. Ein Arbeiter hat zum Beispiel 10 000 Stück Kleiderhölzer, Paketknebel, Bürstenhölzer, Stiegensprossen oder dergleichen herzuschneiden. In der sicheren Erwartung eines Verlustes schneidet derselbe aber schon vorsichtshalber 10 200 Stück, also 200 Stück mehr vor. Der Drechsler, Bohrer, der die Arbeit weiter zum Bearbeiten beziehungsweise Fertigstellen bekommt, verpfuscht eine Anzahl, weitere 700 bis 800 Stück wandern, da schlechtes Holz, in den Kesselraum zum Einheizen, während monatelanger Aufstapelung im Freien oder offenen Lagerraum werden weitere 300 oder 500 Stück zerbrochen oder anderweitig verbummelt; plötzlich kommt der Vorarbeiter und diktiert, zu der oder jener Lieferung von Anno dazumal sind noch 800 oder 1400 Stück nachzuschneiden, da diese Zahl aus oben genannten Gründen fehlt; Bezahlung für diese Arbeit gibt es aber nicht! Es kommt mitunter vor, daß eine Partie Arbeiter einen halben Tag und noch längere Zeit innerhalb der vierzehntägigen Lohnperiode umsonst arbeiten muß. Die Kreissäger müssen die Bretter und Bohlen selbst ohne jede weitere Entschädigung vom weit entfernten Lagerplatz auf Handkarren verladen und zur Maschine transportieren; Entlohnung gibt es auch hierfür nicht, und daher ist es keine Seltenheit, daß eine Arbeitspartie von drei und vier Mann an solchen Tagen im Akkord ganze 75 Pf.!! und kaum etwas mehr verdient pro Kopf.

Die Maschinisten, welche Buchenholz verschneiden zu Bürstenhölzern und dergleichen Arbeit, müssen das abfallende Holz regelrecht zu sogenanntem Bündelholz zusammenschneiden, gleichfalls ohne Entlohnung hierfür; nicht selten trifft einen solchen Arbeiter auf sechs Arbeitstage ein voller Tag Abfallholzschneiden, für den er nichts bekommt, das gleiche ist auch bei den Arbeiterinnen beim Bündelholzschneiden der Fall. Dabei ist es eine Seltenheit, daß mit den Akkorden abgerechnet wird; so wartet unter anderen eine Partie Arbeiter bereits seit dreiviertel Jahr auf die vor so langer Zeit bereits geleistete Arbeit zur Abrechnung; frägt einer nach einer solchen, dann heißt es einfach, Überschuß ist keiner da, trotzdem vielfach der Akkordvorschuß am Lohntag geringer ist, als der ohnehin schon kläglich bemessene Tagelohn. Akkordpreise werden willkürlich festgesetzt und reduziert, Tarife oder Kontrollbücher in Händen des Arbeiters gibt es nicht. Daß in einem solchen Betriebe das Strafsystem nicht fehlt, versteht sich am Rande. Strafen sind festgesetzt bis zum halben Tagelohn; kommt ein Arbeiter zu spät, dann gibt es 30 bis 50 Pf. Abzug; da die Arbeiter in der Mehrzahl in weiter Entfernung von der Fabrik wohnen, so ist Zuspätkommen doch entschuldbar, namentlich wenn solches durch starken Schneefall oder plötzliche Krankheit verursacht ist. Entschuldigung hinterher gibt es nicht, es wird einfach gestraft, selbst wenn das Fernbleiben durch die Kontrollversammlung verursacht war! Abrechnung über die Verwendung der abgezogenen Strafgelder gibt es jedoch nicht. Da von Extraunterstützungen bei Krankheitsfällen nichts bekannt ist, so müssen diese Beträge doch bereits eine ansehnliche Summe ausmachen. Zur Auszahlung des regelmäßigen Krankengeldes dürfen Strafgelder bekanntlich ja nicht verwendet werden; man zieht sogar dem Kranken den halben Tag vor Pfingsten in gänzlich ungesetzlicher Weise ab, weil eben an diesem Tag in der Fabrik auch nicht gearbeitet und nicht bezahlt wurde. — Das vorstehend Angeführte ist nur ein bescheidener Teil der traurigen Zustände, unter denen diese Arbeitssklaven zu fronden haben, zumal wenn man in Betracht zieht, daß die Lebensverhältnisse hier am Orte teuer genannt werden können, zumal auch wir im Bayerischen Wald nicht verschont geblieben sind von der allgemeinen Lebensmittelpreissteigerung. So kostet hier ein Pfund Kuhfleisch zurzeit 80 Pf.!! Um ein solches Quantum Fleisch kaufen zu können — für die zahlreiche Familie eines Arbeiters jedenfalls nicht zu viel —, müßte so ein Familienvater nahezu die Hälfte seines Tagelohnes opfern. — Angesichts solcher schlimmen Zustände machte am 5. Juni Kollege Raith den Versuch, eine Aussprache mit Petzold herbeizuführen, um bei einer solchen doch wenigstens eine Beseitigung der krassesten Mißstände zu erwirken, doch da kam man bei dem Unternehmer, der bisher unumschränkter Alleinherrscher gewesen, schön an. Diesem Herrn ist die Organisation das Verhaßteste, was sich nur denken läßt; wer es wagt, am heiligen Profit zu rütteln, wird hinauskomplimentiert. Seitens des Fabrikausschusses wurde hierauf gleichfalls der Versuch gewagt, und der Direktor verlangte die schriftliche Einreichung der Wünsche und Beschwerden, was auch sofort geschah. Wer aber sich in der Hoffnung wiegte, daß etwas gebessert würde, sah sich bitter enttäuscht, denn andern Tags wurde dem Fabrikausschuß einfach in kategorischer Scharfmacherweise erklärt: „Wenn bis nachmittag 4 Uhr die eingereichten Forderungen beziehungsweise Beschwerden nicht zurückgezogen werden, wird andern Tags die Fabrik geschlossen, alle Arbeiter ausgesperrt." Herr Petzold scheint es sich doch überlegen zu wollen, mit dem Deutschen Holzarbeiterverband ein Tänzchen zu riskieren und verlegt sich nun auf Diplomatenkunststücke, um die Arbeiter nochmals zur weiteren ungehinderten Ausbeutung für sich einzufangen. 25 000 Mk. möchte er für einen Fabrikkrankenunterstützungsverein stiften als Gründungskapital, falls seine Arbeiter aus der Organisation austreten und wöchentlich die 35 Pf. in diesen Krankenverein beisteuern. Höhere Löhne, bessere, menschenwürdigere Behandlung will er seinen Arbeitern also nicht gewähren, was diesen doch so dringend not täte, aber nominell 25 000 Mk. spendieren, die er jedoch nie herzugeben brauchte, sondern die ungehindert als Betriebskapital weiter verwendet werden könnten, sollen als Lockmittel dienen, für das die Arbeiter ihre Rechte und Menschenwürde ausliefern sollten. Darauf werden diese aber nicht eingehen. Warum denn auf einmal so mildtätig für die Kranken, wo man bisher sich stets weigerte, die

gesetzlich vorgeschriebenen Krankenkassenleistungen zu erfüllen? Unter anderem verweigerte man einem im Betrieb durch Unfall verunglückten Arbeiter von der fünften Woche ab das erhöhte Krankengeld; da die Herren Buchhalter behaupten, in den Gesetzbüchern keinen solchen Paragraphen zu finden, so wollen wir ihrem Wissen etwas nachhelfen, indem wir ihnen empfehlen, den § 12 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes nachzuschlagen. Die Arbeiter verzichten also sehr gern auf zweifelhafte Geschenke und Zuwendungen, sondern fordern nur gesetzliche Rechte und machen von dem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht auch in Zukunft solidarisch Gebrauch. — Leider ist unsere Zahlstelle noch zu jung, um auf alle Brutalität die richtige Antwort zu geben, doch dieses Verhalten des Unternehmers wird und muß allen Holzarbeitern des Bayerischen Waldes, den Ärmsten der Armen, den Sägearbeitern doch endlich die Augen öffnen, nachdem sie das wahre Gesicht des ausbeutenden Kapitalismus in unverhüllter Weise geschaut, des Kapitals, dem sie sich bisher so willig gebeugt und das sich am Lebensmark der Arbeiter vollgesogen und gemästet hat. Darum, Sägearbeiter im Bayerischen Wald, verdoppelt eure Kräfte in der Agitation, schließt euch im Deutschen Holzarbeiterverband zusammen, hört nicht auf eure falschen Freunde, damit auch ihr endlich dazu kommt, eure bis zur Unerträglichkeit verschlechterte Lage menschenwürdiger zu gestalten.

Spremberg. In der am 9. Juni stattgefundenen Versammlung erstattete Kollege Herbst Bericht vom Verbandstag. Nach zweistündiger Berichterstattung und reger Diskussion erklärte sich die Versammlung durch einstimmige Annahme einer Resolution mit den Beschlüssen des Verbandstags einverstanden.

Weißensee. In der Mitgliederversammlung vom 14. Juni nahmen die Kollegen den Bericht vom Verbandstag entgegen. Widerspruch gegen die Beschlüsse desselben (Beitragserhöhung, Regelung der Beamtengehälter usw.) erfolgte nicht. Auch die sonstigen Neuordnungen des Statuts fanden ungeteilten Beifall. Der Beitrag für Weißensee wurde nun auf 90 Pf. ab 1. Juli festgesetzt.

Wilsdruff. Seit zirka zwei Jahren ist von der hiesigen Zahlstelle kein Bericht in der Zeitung erschienen, man darf aber daraus nicht schließen, daß hier rosige Zustände herrschen. Die Versammlungen sind oft sehr schwach besucht; die Kollegen legen eine Lauheit an den Tag, daß man annehmen muß, sie haben ganz vergessen, daß nur die Organisation der Ort ist, wo ihre Interessen vertreten werden können. Der Abschluß des letzten Streiks hat manches zu wünschen übrig gelassen, aber deshalb darf man den Mut nicht sinken lassen, wir müssen uns vielmehr enger zusammenschließen und mutig und rastlos weiter kämpfen, unsere gedrückte Lage zu verbessern. Andernfalls ist zu befürchten, daß wir auch das mühsam Errungene noch verlieren. Wenn man bedenkt, welcher Kampfesmut früher hier herrschte, und jetzt diese Lauheit, so ist das beschämend für die Kollegen. Es gibt Mitglieder, welche sich das ganze Jahr nicht in den Versammlungen sehen lassen; mit dem Beiträgezahlen ist eure Pflicht noch nicht zu Ende, jeder muß mitarbeiten an dem Ausbau der Organisation. Im vergangenen Jahre wurde hier von der Zahlstelle ein Arbeitsnachweis gegründet, welcher ganz gut funktioniert, aber doch noch öfters von Kollegen umgangen wird. Wenn hier in den größten Betrieben ein Arbeiter seine Stellung verläßt, laufen die Kollegen in Massen hin und fallen dem Arbeitgeber vor die Füße. Kollegen, das sollte nicht vorkommen; der Arbeitsnachweis ist doch deshalb gegründet, um das Überlaufen der Buden abzuschaffen. In diesen Betrieben wäre es Pflicht der organisierten Kollegen, ganz besonders darauf zu sehen, daß nur Arbeiter vom Nachweis eingestellt werden. Gerade diese Kollegen sollten sich aufraffen und ihre Lauheit ablegen. Leider haben es einige von ihnen für nötig befunden, nach 6 bis 8jähriger Mitgliedschaft aus dem Verband auszutreten; wahrscheinlich ist ihnen Lebensstellung versprochen worden. Wie es mit diesen Lebensstellungen aussieht, sollte doch zur Genüge bekannt sein. So lange der Arbeiter artig und gefügig ist und sich willig ausnutzen läßt, wird er geduldet, zeigt er aber Neigung, seine Lage mal erträglicher zu gestalten, so heißt es einfach raus; ist aber eine starke Organisation am Platze, so hat er wenigstens Rückhalt. Kollegen, schließt euch enger zusammen, laßt allen persönlichen Hader fallen, streift eure Lauheit und Gleichgültigkeit von euch, sucht alle Indifferenten der Organisation zuzuführen und besucht die Versammlungen. Nur Einigkeit macht stark.

Wriezen. In der am 9. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde der Bericht vom Verbandstag entgegengenommen. Die Versammlung sprach durch Annahme einer Resolution dem Verbandstag ihre volle Zustimmung aus, insbesondere über die gefaßten Beschlüsse betreffend der Krankenunterstützung und der damit verbundenen Beitragserhöhung. Gleichzeitig billigte die Versammlung die Regelung der Gehälter und die Neuanstellung agitatorischer Kräfte.

Zeitz. In unserer Stadt ist die Kinderwagen- und die Pianoforteindustrie vorherrschend, beides Industriezweige, die von der Saison abhängig sind. In beiden Branchen ist jetzt die schlechte Zeit eingetreten. Während in der Kinderwagenindustrie noch bis Pfingsten mit Hochdruck gearbeitet wurde, ist für die Pianofortefabrikation schon in der Zeit vor Ostern ein langsamerer Geschäftsgang zu verzeichnen. Aus diesem Grunde haben wir auch am Orte mit einem ganz bedeutenden Abgang an Mitgliedern durch Abreise zu rechnen. Abgereist sind seit 1. Januar 49 Tischler und Instrumentenmacher, 8 Korbmacher, 1 Drechsler, 4 Stellmacher, 8 Maschinenarbeiter. In besonders ungünstiger Lage befinden sich die Korbmacher, da in der Kinderwagenfabrikation die geflochtenen Körbe mehr und mehr von den jetzt modern werdenden glatten Körben aus Holz oder Pappe verdrängt werden, und an den letzteren Verzierungen aus Flechtwerk gar nicht vorhanden sind. — Während sonst in der bekannten Nätherschen Fabrik auf strikteste Innehaltung der Kündigungsfrist der größte Wert gelegt wurde, können die Korbmacher das Arbeitsverhältnis jetzt jeder Zeit lösen. Aus diesem Grunde erlauben sich die Herren Unternehmer auch, Maßregelungen und Entlassungen in einigen Betrieben vorzunehmen. So wurden zum Beispiel bei Wünsch & Pretsch vier Kollegen wegen der Maifeier gemaßregelt, darunter der Kassierer unserer Zahlstelle, obwohl er schon fast sieben Jahre daselbst als Korbmacher beschäftigt war. Vor Oktober haben die Korbmacher mit keinem besseren Geschäftsgange wieder zu rechnen, dann beginnt die Puppenwagenzeit. In der Pianoforteindustrie und der eng damit verknüpften Bestandteilefabrikation tritt im August wieder ein besserer Geschäftsgang ein. An Drechslern, welche einen wichtigen Faktor in der Bestandteilefabrikation bildeten, ist durch Einführung des modernen Stils bei den Pianoaufsätzen und durch Aufstellen von Fassondrehbänken gewissermaßen Überfluß vorhanden. Die in den Bestandteilefabriken beschäftigten Tischler haben jetzt auch mehrfach unter Schikanen seitens der Fabrikanten zu leiden. Vor allen tut sich der größte Fabrikant, Herr Liebig, hervor. Trotzdem die Zahl der Tischler in dessen Betriebe jetzt fast um die Hälfte reduziert ist, entließ betreffender Herr einen Tischler am Pfingstsonnabend plötzlich ohne Angabe von Gründen nach Vollauszahlung seines halbfertigen Akkordes. Der entlassene Kollege hatte im Betriebe die „Holzarbeiter-Zeitung" zu verteilen und die Beiträge zu kassieren, er hatte sich zum Überfluß auch noch für die Maifeier ins Zeug gelegt. Die noch dort beschäftigten Kollegen werden dem Herren zu gegebener Zeit die richtige Antwort zu geben wissen. Auch in einer Pianofortefabrik sucht man den Funktionären etwas am Zeuge zu flicken. Aus all diesem werden die Kollegen ersehen, daß es zurzeit nicht ratsam ist, Zeitz als Reiseziel zu wählen. — Trotzdem seit Anfang Januar 70 Kollegen abgereist sind, ist unsere Zahlstelle nicht zurückgegangen, es ist dies ein Zeichen, daß auch die Zeitzer Holzarbeiter mehr und mehr ihre Lage erkannt haben, und mehr Sinn für die Organisation zeigen. Wenn wir zu Beginn des Jahres nur 11 weibliche Mitglieder hatten, so hat sich die Zahl bereits auf 40 erhöht, auch das ist ein erfreuliches Zeichen. Um die Zahl der weiblichen Mitglieder bald zu verdoppeln, soll in aller Kürze eine öffentliche Arbeiterinnenversammlung stattfinden. Mögen die Kollegen schon jetzt dazu beitragen, daß die Versammlung gut besucht wird. Den Mitgliedern aber rufen wir zu, werde jeder Agitator, helfe jeder mit an der Stärkung und Kräftigung der Organisation, damit auch für Zeitz bald bessere Zeiten anbrechen.

— Am 10. Juni fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Hoyer-Schmölln den Bericht vom Verbandstag erstattete. An den Bericht schloß sich eine rege Diskussion, in der die Mehrzahl der Kollegen zu erkennen gab, daß sie mit den Beschlüssen des Verbandstags nicht einverstanden sind. Besonders wurden die Bestimmungen über die Maifeier bemängelt, die gewiß nicht geeignet seien, eine regere Beteiligung an derselben herbeizuführen. Speziell hier in Zeitz, wo eine so große Beteiligung gewesen sei, würde unbedingt ein Rückgang eintreten. Dann auch die finanzielle Seite; es solle erst von der zweiten Woche an Unterstützung gezahlt werden. Auch dies sei verfehlt, da doch die Unternehmer gewöhnlich nur einige Tage aussperrten und nur in den seltensten Fällen über eine Woche. Weiter wurde kritisiert, daß auch bei der Krankenunterstützung erst von der zweiten Woche an Unterstützung gezahlt werden solle. Wie viel werde darüber gesprochen und geschrieben, daß die Zwangskassen noch eine mehrtägige Karenzzeit haben, und hier führe eine Arbeiterorganisation gar eine siebentägige Karenzzeit ein. Von einigen Kollegen wurde darüber geklagt, daß an den an die Zeitung eingeschickten Berichten so viel Kürzungen vorgenommen würden. (Diese Kollegen sind wohl nicht recht unterrichtet. Nur ein „Eingesandt" zum Verbandstag wurde verkürzt, und zwar nur insoweit, als es sich in Wiederholungen eines früheren „Eingesandt" erging. Im übrigen müssen wir pflichtgemäß Berichte verkürzen, die Nebensächlichkeiten in aller Breite erörtern, schon um in der Zeitung Raum freizuhalten für aufklärende Artikel. Die Redaktion.) Im Geschäftlichen wurde über das Fortbestehen des Lokalfonds verhandelt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, darüber eine Urabstimmung unter den Mitgliedern vorzunehmen.

Werte Kollegen! So hat sich wieder die Frage nötig gemacht, ob wir einen Lokalbeitrag zahlen oder nicht. Wohl ist ja der Beitrag bedeutend erhöht worden, aber das darf uns nicht abhalten, daß wir den 5 Pf.-Beitrag weiterzahlen, denn wir müssen bedenken, was wir mit diesem Gelde bereits geschaffen haben: Zuschüsse zur Arbeitslosen- und Gemaßregeltenunterstützung, bei der diesjährigen Maifeier haben wir die Aussperrung bezahlt; auch andere Unterstützungen können wir in erhöhterem Maße zahlen als bisher. Wenn nun in kurzer Zeit die Fragebogen an die Mitglieder verteilt werden, so möge sich jeder prüfen, wie er stimmt. Es mag eingewendet werden, daß vielen Kollegen den erhöhten Beitrag zu zahlen schwer fällt, gibt es doch noch Löhne von 12 Mk. und darunter. Aber überlegen wir, was wir für diese weiteren 5 Pf. alles schaffen können, so muß sich jeder sagen, daß es dringend nötig ist, auch diese wenigen Pfennige noch aufzubringen. Möge also jeder Kollege dafür sorgen und agitieren, daß das Fortzahlen des Lokalbeitrags nicht nur mit Mehrheit, sondern einstimmig beschlossen wird.

Zuffenhausen. Eine gemeinschaftliche Sitzung der hiesigen Ortsverwaltung mit den Vertrauensmännern beschloß, den Mitgliedern den Vorschlag zu machen, den Beitrag vom 1. Juli ab auf 65 Pf. zu erhöhen. Die Mitgliederversammlung vom 16. ds. Mts. lehnte diesen Vorschlag ab und beschloß mit großer Majorität, den Beitrag unter Beibehaltung der Lokalkrankenunterstützungskasse, auf 70 Pf. zu erhöhen.

Infolge des zahlreichen Beitritts der Kollegen, welche in der Stuhlbranche beschäftigt sind, wurde beschlossen, für diese Arbeiter eine Sektion zu gründen. Wir hoffen, daß diese Sektionsversammlungen von den beireffenden Kollegen immer gut besucht werden, und daß es ihnen gelingen möge, die dem Verband noch abseits stehenden Arbeiter zu gewinnen.

— Die erfolgreiche Lohnbewegung der Kollegen in der hiesigen Möbelindustrie übt nun noch eine gute Wirkung auf die in der Stuhlbranche beschäftigten Arbeiter aus. Gegen den gewerkschaftlichen Indifferentismus bei dieser Arbeiterkategorie war bis jetzt absolut nicht aufzukommen. Nun ist das Eis gebrochen. Von den drei Stuhlfabriken am hiesigen Orte sind die Arbeiter der Fabriken Häfner und Gehr bis auf ein paar Mann dem Verband beigetreten. Von der größten Stuhlfabrik, Veith & Gebr. Sigloch, woselbst etwa 60 Mann in Betracht fallen, sind nun weit über die Hälfte organisiert. Unter diesen Arbeitern wurde das Mißtrauen geradezu künstlich gezüchtet, indem so ein paar Ehrenmänner den Beruf in sich fühlten, ihre Nebenkollegen wegen jeder Bagatelle zu verkalfaktern; und leider gibt es noch Fabrikanten, welche solchem Klatsch Gehör schenken. Die Ortsverwaltung der hiesigen Zahlstelle steht mit den Stuhlfabrikanten in Unterhandlung zwecks Durchführung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im Laufe dieser Woche werden die Verhandlungen beendigt, und das Resultat wird in nächster Nummer bekannt gegeben.

Zweibrücken. Obwohl in Zweibrücken die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schreiner noch sehr traurige sind, legen die Kollegen eine Gleichgültigkeit an den Tag, welche ganz unbegreiflich ist. Bei den verheirateten Kollegen muß die Frau durch irgend einen Nebenverdienst mithelfen, die Familie zu ernähren. Besonders traurige Zustände herrschen in der Dampfschreinerei von Philipp Dick. Da derselbe einige minimale Forderungen seiner Arbeiter in brutaler Weise zurückgewiesen hat, wurde in unserer letzten Mitgliederversammlung beschlossen, über diese Werkstätte die Sperre zu verhängen. Wir bitten die Kollegen, Zweibrücken soviel als möglich zu meiden, damit wir auch hier endlich menschenwürdige Zustände in den Betrieben herbeiführen können. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Karl Kreimeier, Himmelsberg 2, und werden die Kollegen ersucht, das Umschauen unter allen Umständen zu unterlassen und den Arbeitsnachweis zu benützen. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet Samstag den 30. Juni im Lokal „Zum goldenen Stern" statt. Wir hoffen, daß die organisierten Kollegen alle erscheinen. Denjenigen, welche dem Verband noch nicht angehören, rufen wir zu: Erkennt eure traurige Lage, tretet ein in unsere Reihen, denn nur durch Einigkeit können wir etwas erreichen.

Sterbetafel.

Heinrich v. Zinnen, Schiffszimmerer, geb. 10. August 1880 zu Eckwarden, gest. 28. Mai 1906 zu Bremerhaven.

Johann Schuh, geb. 17. Januar 1875 zu Nürnberg, gest. 25. Mai 1906 ebenda.

Johann Brandl, geb. 12. Dezember 1882 zu Thundorf, gest. 22. Mai 1906 zu Nürnberg.

Anton Blumm, geb. 18. April 1878 zu Laffenau, gest. 28. Mai 1906 zu Nürnberg.

Eduard Schiebeck, Kokosweber, geb. 25. Februar 1870 zu Bleicherode, gest. 16. Mai 1906 zu Schönebeck.

Andreas Krsißkewicz, geb. 25. November 1874 zu Posen, gest. 3. Juni 1906 ebenda.

Johannes Hohns, geb. 13. Juni 1861 zu Krefeld, gest. 5. Juni 1906 zu Duisburg.

Karl Schäfer, geb. 22. November 1864, gest. 4. Mai 1906 zu Minden i. Westf.

Karl Hänel, geb. 6. Mai 1853 zu Grünhainichen, gest. 30. Mai 1906 zu Meißen.

Christian Banzhaf, Schreiner, geb. 30. Januar 1841, gest. 23. Mai 1906 zu Stuttgart.

Christian Peter, Maschinenarbeiter, geb. 6. August 1872, gest. 31. Mai 1906 zu Stuttgart.

Wilhelm Krämer, Schreiner, geb. 2. Mai 1877, gest. 3. Juni 1906 zu Stuttgart.

Richard Prager, Modelltischler, geb. 30. März 1878 zu Zelle bei Aue, gest. 7. Juni 1906 ebenda.

Emil Jauernig, Tischler, geb. 14. Januar 1881 zu Gotschdorf, gest. 10. Juni 1906 zu Löbau.

Waldemar Pietsch, Stellmacher, geb. 8. Februar 1877 zu Dresden, gest. im Juni 1906 zu Homburg a. d. Efze.

Jakob Huttenhöfer, Tischler, geb. 2. Februar 1863 zu Dienheim, gest. 12. Juni 1906 zu Frankfurt a. M.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern nach Altensteig, Bamberg (Bätz), Bückeburg (Schaer), Chemnitz (Otto Hoffmann Nachf.), Cöthen, Danzig (Schichau), Colmar i. E., Cottbus, Döbeln (Gebr. Pezold), Eisenach, Eisleben (E. Berger), Feuerbach, Fischbach i. T. (E. Schmitt), Gotha, Görlitz (Fortagne), Großenhain (E. Kirchner), Hamburg, Heidelberg, Königsberg i. Pr., Lehrte (Eggers), Liegnitz (Ad. Krauthahn), Marburg, Miesbach (Jos. Babel), Mülhausen i. Els., Neuhaldensleben, Priebus (O. F. Schulze), Pritzwalk, Remscheid, Stettin, Stolp i. Pomm., Waldkirch i. Br., Weimar (Lindemann), Weißwasser (Ortel & Cie.), Wismar, Zerbst, St. Gallen, Schaffhausen, Rorschach, Lausanne, Klingnau-Dottingen, Zürich;

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Breslau, Danzig (Schichauwerft), Dresden, Frankfurt a. M., (Molladenfabrik Kimmich), Friedland, Bez. Breslau (Niederlich), Fürth, Golm b. Potsdam (Deutsche Hausbau-Gesellschaft), Herford, Karlsruhe, Lörrach, Schwabach, Stuttgart (Hofacker), Wolgast;

Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Berlin (J. Drechsler, Gubenerstr. 35), Frankfurt a. O., Friedland b. Breslau (Niederlich), Langenau b. Brand (Hergert), Lübeck;

Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Geringswalde, Hartha, Leisnig, Schweikershain, Waldheim;

Modellschreinern und Stellmachern nach Breslau, Rheydt (Maschinenfabrik Reke);

Parkettbodenlegern nach Lübeck;

Holzarbeitern aller Branchen nach Frankenthal, Neustadt i. Meckl. (Ed. Müller), Oberschöneweide (Kabelwerk Oberspree), Plattling (Weise), Rathenow (Landwirtschaftl. Maschinenfabrik H. Gierke), Stettin (Koppen);

Sägern und Hilfsarbeitern nach Kempten i. Bayern;

Drechslern nach Bockenem (Kutsche & Co.), Schönlanke (Levy);

Kammachern nach Kreuznach (Arheld & Levita, Gebr. Scheben);

Gummidrechslern nach Cassel (Evens & Pistor);

Korbmachern nach Fürstenberg a. Oder, Gautzsch bei Leipzig (Mathesius), Hirschaid, Kötzschenbroda, Magdeburg, Monheim, Schönfließ, Stralau (Glashütte), Wittenberg, Schweiz, Schaffhausen (Sendler);

Bürstenmachern und Drechslern nach Arnstadt (Thüringer Pinselfabrik, Inh. Ruge), Berlin (Innungsnachweis), Cöln, Mainz (Henochsberg & Cie.), Neuwied (Universum), Rostock, Schweiz;
Stellmachern nach Bielefeld, Bremen, Breslau, Cöln, Gera, Neuhaldensleben, Penslin i. M., Waldkirch i. Breisgau;
Sägern und Sägewerkarbeitern nach Allach bei München (Th. Kirsch & Söhne), Kempten;
Korkarbeitern nach Breslau;
Pantinenmachern nach Treuenbrietzen (Bubel), Wittenberge.

In Arnstadt sind in der Thüringer Pinselfabrik (Inhaber Franz Ruge) Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

In Bockenem dauert der Streik der Drechsler bei der Firma Kutsche & Cie. noch fort und ist eine Beendigung desselben vorläufig nicht abzusehen. Die Firma hat es abgelehnt, mit unserem Gauvorsteher zu verhandeln. Bis jetzt ist es uns gelungen, den Betrieb von Streikbrechern freizuhalten, obgleich in hiesigen bürgerlichen Blättern der Streik als beendet bezeichnet wird und auch der Reisende der Firma, ein Herr Taubert, überall ausposaunt, der Streik sei zu Ende. Wir haben nun alle Streikenden bis auf drei anderwärts in Arbeit gebracht, trotz der Schwarzen Liste. Wir sind gewillt, bis zum äußersten auszuharren und werden nicht bedingungslos ins alte Joch zurückkehren. Wir ersuchen dringend um weitere Fernhaltung des Zuzugs.

In Breslau ist die Aussperrung seitens der Metallindustriellen am 9. Juni aufgehoben worden, nachdem die in der Maschinenbauanstalt in Betracht kommenden Former eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1 bis 3 Pf. pro Stunde zugestanden erhielten. Am Schlusse des Kampfes hat die Leitung der Metallarbeiterbewegung ein gerade nicht solidarisches Verhalten gegenüber den übrigen in Mitleidenschaft gezogenen Gewerkschaften gezeigt. Es ward in ihren Versammlungen beschlossen, nicht eher wegen Übernahme der Arbeit vorstellig zu werden, als bis der Aufhebungsbeschluß seitens der Unternehmer bekannt geworden ist. Die Arbeiterkommissionen waren auch verpflichtet, in sich die Vertreter aller Branchen zuzulassen, um so gemeinschaftlich die Interessen aller zu vertreten. Aber ohne den Beschluß der Unternehmer betreffend Aufhebung der Aussperrung abzuwarten, liefen die Metallarbeiterkommissionen in die Betriebe hinein. Die Holzarbeiter faßten daher in ihrer Gesamtheit den Beschluß, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, als bis der Leitung des Verbandes Mitteilung seitens der Industriellen von der Aufhebung der Aussperrung wurde. Diese ist in zufriedenstellender Weise erfolgt, und geschlossen nahm man einen Tag später die Arbeit wieder auf. Nur in der Waggonfabrik Linke wollte es nicht glatt vonstatten gehen. Dort wollte man 10 bis 15 Tischler nicht mehr einstellen. Die Kollegen, 100 Mann an der Zahl, machten sofort kehrt, um in die Arbeit nicht eher zurückzukehren, bis alle Mann eingestellt werden. Nachdem die fünfzehn Mann noch einmal der Direktion Vorstellungen machten, stellte sich dies als ein Mißgriff seitens des Werkmeisters heraus. Die Direktion gab noch einmal ihr Ehrenwort, daß keiner gemaßregelt werden solle. Zum Schlusse wurden den Kollegen noch einige Vergünstigungen zuteil. Damit fand der Kampf für die Holzarbeiter auf der ganzen Linie seinen vollendeten Abschluß. Mögen die Kollegen daraus ihre Lehre ziehen und treu zur Organisation stehen.

In Chemnitz stehen seit dem 12. Juni in der Möbelfabrik von Otto Hoffmann Nachfolger sämtliche 42 beschäftigte Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter im Streik. Schon wiederholt gab es in der Werkstatt Anlaß zu Differenzen wegen Maßregelung.

Vor kurzem wurde der Arbeiterausschuß wiederum vorstellig, um im Auftrage der Beschäftigten das Aufräumen der Werkstatt, welches täglich nach Feierabend vollzogen wurde, abzustellen. Der Werkführer Brecht gestand dies auch zu, zog aber, als es zur Einführung gelangen sollte, sein Wort wieder zurück, entließ einen Kollegen vom Arbeiterausschuß und erklärte ferner, jeden der sich nicht füge zu entlassen. Der Verbandsleitung, welche in dieser Angelegenheit vorstellig wurde, erklärte Herr Brecht, er lasse sich keine Vorschriften machen, wem es nicht passe, müsse gehen. Das Maß war nun voll und sämtliche Kollegen legten die Arbeit einmütig nieder. Die Firma sucht jetzt in auswärtigen Zeitungen tüchtige Möbeltischler. Pflicht aller Kollegen ist es, den Zuzug streng fernzuhalten.

In Cöln reichten die Kollegen in den Bürsten- und Pinselfabriken S. Lucas, Heinrichstraße, und Fr. Mans, Duffesbach, einen Lohntarif ein. Es handelt sich hier hauptsächlich darum, einheitliche Preise zu erzielen, da die geforderten Tarifsätze teilweise schon vor 10 bis 15 Jahren bezahlt wurden und auch jetzt noch bezahlt werden. Die Firmeninhaber wollten aber nicht verhandeln, Mans hatte sogar unserem Vertreter barsch die Türe gewiesen, so daß sämtliche Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niederlegten. Über den weiteren Verlauf der Bewegung werden wir berichten, bitten aber bis auf weiteres, dieses zu beachten und den Zuzug von Cöln fernzuhalten.

In Cottbus ist in der großen Bautischlerei Mittag nach Ablauf des bisherigen Vertrags ein neuer Vertrag abgeschlossen worden. Der Minimallohn wurde von 35 auf 40 Pf. pro Stunde erhöht, sämtliche Arbeiter erhalten eine Zulage von 4 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit wird von 55½ auf 55 Stunden und am 1. Januar 1908 auf 54 Stunden verkürzt. An diesem Termin findet eine nochmalige Aufbesserung von 1 Pf. pro Stunde statt. Der neue Vertrag gilt auf drei Jahre.

In Gautzsch b. Leipzig dauert der Streik der Korbmacher bei der Firma Ernst Mathesius unverändert fort. Von den vierzehn in Streik Getretenen sind acht abgereist. Wenn die Kollegen allerorts ihre Pflicht tun durch fernhalten des Zuzugs, muß der Sieg doch unser werden.

In Geringswalde und Umgegend ist der Kampf beendet. Am Mittwoch den 13. Juni nahmen in den Stuhlfabriken in Geringswalde nach 15wöchigem Kampfe zirka 260 Kollegen die Arbeit auf. Bereits acht Tage vorher hatte eine sehr stark besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung beschlossen, den Kampf abzubrechen und bis auf weiteres zu vertagen, da jedoch die Unternehmer betreffs der Einstellung Bedingungen stellten, welche von den Kollegen keinesfalls anerkannt werden konnten, drohte der Kampf aufs neue mit aller Energie auszubrechen. Die Unternehmer sahen jedoch recht bald ein, daß die Kollegen nicht gewillt waren, zu verschlechterten Bedingungen an die Arbeit zurückzukehren und nachdem auch betreffs der Einstellung eine Einigung erzielt worden war, fand Dienstag den 12. Juni eine Besprechung der streikenden Kollegen in Geringswalde statt, worauf am nächstfolgenden Tage die Arbeit teilweise aufgenommen wurde. In den umliegenden Orten Waldheim, Hartha, Leisnig, Schweikersheim und Neuwallwitz wurde sodann die Aussperrung aufgehoben und haben auch in diesen Orten die Kollegen in den nächstfolgenden Tagen die Arbeit teilweise aufgenommen. Doch muß hierbei ausdrücklich festgestellt werden, daß noch längere Zeit verstreichen wird, bevor sämtliche Kollegen wieder untergebracht sind, deshalb werden auch die aus dem Streikgebiet abgereisten, beziehungsweise anderweitig in Arbeit getretenen Kollegen ersucht, dasselbe bis auf weiteres zu meiden und ist demnach der Zuzug nach dem sächsischen Stuhlindustriegebiet nach wie vor streng fernzuhalten.

In Langenau b. Brand haben die Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter in der Kunstmöbelfabrik von Karl Hergert am 25. Mai Lohnforderungen eingereicht. Gefordert wurde eine mäßige Erhöhung der Akkordlöhne für Tischler, für Polierer und Maschinenarbeiter 2 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde. Bei neuen Akkorden wurde außerdem Garantie des im letzten Vierteljahr erzielten durchschnittlichen Lohnes und Abschlagszahlung in Höhe von 35 bezw. 30 Pf. pro Stunde verlangt. Herr Hergert lehnte zunächst die Forderung strikte ab, und als die Kommission noch einmal versuchte, eine Einigung herbeizuführen, wurde sie auf später vertröstet. Die Kollegen waren jedoch mit dieser Verschleppung nicht einverstanden und traten am 30. Mai einmütig in den Ausstand. Ein Vertreter des Gauvorstandes versuchte nun, eine Vermittlung herbeizuführen. Es gelang ihm dies insoweit, als Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß für die nächsten Tage zugesagt wurden. Als nun dieser vorstellig wurde, erhielt er von Herrn Hergert ein Schreiben, in welchem er versprach, zirka zwei Prozent Lohnerhöhung zu bewilligen; gleichzeitig teilte Herr Hergert noch mit, daß er sieben Mann nicht wieder einstellen wolle. War schon die Lohnerhöhung gar zu gering, so mußte die letzte Zumutung gerade dazu führen, die Arbeiter zum Kampfe anzuspornen. Herr Hergert wird nun auch alles versuchen, Arbeitswillige heranzuziehen. Wir richten an die Kollegen allerorts das dringende Ersuchen, den Zuzug von Tischlern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Langenau bei Brand streng fernzuhalten. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß Herr Hergert versucht, anderswo Arbeiten unterzubringen. Es handelt sich hier um furnierte Möbel. Wir ersuchen daher die Kollegen, obacht zu geben.

In Miesbach sind im Baugeschäft von Joseph Babel Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten. Vor vierzehn Tagen erst wurde von seiten der Organisation mit sämtlichen Schreinereien in Miesbach ein Tarif abgeschlossen, und nun geht Herr Babel schon auf die Suche, um billige unorganisierte Arbeitskräfte zu kapern. Er hatte auch bereits einen Meistersohn aus der Nähe gefunden, auch einen Bankrott gegangenen Schreinermeister stellte er ein; als aber am Samstag zwei unserer besten Kollegen entlassen wurden und die anderen die nächste Woche folgen sollten, legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder, nur der frühere Schreinermeister arbeitet weiter und läßt sich nicht davon abhalten. Wenn die Kollegen Miesbach meiden, wird auch Herr Babel einsehen, daß er mit der Organisation verhandeln muß, obwohl er dem Vertreter erklärte: „Wir sind fertig, mit ihnen habe ich nichts zu tun.

In München ist die Bewegung unter den Bürstenmachern für dieses Jahr beendigt und so wollen wir einen kurzen Bericht darüber veröffentlichen. Da es der Organisation endlich einmal gelungen war, bei der Firma Pruckner festen Fuß zu fassen, wurde dieser Betrieb zuerst vorgenommen und ohne Streik 9 bis 12 Prozent Lohnerhöhung sowie am Wochenschluß eine Stunde früher Feierabend bei halber Bezahlung erreicht. Bei der Firma Pensberger forderten die Maschinenarbeiter (14 Mann) eine Lohnerhöhung von 10 Prozent, die auch nach halbtägigem Streik bewilligt wurde. Durch dieses Vorgehen wurde gleichzeitig für die Gesamtarbeiterschaft, auch für die Arbeiterinnen über achtzehn Jahren, eine Teuerungszulage von 5 Prozent zugestanden. Zuletzt wurden auch für die Kollegen und Kolleginnen, die in den Kleinbetrieben beschäftigt sind, Forderungen auf Tarifänderungen sowie Verkürzung der Arbeitszeit eingereicht. Hier gestalteten sich die Verhandlungen mit den Meistern infolge der schlechten Organisation der Kollegen etwas langwierig, doch hatten wir auch hier am Schlusse einen guten Erfolg, und zwar ohne Streik zu verzeichnen. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3½ Stunden wöchentlich, so daß jetzt endlich einmal die 56stündige Arbeitszeit einheitlich durchgeführt ist. Ferner machen die Tarifänderungen ungefähr 8 bis 10 Prozent Lohnerhöhung aus. Am erfreulichsten ist es, daß es gelang, einen Tarif für Arbeiterinnen festzulegen und der willkürlichen Bezahlung, die sonst herrschte, ein Ende zu machen. Die beiden Tarife sowie der bei der Firma Pruckner wurden auf zwei Jahre abgeschlossen. Durch die erfolgreichen Lohnbewegungen sowie die intensive Agitation, die betrieben wurde, ist die Mitgliederzahl unserer Sektion ganz bedeutend gestiegen. Während wir am Jahresschluß 268 Mitglieder zählten, beträgt die Zahl gegenwärtig 440, darunter 230 weibliche. Erfolgreich erweist sich ein Beschluß, den die letzte Mitgliederversammlung auf Antrag des Ausschusses hin faßte, nämlich unter den Heimarbeiterinnen eine energische Hausagitation zu betreiben. Sehr zustatten kommt uns dabei der Beschluß des Verbandstags, die Einführung der Krankenunterstützung betreffend, so daß wir heute bereits über 30 Neuaufnahmen zu verzeichnen haben. Geht es so weiter, so besteht auch da die Möglichkeit, daß die traurigen Verhältnisse unter den Heimarbeiterinnen in absehbarer Zeit gebessert werden können.

In Oldesloe sind die Differenzen in der Möbelfabrik Kayser & Wey infolge Eingreifens unseres Gauvorstehers Röske beigelegt worden.

In Schweidnitz i. Schles. ist es nunmehr gelungen, durch eine Lohnbewegung die Arbeitsbedingungen zunächst für die in der Bau- und Möbeltischlerei tätigen Kollegen aufzubessern. Erreicht wurde: 1. Verkürzung Arbeitszeit von 10 und 10½ auf 9½ Stunden. 2. Einen Mindestlohn von 25 Pf. für jeden ausgelernten Gesellen und des übrigen eine Lohnerhöhung von 2 bis 4 Pf. die Stunde. Ferner Erhöhung der Akkordpreise von 8 bis 15 Prozent. 3. Sicherung des Lohnes oder durchschnittlich erzielten Akkordverdienstes bei erstmaligen Akkordarbeiten. 4. Überstunden dürfen nur noch in den dringendsten Fällen gemacht werden und müssen dann, die ersten zwei Überstunden mit 10 Pf., weitere Überstunden inklusive Sonntagsarbeit mit 20 Pf. Lohnaufschlag bei Lohn- und Akkordarbeit bezahlt werden. 5. Für Montagearbeit im Orte erfolgt ein Lohnaufschlag von 5 Pf. die Stunde, bei solchen außerhalb ein Aufschlag von 20 Pf. Für besonders teuere Orte unterliegt der Zuschlag der Vereinbarung. Kollegen, an euch liegt es nunmehr, dieses schriftlich mit den Arbeitgebern Vereinbarte, auch zur vollen Durchführung zu bringen. Die Lohnbewegung ist mit diesem noch nicht vollständig abgeschlossen, denn noch gibt es einige Werkstätten, in denen die Verhältnisse für die Kollegen äußerst traurige sind, wo bei 66stündiger Arbeitszeit Stundenlöhne von 18, 19 und 20 Pf. keine Seltenheit bilden, die aber auf alle Fälle nachgeholt werden müssen. Zur Vollständigkeit des Berichtes sei noch erwähnt, daß bei der bisherigen Lohnbewegung von zirka 130 Beteiligten auch einige 20 Hirsch-Dunkersche und 9 Christliche beteiligt waren. — Da es zu keiner Arbeitseinstellung kam, so fand die Leitung der „Hirsche" auch keine Gelegenheit ihre Handlangerdienste dem Arbeitgebertum durch Streikbrecherei zur Anwendung zu bringen, wie dieses in neuester Zeit erst wieder in Breslau gelegentlich der Aussperrung in der Metallindustrie in so offenkundiger Weise geschehen ist.

In Treuenbrietzen ist den 13 bei Bubel beschäftigten organisierten Pantinenmachern die Entlassung angedroht worden, wenn sie nicht bis zum 23. Juni aus dem Verband austreten; ein Kollege ist bereits gemaßregelt worden. Um die jüngeren Arbeiter zum Austritt aus dem Verband zu bewegen, hat ihnen Herr Bubel versprochen, im Krankheitsfall einen wöchentlichen Zuschuß von 2 Mk. zum Krankengeld zu geben. Man darf aber solche Versprechungen nicht ernst nehmen, denn ein Arbeiter von Bubel, der schon 30 Wochen krank ist, hat in dieser Zeit noch keine 2 Mk. von ihm bekommen, und ebenso würde es auch den anderen gehen, die sich von solchen Versprechungen betören lassen. Es wird um Fernhaltung des Zuzugs gebeten; die auswärtigen Kollegen werden dabei nichts verlieren, denn die Pantinenmacher verdienen hier 8 bis 10 Mk. wöchentlich und noch weniger.

In Wurzbach haben die organisierten Holzarbeiter am 5. Juni in den Tafelfabriken von Walther & Fiedler und E. H. C. Fischer, nachdem jeder Einigungsversuch mit den Arbeitgebern gescheitert ist, die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Gefordert wurden 3 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung, gewiß eine bescheidene Forderung, wenn man bedenkt, daß hier der Durchschnittslohn 13 Mk. bei elfstündiger Arbeitszeit beträgt. Wir ersuchen besonders die hiesigen Holzarbeiter, denn von auswärts werden wir angesichts solcher traurigen Arbeitsverhältnisse keinen Zuzug zu erwarten haben, diese zwei Betriebe zu meiden.

Ausland.

In St. Gallen sind mit dem Schreinermeisterverein mittlerweile Verhandlungen angebahnt worden und scheint es mit diesem in kurzem zu einer Einigung zu kommen. Dagegen geht der Kampf in den dem Schreinermeisterverein nicht angeschlossenen Betrieben mit unverminderten Kräften weiter. Wir bitten um Fernhaltung des Zuzugs.

In Zürich befinden sich die Zimmerleute im Streik. Wir werden gebeten, dies mitzuteilen, damit Zuzug ferngehalten wird.

Aus der Holzindustrie.

Die brandenburgischen Tischlerinnungen

hielten am 20. und 21. Mai ihren 14. Bezirksverbandstag in Luckenwalde. Wie wir einen ausführlichen Bericht über die Tagung in der Günherschen „Tischler-Zeitung" entnehmen, wurde den zahlreich erschienenen Kollegen in Luckenwalde ein „warmer" Empfang bereitet. Interessant ist auch, daß in dem Stimmungsbild, in welchem der Berichterstatter die Signatur des Bezirkstags zeichnet, den Handwerkern zugerufen wird: „Man glaube auch gar nicht, wie dies häufig der Fall ist, daß die Handwerkskammern als die gesetzliche Oberorganisation des Handwerks in der Lage sind, den Handwerkern zu helfen." Wir sind dieser Meinung schon lange, erfreulich ist es aber, der gleichen Auffassung auch in dem offiziellen Bericht von einem Innungsverbandstag zu begegnen. Aus den verschiedenen Begrüßungsansprachen verdient besonders die des Geheimen Regierungsrats v. Oertzen, eines konservativen Abgeordneten, hervorgehoben zu werden. Derselbe kam, nach dem Bericht der „Tischler-Zeitung", „in kurzen Zügen auf die Geschichte und Entwicklung unseres heutigen Lebens, welches sich besonders schwierig gestalte, um vorwärts schreiten zu können, zu sprechen". Was mag der wohl den biederen Tischlermeistern erzählt haben?

Über den Geschäfts- und Kassenbericht geht das uns vorliegende Protokoll sehr schnell hinweg. Wir erfahren daraus nur, daß zu 16 bestehenden Innungen die von Trebbin als 17. hinzugekommen ist und daß es mit dem Zahlen der Beiträge ziemlich flau aussieht. Alsdann erhielt Pauli-Potsdam das Wort zu einem Vortrag über den vom Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf über die Sicherung der Bauforderungen. Seine Ausführung leitete Herr Pauli mit der Mitteilung ein, daß ein solcher Gesetzentwurf gar nicht existiere. Er hätte sich erzählen lassen, daß der Entwurf vorhanden sei; als er sich aber bemüht habe, ihn zu erhalten, habe er ihn nirgends bekommen können. Schließlich habe er den Grafen Posadowsky gefragt, und da habe ihm der erklärt, daß die Regierung gar nicht daran denke, einen solchen Gesetzentwurf vor Oktober dieses Jahres erscheinen zu lassen. Herr Pauli hielt deshalb seinen Vortrag über den nicht vorliegenden Gesetzentwurf und entfesselte damit eine Debatte, in welcher Rahardt der Meinung Ausdruck gab, daß der Referent bei der ganzen Geschichte in einem Irrtum befangen sei, denn tatsächlich haben sich bereits die Handwerkskammern über den vorliegenden Gesetzentwurf geeinigt. Damit

scheint sich auch Pauli zufrieden gegeben zu haben, der es vorher für einen Fehler bezeichnet hatte, den Handwerkskammern Gesetzentwürfe zur Begutachtung zu unterbreiten. Dadurch würde die Sache nur verschleppt. Etwas Gescheites komme doch nicht zutage, denn die Berichte stehen sich oft diametral gegenüber.

Über die Erhöhung der Preise für Tischlerarbeiten sprach Budie-Potsdam. Er bezeichnete als Ursache für die erbärmliche Lage des Handwerkes den Konkurrenzneid und das Unvermögen, ein richtiges Exempel aufzustellen. Er behaupte, daß 90 Prozent der Tischlermeister nicht richtig rechnen können, und wir haben keine Veranlassung, die Richtigkeit dieser Behauptung zu bestreiten. In der Diskussion benutzte Schaar-Berlin die Gelegenheit, um gegen die Berliner Einsetzer scharf zu machen, welche als Ersatz für den am 1. Juli ablaufenden Tarif einen neuen vorgelegt haben, der ganz schreckliche Positionen enthält. Dazwischen wurde über die von den Meistern in der Provinz den Berlinern bereitete Konkurrenz, über die Qualität ihrer Arbeit und über Submissionen gesprochen, Herrn Schaar lag aber dabei immer der schreckliche Berliner Einsetzertarif schwer im Magen, er gab sich nicht eher zufrieden, als bis sein Antrag, „der jeden verpflichtet, eine Unterschrift zu diesem Tarife nicht zu geben," einstimmig angenommen war.

Dem leichtfertigen Auflösen der Lehrverträge will Brüggemann-Luckenwalde dadurch entgegenwirken, daß das vereinbarte Kostgeld nicht voll ausgezahlt, sondern ein Teil davon als Kaution zurückbehalten wird. Nahardt möchte diesen Gedanken in eine schönere Form gekleidet wissen, er empfiehlt, das Kostgeld niedriger zu bemessen und nach Beendigung der Lehrzeit eine „Prämie" zu zahlen. In bezug auf die Unterrichtszeit in den Fortbildungsschulen vertrat Obermeister Schulz-Potsdam die vernünftige Ansicht, daß diese in die Tagesstunden verlegt werden müsse. Dieser Ansicht trat auch Pauli bei; während Brüggeman-Luckenwalde den modernen Ideen überhaupt wenig hold zu sein scheint, diesem Gedanken wenig Sympathie entgegenbringt. Er will, ehe er dem Tagesunterricht zustimmt, erst Schulen, „die unseren Ansprüchen genügen". Noch deutlicher spricht sich Winkel-Charlottenburg für den Abendunterricht aus. Einen Ausspruch, der von seiner stupenden Weisheit zeugt, förderte Richt-Berlin zutage. Er meinte, daß die Arbeiter nur deshalb für den Tagesunterricht eintreten, damit die Lehrlinge abends die Versammlungen besuchen können! Ein Beschluß wurde in dieser Frage nicht gefaßt. Nachdem die Wahlen vollzogen waren, erfolgte Schluß der Tagung.

Das Fachblatt für Holzarbeiter liegt nunmehr in zwei Probenummern vor, die den Zahlstellenverwaltungen zum Vertrieb an die Mitglieder bereits zugegangen sind. Diese Probenummern sollen gratis an die Mitglieder, und zwar vorzugsweise an jene Kollegen abgegeben werden, die gesonnen sind, das Fachblatt zu abonnieren. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen dringend, ihren ganzen Einfluß bei den Mitgliedern geltend zu machen, um dem Fachblatt eine weite Verbreitung zu sichern. Mögen alle Kollegen an der Verbreitung dieses billigen und guten Organs mitwirken, damit ihm jetzt schon eine möglichst große Abonnentenzahl gesichert wird. Wir können wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß das den Ortsverwaltungen übersandte Material nicht verschleudert wird, daß es aber auch nicht ungenutzt liegen bleibt. Eine weitere Probenummer erscheint nicht. Die Nummer 3 des „Fachblatt für Holzarbeiter" wird nur noch an jene Kollegen abgegeben, welche Abonnenten dieser Zeitschrift sind und ihr Abonnementsgeld pro Juli-September im Betrag von 1 Mk. an die Ortsverwaltung entrichtet haben. Mögen deshalb alle Kollegen bis dahin Abonnenten des „Fachblatt für Holzarbeiter" werden. Die Ortsverwaltungen aber ersuchen wir, uns bis zum 7. Juli die von den Abonnenten eingezogenen Abonnementsgelder für das Quartal Juli-September einzusenden, da der Versand des Fachblatts nur noch an die Abonnenten erfolgen kann. Alle Geldsendungen sowie alle Bestellungen auf das Fachblatt sind nur zu richten an Ernst Deinhardt, Adlerstraße 43.

Die Nummer 3 enthält wiederum zahlreiche textliche und zeichnerische Beiträge. Von letzteren nennen wir nur 3 Abbildungen einer Diele, je eine Abbildung eines Büfetts von Professor Gußmann, eines Damenschreibtisches, 2 Abbildungen von Salonschränken, Abbildungen einer Kredenz, zweier Korbsessel, Zeichnungen eines Salons, eines Ackerwagens, von Küchenmöbeln, einer Zimmertür und eines vierteiligen Fensters. Nochmals, mögen sich recht viele Kollegen auf das Fachblatt abonnieren.

Die Waggonfabriken sind, wie die „Kölnische Volkszeitung" mitteilt, zurzeit für die Staatsbahnen bis zur vollen Leistungsfähigkeit angespannt. Infolge der jüngst erfolgten weiteren Zuweisung von 9941 Güterwagen liegt reichliche Arbeit bis ins Frühjahr 1907 vor. Infolge dieser starken Inangriffnahme haben die Fabriken Aufträge für das Ausland vielfach abgelehnt.

Korbwarenindustrie. Der Verband schweizerischer Reisekorbfabrikanten beschloß nach der „Neuen Züricher Zeitung" mit 15. ds. Mts. eine Preiserhöhung von 10 Prozent eintreten zu lassen. In Frankreich, woher das Rohmaterial stammt, sind die Weidenkulturen in den letzten Jahren durch Hagelschlag schwer geschädigt worden, so daß schöne Ware sehr schwer zu erhalten ist und im Preise heute 50 Prozent höher steht als vor 4 bis 5 Jahren.

Gewerkschaftliches.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Die Generalkommission veröffentlicht folgenden Aufruf:

„Der Senefelderbund (Verband der Lithographen und Steindrucker) ist durch ein in der Arbeiterschaft unerhörtes Vorkommnis gezwungen worden, zur Unterstützung der ausgesperrten Lithographen und Steindrucker die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen. Ausgesperrt sind rund 3000 Lithographen und Steindrucker und rund 800 befinden sich im Streik. Die in Arbeit befindlichen Verbandsmitglieder verpflichteten sich, je nach der Höhe ihres Wochenverdienstes 1 bis 3 Mk. freiwilligen Beitrag pro Woche für die Dauer der Aussperrung zu leisten. Unter diesen Umständen hätte der finanziell gut fundierte Verband viele Wochen hindurch den ihm aufgezwungenen Kampf führen können, ohne fremder Hilfe zu bedürfen.

Da erhielten die Unternehmer Hilfe aus Arbeiterkreisen. Von 31 Mitgliedern des Senefelderbundes ist im Auftrag von 400 weiteren Mitgliedern, die nach der Verschmelzung des Senefelderbundes mit dem Verband der Lithographen und Steindrucker die Beiträge für die Gewerkschaftskasse nicht zahlen, sich jedoch durch die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft im Bund das Recht an den Unterstützungen sichern wollten, Klage auf Ungültigkeitserklärung der Statutenbestimmungen des Verbandes erhoben, welche sie zur Zahlung der Beiträge für die Gewerkschaftskasse verpflichten. Die Klage wurde von dem Landgericht in Frankfurt am Main teilweise zugunsten der Kläger entschieden. Damit aber nicht genug. Die klageführenden „Kollegen" beantragten dann weiter bei dem Landgericht die Beschlagnahme des gesamten Vermögens des Verbandes, und das Landgericht hat durch Verfügungsbeschluß vom 1. Juni d. J. nicht nur das für Unterstützungszwecke reservierte, sondern das Gesamtvermögen des Verbandes festgelegt und dem Verbandsvorstand bei hoher Strafe jede amtliche Handlung untersagt.

Der Schlag, der hier gegen die Organisation geführt wurde, erfolgte zu gelegener Zeit, denn am 2. Juni begannen die Unternehmer mit der Aussperrung, und sie gaben sich sicher der Hoffnung hin, daß nunmehr die Widerstandskraft des Verbandes gebrochen sei.

Diese Hoffnung soll zuschanden werden. Die Leitung der Aussperrung ist einer von den Berliner Lithographen und Steindruckern eingesetzten Kommission übertragen, und es ist auch Vorsorge getroffen, daß den Ausgesperrten die Unterstützung vorläufig fortlaufend gezahlt werden kann.

In diesem Falle aber ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, finanziell helfend einzugreifen, und hat die Generalkommission auf Antrag des Verbandsvorstandes. und nach Zustimmung der Vorstände der Zentralverbände beschlossen, gemäß den Beschlüssen des Cölner Gewerkschaftskongresses eine Sammlung für die Ausgesperrten auszuschreiben."

Wir richten an die Kollegen das Ersuchen, sofort die Sammlung einzuleiten, und erwarten von ihnen, daß sie den Ausgesperrten die Hilfe nicht versagen werden.

Die Unterstützungsbeiträge sind zu senden an

Aug. Bohne, Stuttgart, Adlerstraße 43.

Über die eingehenden Beträge wird in der „Holzarbeiter-Zeitung" quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

Fortschritte der Gewerkschaftspresse. Die letzte Nummer der „Brauer-Zeitung" erschien in einer Auflage von **30 000**, die letzte Nummer des „Textilarbeiter" in einer Auflage von **88 000** Exemplaren. Es geht mit Riesenschritten vorwärts.

Der Gemeindearbeiterverband hielt seine Generalversammlung vom 27. Mai bis 1. Juni in Mainz. Der im Jahre 1896 gegründete Verband zählt gegenwärtig über 20 000 Mitglieder. Im letzten Jahre ist der Verbandsvorsitzende Bruno Poersch aus der Organisation ausgetreten, um bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen ein Unterkommen zu suchen; der Verbandstag hatte deshalb zu entscheiden, ob die Richtung, welche der Verband unter der früheren Leitung eingeschlagen hat, beibehalten werden soll. Außerdem mußte er Stellung nehmen zu der Frage der Grenzstreitigkeiten, die für den Gemeindearbeiterverband eine besonders brennende ist. Dadurch, daß der Verband alle in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter ohne Rücksicht auf ihren Beruf aufnimmt, ist er mit anderen Verbänden in ernste Konflikte geraten. Auf der letzten Konferenz der Zentralvorstände ist es dieserwegen zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, und dem Gemeindearbeiterverband ist der Ausschluß aus der Gemeinschaft der der Generalkommission angeschlossenen Verbände in Aussicht gestellt worden, wenn in der Grenzstreitigkeitsfrage keine befriedigende Lösung gefunden wird. In einer sehr ausgedehnten Debatte wurde die vom früheren Vorsitzenden vertretene Taktik und eine von ihm vor zwei Jahren herausgegebene Broschüre, in welcher diese Taktik begründet wurde, vom Verbandstag preisgegeben. In der Frage der Grenzstreitigkeiten wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Verbandstag grundsätzlich die Betriebsorganisation als die richtigste Organisationsform für die städtischen Arbeiter anerkennt. „In den Fällen jedoch," heißt es in der Resolution weiter, „wo andere berufliche Verbände eine annehmbare Organisation für städtische respektive staatliche Arbeiter geschaffen haben und insoweit ältere Rechte besitzen, wird unser Verband diese Rechte respektieren und auf die Zugehörigkeit der fraglichen Personen zu demselben verzichten." Der Vertreter der Generalkommission war von der angenommenen Resolution nicht voll befriedigt, er erkannte aber an, daß ein Wille zur Verständigung vorhanden sei, so daß sich auch ein Weg zur Einigung finden werde. Aus den vorgenommenen Statutenänderungen ist hervorzuheben die Erhöhung der Beiträge, welche bisher 20 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder betragen haben, auf 35 beziehungsweise 25 Pf. Neu eingeführt wird eine Erwerbslosenunterstützung, die wöchentlich 4 Mk. beträgt. Nach einjähriger Mitgliedschaft wird sie 4 Wochen pro Jahr gewährt und steigt die Bezugsberechtigung bis zu 8 Wochen bei zehnjähriger Mitgliedschaft. Der Verband hat gegenwärtig 18 angestellte Beamte, zu diesen sollen noch weitere 7 Gaubeamte angestellt werden. Die Gehälter werden festgesetzt für die Vorstandsmitglieder auf 2400 bis 3000 Mk., für die Gauvorsteher auf 2100 bis 2600 Mk. und für die Hilfsarbeiter auf 1600 bis 2100 Mk. Jedes Jahr steigt der Gehalt um 100 Mk. bis zur Erzielung des festgesetzten Höchstsatzes. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Moß gewählt. Der bisherige Redakteur Bürger verzichtete auf eine Wiederwahl und wurde an seine Stelle Dittmer gewählt. Der Sitz des Verbands bleibt in Berlin, der des Ausschusses in Hamburg.

Der Handlungsgehilfenverband hielt am 4. und 5. Juni seine Generalversammlung in Chemnitz. Der Verband zählte am Schlusse des vorigen Jahres 5815 Mitglieder, darunter 3074 weibliche. In dem vom Vorsitzenden des Verbandes, Josephsohn-Hamburg, erstatteten Vorstandsbericht wurde unter anderem die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber den Kaufmannsgerichten getadelt. Die Auffassung, als ob es richtiger gewesen wäre, wenn die Sozialdemokraten für die Einführung der Kaufmannsgerichte gestimmt hätten, wurde jedoch in der ausgedehnten Debatte von einer größeren Zahl von Rednern bekämpft. Eine internationale Konferenz der Handlungsgehilfen soll im Jahre 1907 im Anschluß an den internationalen Arbeiterkongreß in Stuttgart stattfinden. Der Beschickung der internationalen Kongresse selbst legt der Verbandsvorsitzende wenig Bedeutung bei, da die dort getroffenen Vereinbarungen sich meist auf politische Fragen beschränken.

Einschneidende Statutenänderungen wurden nicht beschlossen; die wichtigste dürfte die Ausdehnung der Stellenlosenunterstützung sein, welche bisher acht Wochen lang, und zwar von der dritten Woche der Stellenlosigkeit ab bezahlt wurde. Künftig wird die Unterstützung schon von der zweiten Woche ab auf die Dauer von zehn Wochen gewährt. Der Übertritt von Mitgliedern aus freien Gewerkschaften wird zugelassen und in einer angenommenen Resolution der Vorstand beauftragt, mit verwandten Berufsvereinigungen, wie Handels- und Transportarbeiter und Bureauangestellte, Kartellverhältnisse anzubahnen. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg, der Ausschuß wird in Berlin gewählt.

Soziale Rechtspflege.

Zur Frage der Ermittlung des jährlichen Arbeitsverdienstes bei Unfällen.

A. G. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit kann man im Reichstag sowie in öffentlichen Versammlungen, in Äußerungen der Presse usw. von Vertretern der Regierung und der bürgerlichen Parteien das hohe Lied von der aufs höchste entwickelten sozialen Gesetzgebung zu hören bekommen. Es wird dabei besonders mit darauf hingewiesen, daß in Deutschland für die Arbeiterklasse aufs beste gesorgt sei. In keinem Lande der Welt finde man einen derartigen Ausbau der sozialen Gesetzgebung wie in Deutschland. Millionen würden täglich von deutschen Unternehmern aufgebracht zum Wohle der Arbeiterschaft. Jede weitere Belastung der ersteren würde deren Ruin herbeiführen. Die Lasten der sozialen Gesetzgebung seien ohnehin geeignet, die deutsche Industrie gegenüber derjenigen des Auslandes konkurrenzunfähig zu machen. Ob diese Meinung begründet ist, soll nicht Zweck dieser Ausführungen sei. Vielmehr soll hier eine andere Frage in den Vordergrund gezogen werden. Wie mancher arme Verunglückte mußte nicht schon zu seinem Schaden erfahren, daß die Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes so verklausuliert, so dehnbar sind, daß es schon eines geschickten Lotsen bedarf, um alle die gefährlichen Klippen zu umschiffen, welche sich dem Arbeiter auf dem Wege zu seinem Rechte entgegenstellen. Nicht wenige Verunglückte auf dem Schlachtfeld der Arbeit sind schon bitter getäuscht worden, wenn zum Beispiel bei Feststellung des Unfalles, bei dem Verfahren betreffend Festlegung der Rente und anderes mehr sich kleine Unterlassungen eingeschlichen haben, welche auf eine geringe Kenntnis des Gesetzes zurückzuführen sind. Noch viel bitterer ist aber die Enttäuschung, wenn es einem Verunglückten durch die Bestimmungen des Gesetzes unmöglich gemacht wird, die ihm unter anderen Umständen rechtlich zustehende Rente zu erhalten. Bekanntlich besagt das Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900, § 10, daß bei Berechnung der Rente derjenige Betrag des Arbeitsverdienstes zugrunde gelegt wird, welchen der Verletzte in dem letzten Jahre, vom Unfall an gerechnet, in dem Betrieb hatte, in welchem sich der Unfall ereignete, wobei der für den Arbeitstag 5 Mk. übersteigende Betrag nur mit einem Drittel in Anrechnung kommt. Ist der betreffende Arbeiter noch nicht ein volles Jahr in dem Betrieb beschäftigt, so wird der Betrag zugrunde gelegt, welchen während des letzten Jahres, vom Tage des Unfalls an gerechnet, Arbeiter derselben Art im Betrieb oder benachbarten gleichartigen Betrieben durchschnittlich bezogen haben. Gewiß muß zugegeben werden, daß der Gesetzgeber verpflichtet ist, Kautelen zu schaffen, welche als Norm bei schwierigen Verhältnissen zu dienen haben. Die Praxis zeigt jedoch, daß die angezogene Bestimmung für viele schwere Schädigung im Gefolge hat.

Schon der Ausdruck im Gesetz: „gleichartige" ist von so großer Bedeutung, daß er unter Umständen die Summe des Betrags um mehrere Hunderte von Mark geringer werden läßt, als wenn statt des einfachen Wortes gleichartig gleichwertig stehen würde.

Man stelle sich einen konkreten Fall vor: Ein Arbeiter wird in einer Fabrik eingestellt, welche Spezialartikel fertigt. Die schon in der Fabrik tätigen Arbeiter sind zumeist, da die betreffende Branche noch jung am Orte oder der Umgegend ist, wenig mit den Vorteilen der Spezialbranche vertraut und haben infolgedessen auch ein geringeres Einkommen. Nun kommt in diese Werkstelle ein Arbeiter zugereist, welcher mit der Fabrikationsweise der Fabrik vertraut ist, und wird derselbe auch bei den üblichen Lohnverhältnissen einen weit höheren Verdienst aufweisen können, wie seine gleichartigen Kollege. Nun will es aber das Schicksal, daß der neu eingetretene Arbeiter vor Ablauf eines Jahres einen Unfall er-

leidet, um das Unglück voll zu machen, vielleicht schon nach einigen Tagen. Er hätte vielleicht einen Jahresverdienst von 1600 Mk. und würde also bei Berechnung seiner Rente der Betrag von 1533,33 Mk. zugrunde zu legen sein. Die Vollrente betrüge in diesem Falle 1022,22 Mk. Bei Verlust eines Armes würde ihm die Berufsgenossenschaft 70 Prozent des Arbeitsverdienstes als Rente zusprechen, also jährlich 715,54 Mk. Wäre er länger als ein Jahr in der Werkstelle beschäftigt, so könnte hieran nicht gerüttelt werden. Dieses ist jedoch nicht der Fall, es muß also ein gleichartiger Arbeiter oder ein gleichartiger Betrieb herangezogen werden. Bei dem oben angezogenen Verhältnis kann nun aber der Jahresverdienst nur mit 1100 Mk. bemessen werden und würde die Rente demzufolge anstatt 715,54 Mk. nur 513,20 Mark betragen. Der betreffende Verunglückte würde also deswegen, weil er in dem Betrieb noch kein Jahr beschäftigt war, 202,34 Mk. jährlich weniger erhalten, und dieses auf Grund des Gesetzes.

Daß dieses als Ausfluß der Gerechtigkeit gelten soll, wird wohl schwerlich auch der enragierteste Unternehmer nicht behaupten wollen.

Noch schlimmer aber wird der Fall, wenn die betreffende Fabrik selbst noch nicht ein volles Jahr besteht und gleichartige Fabriken am Orte oder der Nachbarschaft nicht vorhanden sind. In diesem Falle wird der durchschnittliche Tagesverdienst des gleichartigen Arbeiters festgestellt und dieser mit 300 multipliziert. Selbst angenommen, daß der Verletzte nachweisen kann, daß er früher in einer gleichartigen Fabrik bedeutend mehr verdient hat wie der jetzige gleichartige Arbeiter, so nutzt ihm dieses alles nichts. Das Gesetz verlangt den Nachweis vom letzten Jahre vor dem Tage des Unfalls. Die Schiedsgerichte können beim besten Willen nicht anders entscheiden, als wie oben angegeben, und wenn das Gefühl der Ungerechtigkeit noch so stark hervortreten würde.

Welche Lehren muß nun aber die Arbeiterschaft daraus ziehen? Sie darf nicht eher ruhen, bis derartige Bestimmungen im Gesetz beseitigt sind. Es könnte dagegen angeführt werden, daß ja doch im entgegengesetzten Falle, das heißt, wenn noch wenig ausgebildete Arbeiter nach kurzer Tätigkeit in einer Werkstelle verunglücken, die gleichartigen Arbeiter einen wesentlich höheren Verdienst aufweisen können. Gewiß ist in einem derartigen Falle die angezogene Gesetzesbestimmung für die Arbeiter von Vorteil, aber das Gesetz ist dazu da, um bei vorkommenden Fällen den Arbeiter als den schwächeren Teil zu schützen; die betreffende Bestimmung aber ist geeignet, dem Arbeiter weit mehr zu schaden als zu nutzen.

Zum mindesten muß bei einer Revision des Gesetzes die Frist „ein Jahr vor dem Unfall" bedeutend verringert werden. Nur dadurch ist es möglich, daß derartige Härten, wie oben angegeben, vermieden werden. Die Frist darf auf höchstens drei Monate bemessen werden. Dadurch würde dem Arbeiter mit höherem Verdienst Gerechtigkeit widerfahren, und derjenige mit weniger Verdienst würde im Verhältnis zu dem heutigen Zustand nicht geschädigt werden.

Des weiteren muß auch dafür gesorgt werden, daß es möglich ist, daß wenn der Unfallverletzte nachweist, daß er bei gleichen Bedingungen in einem gleichartigen Betrieb den höheren Verdienst gehabt hat, dieses als Grundlage angenommen werden kann, selbst wenn mehr als ein Jahr darüber verstrichen ist. Man nehme zum Beispiel an, daß ein Arbeiter vor Eintritt in das Militär den oben angegebenen Verdienst nachweisen könnte und er nach Beendigung seiner Dienstzeit in einen gleichartigen Betrieb eintritt. Wenn ihn dabei das Unglück verfolgt und er verunglückt, so trifft ihn wiederum die Härte obiger Gesetzesbestimmung. In diesem Falle würde also dem Betreffenden der Eintritt ins Militär einen jährlichen Schaden von über 200 Mk. verursachen, und zwar sein ganzes Leben hindurch.

Was will gegen diese oben angeführten eventuellen Schädigungen der Verletzten die weitere Bestimmung sagen, daß wenn der auf diese Art (Feststellung des Jahresverdienstes, eventuell auch eines gleichartigen Arbeiters) ermittelte Arbeitsverdienst den Betrag des von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörde für Erwachsene festgesetzte ortsübliche Tagelohn (§ 8 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883) nicht erreichen sollte, der letztere der Berechnung zugrunde zu legen sei. Regierungsrat v. Woedtke spricht in seinem Kommentar bei dieser Bestimmung von einer Erhöhung des Arbeitsverdienstes. Schlimm genug, wenn es immer noch Betriebe gibt, in welchen noch nicht einmal der wahrlich nicht zu hoch bemessene ortsübliche Tagelohn erreicht wird. Letztere Bestimmung hat demnach nur relativen Wert, sie kommt nicht einmal für ältere, schwächliche Arbeiter in Betracht, da ja zunächst auch für diese, wenn sie noch kein volles Jahr beschäftigt sind, der Verdienst des gleichartigen Arbeiters herangezogen würde.

Vorteilhaft wäre die Annahme des ortsüblichen Tagelohns für ältere, schwächliche Arbeiter, und in dem Falle, wenn diese länger als ein Jahr beschäftigt wären und ihr Verdienst den Betrag des ortsüblichen Tagelohns nicht erreichen würde. Für die große Masse der Arbeiter jedoch kommt diese scheinbar günstige Berechnung wenig in Betracht und ist demzufolge wertlos.

Aus diesen kurzen Erläuterungen einer zweifellos wenig beachteten Bestimmung geht hervor, daß die Arbeiterschaft alles aufzubieten hat, daß derartige scheinbar harmlose Vorschriften allgemein bekannt und den Vertretern der Regierung sowie den bürgerlichen Parteien immer wieder vor Augen gehalten werden. So segensreich die soziale Gesetzgebung in ihrer Gesamtheit betrachtet auch aussieht, für den einzelnen birgt sie schwere Ungerechtigkeiten in sich, welche zu beseitigen Aufgabe aller derer ist, welche dazu berufen sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Am besten dazu geeignet sind unter anderem die Arbeitersekretariate. In deren Jahresberichten muß immer wieder auf derartige Bestimmungen hingewiesen werden, dann ist auch desto eher Aussicht vorhanden, daß sie beseitigt werden. Freilich wird dieses bei der jetzt maßgebenden Erschlaffung der sozialen Gesetzgebung noch schwerer Kämpfe bedürfen, um der gerechten Würdigung der Verhältnisse zum Siege zu verhelfen.

Kollegen, abonniert das „Fachblatt für Holzarbeiter".

Eingesandt.

Noch einmal „Ein unwürdiger Zustand".

Hierzu sendet uns Kollege Hermann Richter-Berlin folgende Einsendung, deren Veröffentlichung sich um acht Tage verzögerte, da dem Schriftstück der übliche Stempel fehlte. Es lautet: In Nummer 20 der Holzarbeiter-Zeitung hält es die Redaktion für angebracht, die Ablehnung der Gehaltserhöhung für die Beamten der Berliner Zahlstelle zu kritisieren. Trotzdem ich der Letzte sein würde, der einem Kollegen das Recht der Kritik beschneiden wollte, halte ich in diesem Fall die Art und Weise, in welcher über diejenigen hergezogen wird, die eine Gehaltserhöhung in der vorgeschlagenen Form und Höhe nicht unterschreiben konnten, für durchaus unangebracht. Wohl oder übel wird es dadurch notwendig, den Kollegen im Reiche die ganze Angelegenheit bekannt zu geben. Richtig ist, daß die Ortsverwaltung eine Regelung der Gehälter vornehmen wollte. Dem Artikelschreiber aber zur Aufklärung, daß in der Verwaltung nicht bloß drei Verbandsbeamte waren, sondern auch eine ganze Anzahl Kollegen derselben angehören, die Kassenbeamte sind. Der Einsender bemerkt ferner, daß einigen Kollegen für Aushilfsarbeiten auf dem Bureau 40 Mk. wöchentlich gezahlt wurde. Schreiber dieses ist bekannt, daß nach Beschluß der Verwaltung für Aushilfe „nur" 30 Mk. bezahlt werden dürfen. Wenn hier wieder Ausnahmen gemacht worden sind, so ist dies durchaus zu verwerfen. Nicht der bisher in der Werkstatt erzielte Verdienst sollte der Maßstab sein, 40 Mk. zu verlangen, da doch die Kollegen nicht angestellt sind, sondern sich immer aus den Kreisen Arbeitsloser oder Gemaßregelter rekrutieren. In dem Artikel wird gesagt, daß in der Zahlstelle ein Sturm der Entrüstung begann, als die Erhöhung „sturm" begann erst, als die Generalversammlung die Begründung einzelner Redner, die für Erhöhung sprachen, anbekannt wurde. Nein, werter Artikelschreiber! Dieser „Entrüstungshören mußte. Die zweierlei Gehälter sind notwendig, hieß es, weil auf dem Bureau zweierlei Intelligenz vorhanden sei, sie sind ferner nötig, weil einzelne Beamte in den Sitzungen den Kollegen als Gegenleistung oft „Landwehrtöppe" spendieren müßten (!). Ferner wendeten sich die Gegner gegen die von Jahr zu Jahr steigende Erhöhung durch Zulage. Werden doch unsere Kollegen immer nur für die Dauer eines Jahres gewählt. Darum war es manchem nicht verständlich, weshalb für sieben Jahre das Gehalt festgelegt werden sollte. Die Kollegen waren der Meinung, daß durch diese Staffelung nur die Vorlage schmackhafter gemacht werden sollte. Und auch meine Meinung geht dahin, daß nicht erst nach Verlauf von sieben Jahren die Beamten in den Genuß des Höchstgehaltes gelangen, sondern daß einzelne Beamte sofort von 2000 Mk. auf 2500 Mk. steigen, eine Erhöhung, die wohl etwas selten dasteht. Daß aber auch den anderen Angestellten die bisherige „Dienstzeit", wenn ich es so nennen darf, angerechnet werden sollte, die Erhöhung also rückwirkende Kraft haben dürfte, steht für mich außer Zweifel.

Der Verfasser des Artikels kann es sich ferner nicht versagen, den Vorwurf zu erheben, daß die Zeit bis zur Urabstimmung von den Gegnern zur Agitation gegen die Beamten, er meint wohl gegen die Gehaltserhöhung, benutzt worden sei. Richtiger wäre es gewesen, er hätte geschrieben, daß die Freunde der Vorlage diese Zeit auszunutzen versuchten, dann wäre er den Tatsachen und der Wahrheit näher gekommen. Übrigens ist das eine so erlaubt wie das andere. Immer werden Freunde und Gegner ihre Sache zu führen suchen und Stimmung für dieselbe machen. Glauben will ich, daß einzelne Kollegen gegen die Beamten etwas ruppig gewesen sind; aber das ist auch oft in ruhigen Zeiten geschehen. Erwähnen will ich aber doch noch, daß die Befürworter der Erhöhung es nicht verwinden konnten, in einer auf die Generalversammlung folgenden Vertrauensmännerversammlung die ganze Materie noch einmal durchzunehmen, trotzdem in der Generalversammlung, der höchsten Instanz der Zahlstelle, Debatteschluß und Urabstimmung angenommen waren. Wer nun die Zeit mehr ausgenützt hat, ist wohl nach oben Gesagtem nicht schwer zu entscheiden. Daß die Ablehnung der Erhöhung eine moralische Niederlage der Organisation sei, gebe der gegnerischen Presse das Recht, diese Angelegenheit auszumützen.

Nun, verehrter Einsender, bei solchen Vorkommnissen sollte man sich die Eideshelfer nicht aus dem Lager der Gegner holen. Dies Geschreibsel hat für einen Arbeiter, der auf Selbstachtung hält, gar keinen Wert. Wir kennen diese Elaborate zur Genüge. Wenn jetzt die Arbeiter als Arbeitgeber hingestellt werden, die den Beamten nicht das liebe Leben gönnten, so gab es eine Zeit, in der in derselben Presse von den „Agitatoren, die sich von Arbeitergroschen mästen" ständig die Rede war. Wie gesagt, auf die Auslassungen dieser Art Presse sollte man nicht hinweisen.

In ferneren, längeren Ausführungen wird versucht, an den, in Berlin erzielten, hohen Löhnen zu beweisen, daß diese Löhne schon angetan seien, das geforderte Gehalt zu rechtfertigen. Aber die angeführten Löhne haben nur den einen Fehler, daß sie nicht den wirklichen Verdienst eines Berliner Tischlers darstellen. Der Artikelschreiber verschweigt wohlweislich, trotzdem er es wissen muß, daß die im Herbst aufgenommene Statistik sich nur über den Zeitraum von sechs Wochen erstreckte und außerdem in einer Zeit des flottesten Geschäftsganges.

Sollten die angeführten Verdienste wirklich beweiskräftig sein, so müßten schon die Jahresverdienste den gezahlten Gehältern gegenübergestellt werden. Aber man tut es einfach nicht, weil man weiß, daß dann bedeutend mindere Summen zum Vorschein kommen. Nebenbei bemerkt finde ich es auch nicht für besonders weitblickend, wenn hier Löhne angeführt werden, die zwar nicht den Durchschnittverdienst darstellen, aber immerhin von den Unternehmern ins Feld geführt werden dürften. Diese Zahlen hat denn auch schon die Unternehmerpresse sich zu eigen gemacht, so daß der „Vorwärts" genötigt war, dagegen aufzutreten.

Im übrigen denkt auch wohl kein Gegner der Erhöhung daran, die gezahlten Gehälter an den von den Kollegen erzielten Verdiensten zu bemessen. Wenn dies trotzdem der Fall sein sollte, so kämen vorher noch ganz andere Bedenken in Frage. Zum Beispiel, wieviel Kollegen sind es denn, die von einem festen Jahresverdienst ohne jeden Abzug reden können? Wieviel sind es denn ferner, die eine dauernde, jahrelange Beschäftigung nachweisen können? Gänzlich abgesehen davon, daß außerdem Krankheit den Verdienst erheblich schmälern kann. Bei den angestellten Kollegen ist von alledem keine Rede und soll keine Rede sein.

Zugegeben sei, daß unsere angestellten Kollegen ein großes Stück Arbeit zu bewältigen haben. Das weiß auch der Artikelschreiber, daß die Kollegen, die einer Kommission angehören, nach vollbrachtem Tagewerk, oft auch Abend für Abend auf den Beinen sind, daß es aber für einen in Arbeit stehenden Kollegen bedeutend schwerer ist, diese Tätigkeit auszuüben, als bei einem unabhängigen Beamten, ist wohl außer Zweifel. Hängt doch bei allen Differenzen oder Versäumnissen immer das Damoklesschwert der Entlassung über jeden. Und seien wir doch ganz ehrlich. Weit entfernt, den Beamten hierbei einen Vorwurf zu machen, geht meine Meinung dahin, daß ein Kollege nach täglich neunstündiger Fron für den Unternehmer ganz anders abgerackert ist, als der Angestellte nach achtstündiger Bureauzeit. Ich kenne Fälle, wo Kollegen als Beamte gewählt wurden, die durch Krankheit oder Alter nicht den Anforderungen, die ein Unternehmer stellt, gerecht werden konnten. Diesen Kollegen gelang es nun im neuen Beruf, nicht nur eine Verschlimmerung ihres Leidens zu verhindern, sondern sie rappelten sich, um mich vulgär auszudrücken, ganz schön wieder heraus. Ich wäre der Letzte, der es den Betreffenden nicht gönnen würde, ich führe dies nur an, um zu behaupten, daß die Tätigkeit der Beamten nicht die aufreibende sein kann, als die sie immer geschildert wird.

Fast bei allen Gehaltserhöhungen, die einen Kassierer betreffen, finde ich den Grund angegeben, daß die riesigen Summen, die dem Beamten durch die Finger gehen, eine Erhöhung rechtfertigen. Mir ist diese Beweisführung immer etwas fadenscheinig vorgekommen. Entweder hat man die Befürchtung, daß bei dem bisherigen Gehalt ein Kassierer der Versuchung, sich an dem ihm anvertrauten Gut zu vergreifen, nicht widerstehen kann, so ist durch Erhöhung des Gehaltes diese Befürchtung auch nicht aus der Welt geschaffen. Oder sollte etwa entstehendes Manko die Veranlassung sein, mehr zu zahlen, so ist auch hier nicht richtig gehandelt, den Kassierer dieses Manko von dem erhöhten Gehalt bezahlen zu lassen. Immer wird es nur richtig sein, dem Angestellten, der hohe Summen zu verwalten hat, ein entsprechend hohes Mankogeld zu bewilligen. Recht hat der Verfasser, wenn er sagt, daß es keine angenehme Situation für die Beamten ist, von einer großen Majorität sich sagen zu lassen, mehr gibt es nicht. Aber deshalb hat ja niemand gekündigt, sondern aus „Ekel" über die Behandlung. Auffällig dabei ist nur, daß nicht alle Beamten von diesem „Ekel" befallen wurden. Eine Generalversammlung hat es dann durch eine Erklärung, die dahin ging, daß niemand daran gedacht habe, die Ehre der Angestellten zu erschüttern, zuwege gebracht, daß die Kündigung bis auf eine zurückgezogen wurde. Um auch für die Zukunft diesen ganzen unliebsamen Vorkommnissen vorzubeugen, wurde durch Antrag beschlossen, daß bei Neu- oder Wiederwahl eines Beamten erst die Gehaltsfrage zu regeln sei. Ein Verfahren, wie es auf unseren Verbandstagen schon längst gang und gebe ist. Ich glaube, durch Einführung dieses Modus wird die Zahlstelle Berlin nicht mehr Gelegenheit geben, daß Partei- und gegnerische Blätter gegen die „Unternehmerallüren" der Berliner Kollegen Front machen müssen. Aber auch die belustigende Tatsache wird wegfallen, daß einer der eifrigsten Befürworter der Gehaltserhöhung bei der Besetzung der freigewordenen „miserabel bezahlten Beamtenstellung" sofort als Kandidat figurieren konnte."

Wir haben auch diese recht umfangreiche Äußerung zum Abdruck gebracht, trotz des Raummangels, unter dem wir ständig zu leiden haben; aber wir glaubten dem Hauptwortführer in jener Berliner Versammlung in weitgehender Weise entgegenkommen zu müssen. Es ist ja immer besonders interessant, die Beweggründe zu erfahren, die einen Kollegen zu einer uns unverständlichen und nach unserer Meinung verwerflichen Handlung veranlaßt haben. Und diese Einsendung ist ja schon um deswillen von besonderem Interesse, weil sie uns einen Kollegen, der sonst und auch in jener Versammlung in hohen Tönen gegen die Beamten zu Felde zog, sachlich näher bringt, weil sie sich bemüht, vieles zu entschuldigen, was wir in unserem Artikel pflichtgemäß kritisierten. Wir wollen nur kurz auf das Eingesandt eingehen, erklären aber wiederholt, daß unsere Schilderung der Vorgänge, wie wir sie nach dem „Vorwärts" wiedergegeben haben, durchaus richtig ist, daß sie auch durch vorstehende Einsendung nicht erschüttert wird. Nun zu einigen Einwendungen: Mit Nachdruck wird hervorgehoben, daß in der Verwaltung neben drei Verbandsbeamten auch „eine ganze Anzahl" — es sind fünf — Kassenbeamte sitzen. Was soll das? Diese Kollegen haben jedenfalls ihre Schuldigkeit getan, sonst wären sie nicht in die Verwaltung gewählt worden. Und ihre Tätigkeit in der Verwaltung hat ihnen größeren Einblick in die Verbandsgeschäfte gestattet und hat ihnen jedenfalls die Überzeugung beigebracht, daß die Besoldung der Beamten ungenügend ist. Diese Überzeugung hatten aber auch die 54 „werktätigen Kollegen", die der Verwaltung angehören, denn der Beschluß der Ortsverwaltung in der Gehaltsfrage war bekanntlich einstimmig gefaßt. Über diese Tatsache setzt sich der Einsender aber mit Leichtigkeit hinweg — er verschluckt sie einfach. Ach, könnte er doch auch die Tatsache der Durchschnittsverdienste der Berliner Kollegen aus der Welt schaffen! Einzig ist die Auffassung Richters in der Hilfsarbeiterfrage: An Hilfsarbeiter dürfen nur 30 Mk. gezahlt werden. Der Werkstattverdienst, auch wenn er höher ist, ist dafür nicht maßgeblich, und wenn die Verwaltung einem Kollegen in Rücksicht auf seinen Werkstattverdienst 40 Mk. zahlte, so ist das verwerflich. So liegt die Sache doch nicht. Wenn die Verwaltung für Hilfsarbeiter 30 Mk. Lohn festsetzte, so geschah es nicht, weil dafür arbeitslose Kollegen zu haben sind, richtiger gesagt, weil Arbeitslose zu diesem Preise sich ausnutzen lassen, sondern in Rücksicht auf die üblichen Lohnverhältnisse. Nun hat sich aber herausgestellt, daß tüchtige Kollegen, auf die allein man bei Herstellung einer Verbandsarbeit im Verbandsbureau reflektieren konnte, in der Werkstätte 40 Mk. pro Woche verdienten, und da man diese Arbeit einem weniger tüchtigen Kollegen nicht übertragen konnte, mußte man dafür schon den gleichen Lohn zahlen. Und über diese Tatsache kommt kein Kollege hinweg, mag er den Beamten noch so wenig grün sein: daß die Verwaltung für eine Stellung, die sonst um 15 bis 20 Prozent niedriger entlohnt

wurde als die festangestellten Beamten, in Rücksicht auf die Arbeitsverdienste der „werktätigen Kollegen" plötzlich mehr zahlen mußte, als den Beamten an Gehalt gezahlt wurde. Diese Feststellung genügt zur rechten Würdigung jener Versammlung und der ihr folgenden Urabstimmung der Berliner Kollegen. Auf die übrigen Auseinandersetzungen Richters gehen wir nicht mehr ein. Es genügt zur Kennzeichnung seiner Stellung, wenn er bestreitet, daß die Verbandsbeamten eine weit verantwortungsreichere und anstrengendere Tätigkeit haben als die „werktätigen Kollegen", wenn er sogar dem Kassierer eines Instituts wie der Zahlstelle Berlin keine größere Verantwortung zugesteht als jedem Werkstattkollegen. Warum wohl ist es der Arbeiterbewegung so schwer gemacht, derart verantwortungsvolle Posten zu besetzen? Weil jeder Arbeiter, der von den Anforderungen einer solchen Stellung einigermaßen Kenntnis hat, sich scheut, diese Verantwortung zu tragen. Im übrigen erfahren wir doch alle Tage, daß Kollegen, die früher in derselben Weise wie Richter die aufreibende Tätigkeit der Beamten in Zweifel zogen, später aber selbst in Beamtenstellungen gelangten, über ihre große, Geist und Körper früh aufreibende Inanspruchnahme lebhafte Klage führen. In der Praxis liegen die Dinge eben doch ein gut Teil anders, als sie sich vom Rednerpult eines Versammlungslokals aus ausnehmen. Zum Schlusse wollen wir nur noch unserer Freude Ausdruck geben darüber, daß Kollege Richter in seinem Eingesandt so sachlich diskutiert. In der von uns beleuchteten Versammlung war von dieser Sachlichkeit nichts zu merken; mit wahrer Berserkerwut wurde gegen die Beamten zu Felde gezogen, und Kollege Richter war hierbei der lautesten und unsachlichsten einer. Es ist nur zu wünschen, daß die Wendung zum Besseren, die beim Kollegen Richter augenscheinlich ist, auch anhält. Vielleicht hat dann er und mit ihm mancher laute Rufer im Streite noch einmal Gelegenheit, das Unrichtige und Unrühmliche seiner früheren Stellungnahme in recht drastischer Weise am eigenen Leibe spüren zu können. Denn vielleicht wird auch er noch einmal Verbandsbeamter und kann dann die Schönheiten einer solchen Stellung in aller Fülle genießen.

In derselben Angelegenheit wird uns noch vom Kollegen Sickfeld geschrieben: „In der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung" beschäftigten sich die Kollegen von der Firma Hülsenbeck & Kroll in einem Eingesandt mit dem in der Nr. 20 erschienenen Artikel „Ein unwürdiger Zustand" der Verfasser dieses Eingesandt hätte besser getan, bevor er sich niedersetzte, um seine und seiner Kollegen Entrüstung der Welt kund zu tun, sich die Vorgänge, wie sie sich namentlich in der Versammlung am 11. März in der „Neuen Welt" abspielten, in Erinnerung zu rufen. Diese Mahnung gilt auch für die Kollegen, in deren Auftrag der Schreiber des Eingesandt behauptet, gehandelt zu haben. Wir setzen dabei voraus, daß die Auftraggeber auch Besucher der betreffenden Versammlung waren. Der Schreiber des Eingesandt stellt die Sache so dar, als ob meine Rede in der „Neuen Welt" und der erwähnte Artikel ein Zwillingspaar seien, ich fühle mich deshalb veranlaßt, das Gedächtnis der Kollegen von Hülsenbeck & Kroll etwas aufzufrischen. Der Schreiber des Eingesandt behauptet, „die Interessierten hätten selbst den Antrag gestellt im wesentlichen begründet, und zwar mit den fadenscheinigsten Argumenten". Demgegenüber bleibt als Tatsache bestehen, daß keiner der angestellten Kollegen einen Antrag auf Erhöhung der Gehälter gestellt hat, sondern daß dieser Antrag zunächst aus den Reihen der unbesoldeten der engeren Verwaltung angehörenden Kollegen gestellt und später von der etwa 60 Mitglieder zählenden erweiterten Ortsverwaltung zugestimmt wurde und zwar einstimmig. In seiner Begründung des Antrags der Verwaltung hob der Bevollmächtigte, Kollege Glocke, dieses ganz besonders hervor. Es entspricht ferner nicht der Wahrheit, daß die Interessierten selbst den Antrag begründet hätten. In der Versammlung in der „Neuen Welt", und diese allein kommt hier in Betracht, sprachen nach der Begründung durch den Kollegen Glocke (der, wie dem Schreiber des Eingesandt bekannt sein dürfte, kein Angestellter der Zahlstelle Berlin wie auch überhaupt des Holzarbeiterverbandes ist), zunächst nur Gegner des Antrags, in der weiteren Diskussion lösten sich die Befürworter und Gegner mit ziemlicher Regelmäßigkeit ab. Nicht ein einziger der Redner war, wie der Vertreter der Kollegen Hülsenbeck & Kroll doch als tätiger Kollege wissen sollte, Angestellter der Zahlstelle oder des Verbandes. Als dann nach mehrstündiger Diskussion Anträge auf Schluß der Debatte eingereicht wurden, da verlangte ein Teil der Angestellten, und wie man sich so schön auszudrücken beliebt, interessierten Kollegen, daß man wenigstens einigen von ihnen vor Beendigung der Debatte das Wort geben solle. Es erhielten daraufhin der Kollege Maaß und als letzter Redner der Schreiber dieses noch das Wort. Aber der Kollege Maaß sowohl wie auch der Schreiber dieses waren nicht im geringsten darüber im Zweifel, daß der Antrag abgelehnt würde. Deshalb hat auch keiner von uns es für notwendig befunden, für die Annahme des Antrags sich ins Zeug zu legen. Was wir jedoch taten, war nichts mehr als was jeder Arbeiter, welcher in so gemeiner Weise von seinen Arbeitgebern beleidigt wurde, wie es die angestellten Kollegen der Berliner Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes von ihren eigenen Kollegen wurden, tun würde. Wir weisen diese Beleidigungen mit aller Entschiedenheit zurück. Wahrlich, man hätte mit Fingern auf uns zeigen müssen, wären wir in diesem Augenblick ruhig gewesen. Nun aber kommt der Vertreter der Kollegen von Hülsenbeck & Kroll her und behauptet, ich hätte eine endlose Rede gehalten, so daß mir schließlich Schluß zugerufen worden sei. Es ist mindestens eine leichtfertige Behauptung, die der Schreiber des „Eingesandt" hier aufstellt; denn erstens war ich nicht länger als 10 Minuten auf dem Podium, zweitens wurde mir schon bei den ersten Worten Schluß zugerufen, drittens arteten diese Schlußrufe schon während der ersten paar Minuten zu wahren Radauszenen aus. Das ist gerade das „Unwürdige" in unserer Zahlstelle, daß man die angestellten Kollegen in einer schamlosen Weise beleidigte und es dann nicht duldete, daß dieselben diese Beleidigungen in der gebührenden Weise zurückweisen konnten. Dabei will ich auch hier, wie ich es in der Versammlung getan habe, ausdrücklich bemerken, daß es das gute Recht der Mitglieder war, den Antrag der Verwaltung abzulehnen, wenn sie von der Notwendigkeit der Annahme sich nicht überzeugen konnten, jedoch die Art und Weise, wie dieses geschah, ist und bleibt ein Schandfleck in der Geschichte der Berliner Zahlstelle. — Nur ein paar Proben aus den Reden der Gegner des Antrags mögen hier erwähnt werden. 1. „Wir wollen mal sehen, ob einer der Angestellten freiwillig seine Stelle aufgibt, wenn wir den Antrag ablehnen. Die sind ja alle froh, wenn sie bleiben können." 2. Ein anderer Redner: „Wem es nicht paßt, der kann ja gehen." 3. Ein dritter Redner: „Man soll uns den Beweis bringen, daß die Beamten mit ihrem Gehalt nicht auskommen können, aber bis jetzt ist ja noch kein Beamter verhungert.

Wenn das nicht Allüren des Unternehmertums sind, und wir könnten deren aus den Reden gegen die Gehaltserhöhung und aus den Zurufen aus der Mitte der Versammlung, die sich zum Teil überhaupt nicht wiedergeben lassen, noch eine ganze Anzahl nennen, dann weiß ich nicht, wie man es nennen soll. So teilte ein Redner mit, daß wenn die Berliner Mitglieder 60 mal durchgesiebt werden, so wird immer noch eine tüchtigere Verwaltung zusammenkommen wie die gegenwärtige.

Daß sich so nach und nach schon das Gefühl der Beschämung wenigstens bei einem Teil der Kollegen, Bahn bricht, das geht auch aus dem Eingesandt der Kollegen von Hülsenbeck & Kroll hervor, sucht man doch nach allen möglichen und unmöglichen Gründen um das Verhalten der Kollegen zu rechtfertigen. Flugblätter mit Wahlbeeinflussungen, Überrumpelungen, die Abstimmungsart, alles von den Interessierten inszeniert, um ihren Hunger nach Gehaltserhöhung zu befriedigen, müssen herhalten um der ganzen Welt zu zeigen in welcher Gefahr unsere Berliner Kollegen durch ihre Beamten gebracht wurden. Dabei haben alle früheren Urabstimmungen in Berlin in derselben Weise stattgefunden, ohne daß jemand an eine Vergewaltigung durch die Beamten gedacht hat. Einen geradezu beschämenden Eindruck macht der Teil des Eingesandt, in dem der Schreiber desselben sich mit der Statistik und deren Anwendung in dem von ihm bekämpften Artikel beschäftigt. Es ist geradezu ein „Meisterstück" von Scharfsinnigkeit. Haben die Kollegen von Hülsenbeck & Kroll das Eingesandt, bevor es an die Zeitung abgeschickt wurde selber gelesen, und haben sie sich die Argumente ihres Beauftragten auch in bezug auf diesen Teil des Eingesandt zu eigen gemacht, so bedeutet dies ein außerordentlich erniedrigendes Symptom für die Berliner Holzarbeiter. — Glücklicherweise liegen die Verhältnisse nicht so, wie sie sich im Kopfe des Vertreters der Kollegen von Hülsenbeck & Kroll vielleicht ausmalen. Die Berliner Kollegen und vor allem die an der Aussperrung vom Jahre 1904 beteiligten brauchen sich in ihrer Gesamtheit wohl nicht gegen die verletzenden und beleidigenden Argumente des Schreibers des Eingesandt wenden. Es ist anzunehmen, daß derselbe von sich beziehungsweise seinen von ihm vertretenen Kollegen auch auf andere geschlossen hat. Was nun weiter die Bemerkung anbetrifft, daß keine der angestellten Kollegen zu den Gewaltschindern gehört habe und infolgedessen auch keiner nur annähernd einen solch hohen Verdienst erzielt habe wie jetzt als Angestellter. Die erste dieser Behauptungen trifft voll und ganz zu und rechne ich persönlich es mir zur Ehre an, daß auf mich beziehungsweise auf mein Verhalten an der Hobelbank die Bezeichnung als Gewaltschinder niemals Anwendung finden kann. Dagegen ist die Behauptung in bezug auf den früher erzielten Verdienst ebenfalls nicht den Tatsachen entsprechend. Es kann zugegeben werden, daß die seit ca. 9 Jahren angestellten Kollegen zu damaliger Zeit infolge der überhaupt niedrigeren Verdienste weniger verdienten wie sie jetzt als Beamte erhalten. Es mag auch zutreffen, daß einige der in den letzten Jahren angestellten Kollegen an der Hobelbank weniger verdienten, wie sie als Beamte beziehen. Jedoch trifft dies nur für einen Teil der in den letzten Jahren angestellten Kollegen zu, die übrigen, und zu denen zähle auch ich mich, verdienten in ihrem bisherigen Beruf mehr, wie sie als Beamte Gehalt bezogen. Doch was hat der frühere Verdienst eines Kollegen damit zu tun. Niemals ist bisher in der Organisation, wenn es galt, einen Kollegen anzustellen, darnach gefragt worden, ob derselbe ein guter Tischler, Drechsler usw. war, denn welche Umstände manchmal dazu beitragen ob jemand in seinem Beruf etwas Tüchtiges leisten kann oder nicht, das dürfte doch wohl zur Genüge bekannt sein, sondern stets war noch maßgebend, was hat der Betreffende bisher und was kann er als Angestellter in Zukunft für die Organisation tun. — Ein weiteres von dem Schreiber des Eingesandt gegen die Angestellten ins Feld geführte Argument ist die „Arbeitslosigkeit" der Kollegen, wovon die Angestellten nicht betroffen werden. Gewiß muß zugegeben werden, daß eine größere Zahl unserer Kollegen sehr schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Aber diese zu bedauernde Tatsache ist doch nicht Schuld der angestellten Kollegen und berechtigt die Mitglieder entschieden nicht zu derartigen Beleidigungen gegen ihre angestellten Kollegen. Aber die Arbeitslosigkeit ist auch nicht im entferntesten auf alle Mitglieder gleichmäßig verteilt; ich wage zu behaupten, daß ein ziemlich hoher Prozentsatz jahrelang nicht von Arbeitslosigkeit heimgesucht wurde. Trotzdem wird keiner dieser Kollegen darauf verzichten, im geeigneten Moment an den Arbeitgeber mit Forderungen heranzutreten. Den Arbeitgeber aber, der diese Forderungen mit dem Hinweis auf die langjährige Arbeit ohne arbeitslose Pausen oder mit dem Einwand, daß andere Arbeiter, die unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten, viel schlimmer daran seien, diesen Arbeitgeber würde man als nicht richtig im Oberstübchen bezeichnen. — Daß der blinde Haß gegen die angestellten Kollegen den Schreiber des Eingesandt jeder ruhigen Überlegung sowie auch jeden Gerechtigkeitsgefühls beraubte, das zeigen sowohl seine gehässigen Angriffe auf den so deutlich bezeichneten Redner in der Neuen Welt-Versammlung, wie auch die nichts weniger als gerechtfertigten Beleidigungen gegen die Redaktion des „Vorwärts". Die ersteren Gehässigkeiten schenke ich ihm, mit der Redaktion des „Vorwärts" mag er sich selber auseinandersetzen. Nur eines will ich nicht unerwähnt lassen, weil es zeigt, wie sehr das Gedächtnis des Vertreters der Kollegen von Hülsenbeck & Kroll unter seiner Beamtengehässigkeit gelitten hat, er schreibt: Auch wir, der Schreiber dieses, blicken auf eine zwanzigjährige Tätigkeit politisch wie gewerkschaftlich zurück usw. — Es ist von mir festgestellt, daß der Schreiber des Eingesandt die Leser der „Holzarbeiter-Zeitung" recht schlecht berichtete, denn aus den Büchern der Zahlstelle Berlin geht hervor, daß derselbe erst zwei Jahre und nicht zwanzig Jahre Mitglied des Holzarbeiterverbandes ist. Nach dieser Probe der Wahrheitsliebe und Renommisterei des Einsenders, des Entrüstungsproduktes der Kollegen von Hülsenbeck und Kroll, glaube ich schließen zu dürfen, indem ich nochmals bedaure, daß ich durch die unqualifizierbare und beleidigende Schreibweise des Einsenders gezwungen wurde, in dieser Angelegenheit den Raum der Zeitung zum ersten- aber auch zum letztenmale in Anspruch zu nehmen."

Ein Wort der Kritik.

Nach genauem Studium des Berichtes vom Verbandstag in Cöln, hätte ich einige kleine Bemerkungen zu machen. Mit einzelnen Beschlüssen kann ich mich nicht ganz einverstanden erklären. So ist zum Beispiel der Antrag Neumann auf Urabstimmung über die Krankenunterstützung in namentlicher Abstimmung abgelehnt worden. Ja warum denn? Nach meiner Ansicht ist dieselbe ein so wichtiger Faktor im Unterstützungswesen des Verbandes, daß eine Urabstimmung hätte stattfinden müssen.

Ich meinerseits bin kein Gegner der Krankenunterstützung, aber aus der Diskussion, die vor dem Verbandstag in der Holzarbeiter-Zeitung gepflogen worden ist, erhellte, daß es im Verbande sehr viel Gegner derselben gibt, und wäre aus diesem Grunde die Urabstimmung wünschenswert gewesen, damit dem Verbandstag später keine Vorwürfe gemacht werden können. Ein zweiter Punkt ist die Gehaltserhöhung, auch da bin ich kein Gegner, aber man hätte eine andere Staffelung einsetzen können. Das Grundgehalt der Vorstandsmitglieder ist gerechtfertigt durch die kolossale Arbeit, welche der zu begleitende Posten verursacht, dagegen ist der Gehalt der Gauvorsteher nach meiner Ansicht etwas zu hoch bemessen. Es wird da gleich ein Sprung von 800 Mk. gemacht, ich glaube 150 Mk. wären genügend gewesen, steigend pro Jahr um 100 Mk. bis zu 2450 Mk. Dasselbe gilt von den Hilfsarbeitern. Grundgehalt 1900 Mk., steigend um 100 Mk. bis zu 2300 Mk. Will hierbei betonen, daß ich absolut keine maßgebende Person bin, sondern daß es nur meine Ansicht ist, die ich zum Ausdruck bringe. Die Abstimmung selbst über die Gehaltsfrage gibt ein komisches Bild. Bei der Gehaltsbewilligung der Vorstandsmitglieder findet man eine Gegnerschaft von 44 Stimmen, wo doch dieselben gerade die meiste Arbeit haben, wogegen bei den anderen Beamten eine mindere Gegnerschaft vorhanden ist. Nun zu den Diätengeldern, die sind entschieden zu hoch. 6 Mk. pro Tag erachte ich für hinreichend, wo doch meines Wissens die Vorstandsmitglieder und Gauvorsteher ihre Reise extra bezahlt bekommen. Nun noch ein paar Worte zu dem Antrage: „Kleinere Zahlstellen in unmittelbarer Nähe großstädtischer Zahlstellen, in denen durch besoldete Beamte die Verbandsgeschäfte geführt werden, haben sich diesen anzuschließen zwecks einheitlicher Regelung der gesamten Bewegung". Gerade in diesem Punkte wird aber in den großstädtischen Zahlstellen sehr viel gesündigt, indem man die kleinen Zahlstellen in den Vororten ziemlich links liegen läßt. Nachdem der Antrag zum Beschluß erhoben worden ist, so möchte ich den Vorstand bitten, bei den Beamten der großstädtischen Zahlstellen dahin zu wirken, daß dieselben sich mehr wie bisher um die kleinen Zahlstellen bekümmern und daselbst eine regere Agitation entfalten, nur dadurch kann eine fruchtbringende Arbeit erzielt werden. Sonst bin ich im ganzen mit der geleisteten Arbeit des Verbandstages in Cöln sehr zufrieden.

R. Hentschel-Frankfurt a. M.

Briefkasten.

Zeitz. M. M. Bekanntlich dürfen wir Berichte, welche nicht unterzeichnet sind, nicht aufnehmen, besonders werden Berichte, die nur mit M. M. unterzeichnet sind, regelmäßig dem Papierkorb überantwortet. Vielleicht richtet ihr euch künftig danach.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse
der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter
(E. H. 3 in Hamburg).

Die Generalversammlung der Kasse findet statt ab 10. Juli und beginnt morgens präzise 9 Uhr im Lokal des „Vereins-Kasino", Helsungerstraße, in Blankenburg a. Harz.

Die Abgeordneten werden vom Lokalkomitee am Bahnhof empfangen und nach dem Tagungslokal, woselbst die Quartierkarten ausgegeben werden, gebracht.

Das Lokalkomitee hat als Erkennungszeichen ein Plakat mit dem Namen unserer Kasse am Bahnhof zur Stelle, so daß keiner das Komitee verfehlen kann. Im übrigen wird ersucht, die Legitimationskarte bei Ankunft in Blankenburg sichtbar zu tragen. Etwaige Wünsche wegen Quartier wollen die betreffenden Abgeordneten an unseren Bevollmächtigten, Otto Rettschnick, Landgrabenweg 1, richten.

Den Abgeordneten wird das Fahrgeld zur Hin- und Rückfahrt, sofern dasselbe mindestens 10 Mk. beträgt, zeitig übersandt.

Es wird gebeten, das Vorstehende zu beachten.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

Überschüsse sandten ein in der Zeit vom 25. Mai bis 14. Juni: Berlin A, Karlsruhe je 600 Mk., Rixdorf 500, Berlin G 465, Hamburg II, Freiburg i. B. je 400, Würzburg I 300, Eutritzsch, Bamberg, Düsseldorf, Flensburg, Kalk, Bockenheim, Giebichenstein, Sellerhausen, Fürstenwalde, Kaiserslautern, Paunsdorf, Leipzig II, Erlangen, Steglitz je 200, Aschaffenburg 180, Leipzig I 150, Hermsdorf 120, Keßenich, Oranienburg, Alte Neustadt, Bach, Dünnwald, Brunnsbüttelkoog, Colditz, Höhr, Blankenburg a. H. je 100, Goldlauter 75, Hameln, Ödingen, Dresden-A. je 50 Mk. Summa 7640 Mk.

Zuschüsse erhielten: Mainz 400, Schöneberg, Harburg, Berlin D je 200, Worms, Stettin, Griesheim je 150, Schwenningen, Aachen, Jebenhausen, Dörnberg, Vollmarshausen, Trotha, Bretzenheim, Sülz, Siegburg, Schleißheim, Roscheim, Gera, Gaisburg je 100, Schkeuditz 90, Untermhaus 80, Neue Neustadt 75, Oschatz, Wintersdorf, Kaltennordheim, Roda, Liegnitz, Bromberg je 50 Mk. Summa 3295 Mk.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde ausgezahlt 1290,02 Mk.

B. Fels, II. Hauptkassierer.

Versammlungs-Anzeiger.

Berlin. Stellmacher. Branchenversammlung am Donnerstag den 28. Juni, abends halb 9 Uhr, im Rosentalerhof (großer Saal), Rosentalerstr. 11/12.

Eisenberg. Montag den 25. Juni, abends 6 Uhr, Versammlung im Altenburger Hof. Hierzu müssen alle Kollegen erscheinen.

Anzeigen.

Biebrich a. Rhein. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Traber, Kaiserstraße 46, woselbst auch die Reiseunterstützung ausgezahlt wird. Umschauen streng verboten. Verkehrslokal „Kaiser Adolf", Wiesbadenerstraße 39.

Cöln. Die Geschäftsstelle der Zahlstelle befindet sich im Volkshaus, Severinstraße 199. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung ebendaselbst. Geöffnet von 9—10 Uhr vormittags und 5—6 Uhr nachmittags. Alle Zuschriften sowie Geldsendungen obiger Adresse sind an R. Schmid zu richten. Die reisenden Kollegen werden besonders darauf aufmerksam gemacht.

Höchst a. M. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung Königsteinerstraße 65, Gastwirtschaft von Pump. Wir ersuchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benützen. Umschauen streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eitner, Schwalbacherstraße 7 I. Stb. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Heuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12—1 Uhr.

Der Tischler **Hugo Kosmitzki**, Buchn. 129497, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die Zahlstelle Hoyerswerda nachzukommen. Kollegen, welche seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Die Lokalverwaltung Hoyerswerda.
J. A.: Clemens Thieme, Tischler, Bahnhofstr. 13.

Mehrere **Möbeltischler** auf bessere eichene Möbel gesucht. Dauernde Beschäftigung und hoher Lohn zugesichert.
Aug. Brockmann
Mech. Möbeltischlerei, **Lengerich i. W.**

Zwei durchaus tüchtige **Polierer** und **Beizer** bei 50 bis 60 Pf. Stundenlohn für dauernd gesucht. **Gustav Bühler,** Möbelfabrik **Spaichingen.**

10—12 tüchtige **Tischler** auf dauernde Arbeit gesucht. Spezialitäten: Eichen Herren- und Speisezimmer.
Möbelfabrik Drahthammer
Gehren i. Thüringen.

3—4 tüchtige **Schreiner** auf bessere und weiße Möbel gesucht. Zehnstündige Arbeitszeit, guter Stundenlohn, wöchentliche Auszahlung. **Martin Ländle**
Möbelfabrik mit elektrischem Betrieb
Leutkirch, Württemberg.

Tüchtige **Tischler** auf Umbau und **3 Ueberpolierer** für dauernde Stellung gesucht.
Römhildt, Hofpianofortefabrik, **Weimar.**

Einige tüchtige **Fertigmacher** und **Beizer** finden gutbezahlte Stellung.
Möbelfabrik **Veihl & Co.,** m. b. H.
Pforzheim.

Tüchtige **Möbeltischler** für furnierte Möbel auf dauernd gesucht.
H. Fiekstück, Möbelfabrik
Bremerhaven.

Junger **Tischler** für Bau- und Möbelarbeit sofort auf dauernd bei gutem Lohn gesucht. **Willy Hansen, Crivitz,** Meckl.

15—20 tüchtige **Tischler** auf sofort gesucht. Auskunft erteilt die **Ortsverwaltung der Zahlstelle Lage i. Lippe.**

Tüchtige **Möbeltischler** auf furnierte Möbel finden dauernde Beschäftigung.
A. Türklitz, Möbelfabrik
Brandenburg a. H., Neust. Markt 8.

Anstreicher

im Beizen und Mattieren erfahren, für dauernde und selbständige Stellung sofort gesucht. **Ed. Reusch, Siegen,** Westf.

Drechsler gesucht.

Zincks Fabrik, Mühlberg i. Thür.

Tüchtiger **Drechsler,** der auch in Maschinenarbeit bewandert ist, gesucht.
Rüping & Fritz, Möbelfabrik, **Coburg.**

---

2 Drechsler und **1 Kreissäger** sofort gesucht. **Albert Mertens**
Solingen-Kohlfurterbrücke.

Ein tüchtiger **Drechsler** kann sofort eintreten bei
Herm. Tapper, Dampfdrechslerei
Gollnow i. Pommern.

Tücht. Kreisrapsler auf Horngriffe bei hohem Lohn sucht
Rudolf Baumgarten, Wald, Rhld.

Tüchtige
Wagner u. Kastenmacher

für dauernde Beschäftigung
per sofort gesucht.
Heilbronner Fahrzeugfabrik
Heilbronn a. N.

Ein tüchtiger Stellmacher findet sofort dauernde Arbeit in der Stellmacherei mit Motorbetrieb von
Fried. Buchmann, Hermsdorf, S.-A.

Selbständiger sauberer **Gestellarbeiter** findet dauernde Beschäftigung.
Jac. Kahlke, Glückstadt.

Suche zu sofort einen tüchtigen **Korbmachergehilfen** auf Grün- und Großgeschlagen. **F. Niemann,** Korbmacher
Goldberg i. Mecklenburg.

---

6 Korbmacher werden auf Reisekörbe oder Waschkörbe bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht. Reise wird nach 6 Wochen vergütet.
G. Bunke, Mühlberg a. Elbe.

Tüchtiger **Korbmachergeselle** auf Reisekörbe für dauernde Stellung gesucht.
Hch. Kersken & E. Bodstein
Wehofen, Post Dinslaken, Rheinland.

2—3 tüchtige **Gestellarbeiter** können sofort eintreten. **Emil Merkle, Freiburg i. B.**

Korbmachergehilfen
auf großgeschlag. Arbeit finden bei hohem Akkordlohn dauernde Beschäftigung.
Biberacher Korbwaren- und Rohrmöbelfabrik
Otto Rohrhirsch, Biberach a. R.

Gesucht zu sofort ein **Korbmachergehilfe** auf Geschlagen bei gutem Lohn.
Fr. Reinbender, Korbmacher
Malchow, Mecklenburg.

Zwei tüchtige **Korbmacher,** event. verheiratet, sucht auf grün Gematt und Berliner Obstkörbe bei dauernder Arbeit.
Ad. Süssmilch, Korbmachermeister
Waethen-Taugerhütte.

Ein junger tüchtiger **Korbmacher** findet dauernde Stellung auf Peddigrohrmöbel bei
Hermann Schmidt, Hildburghausen.

Ein solider **Korbmacher** findet auf Geschlagen dauernde und gute Stellung.
Georg Kappel, Waren i. Mecklenburg.

4—5 Korbmacher auf Rohrarbeit werden sofort gesucht bei gutem Akkordlohn. Verheiratete, **denen an ständiger Arbeit liegt, bevorzugt.**
Herm. Haberhauf, Rohrwarenfabrik
Güsten, Anhalt.

Tüchtige **Korbmacher** auf Geschlagen finden dauernde Beschäftigung.
Jac. Kahlke, Glückstadt.

Ein **Korbmacher** findet dauernde Beschäftigung bei
Paul Trauenstein, Teffin, Meckl.

Einen **Korbmacher** auf eckige u. ovale Arbeit sucht. **O. Schwarzenberg, Schandau** a. Elbe.

Tüchtige perfekte **Gestellarbeiter** auf die feinsten Möbel bei hohem Akkord- oder Wochenlohn für dauernd gesucht. Reise wird nach Übereinkunft vergütet.
Bakert & Schirmer
Burgkundstadt a. Main, Bayern.

Zwei tüchtige **Korbmachergehilfen** für geschlagene Arbeit, gleich ob weiß oder grün, sucht **Wilh. Bothe**
Langenau, Kreis Löwenberg.

Ein **Korbmacher** auf groß Geschlagen, wird sofort gesucht. Nur gute Arbeiter mögen sich melden. **Aug. Mittelstrass**
Braunschweig, Stecherstr. 13.

Einen **Korbmacher** auf Reise- und Waschkörbe stellt sofort ein
Ernst Winkler, Korbmacher
Mühlberg a. Elbe.

Tüchtige **Korbmacher** finden auf Großgeschlagenes, Grün und Rohrarbeit gut bezahlte und dauernde Beschäftigung bei
Bakert & Schirmer
Burgkundstadt a. Main Bayern.

Ein mit der Bürstenhölzerfabrikation durchaus vertrauter **Holzarbeiter,** sowie ein **Fibrehechler** auf dauernde Arbeit gegen guten Verdienst sofort gesucht.
Niederrheinische Bürsten- und Pinselfabrik
H. Dinnendahl, Wesel a. Rh.

Tücht. Rundschneider gesucht.
Gebr. Schopen, Korkfabrik, **Dortmund.**

Tischlerei
mit Dampfbetrieb, 5 Hobelbänken, nebst Kleinwerkzeug und Maschinen für 4000 Mk. zu verkaufen, ev. mit 3 Hobelbänken zu vermieten.
Joh. Koch, Schleswig, Schubystr. 37.

Eine 16 Jahre betriebene
Kunst-, Bau- und Möbeltischlerei
Maschinenbetrieb, mit erstklassiger Kundschaft in einer Stadt in Nordschleswig mit 60 000 Einwohnern ist wegen Krankheit unter günstigen Bedingungen zu kaufen. Off. unt. **F. R. 70** an die Exped. d. Bl.

Tischler-Fachschule.
Zeichner, Werkführer, Meister.
Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Tischler-Fachschule Detmold

Werkführer- und Technikerkurse
Gesetzliche Meister-Prüfung
Programme frei durch die Direktion

Tischler-Fachschule Gotha.

Gründliche Ausbildung
zum Meister, Werkführer, Zeichner.
Prospekte gratis.

Wer eine **Stelle sucht** oder zu **vergeben** hat,
Wer ein Geschäft **kaufen** od. **verkaufen** will,
Wer einen Teilhaber oder Vertreter sucht,
inseriert
mit bestem Erfolg in dem weitverbreiteten illustr. praktischen Fachblatt
Der Südd. Möbel- u. Bauschreiner
Stuttgart
Probenummern auf Verlangen gratis und franko

Leimöfen Verkäufer hoh. Rabatt. **Apparate-Fabrik Hildburghausen** 4, Thüringen.

Slomkes Städtebuch

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegekarte, 356 Seiten, geb. Mk. 1,20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Eins. von Mk. 1,40 bei **G. Slomke, Bielefeld.**

Streng reelle und billigste Bezugsquelle!
In mehr als **150000** Familien im Gebrauche!

Gänsefedern,

Gänsedaunen u. alle ander. Sorten Bettfedern. Neuheit u. beste Reinig. garantiert! Gute, preisw. Bettfedern p. Pfund für 0,80; 1 Mk.; 1,40. **Prima Halbdaunen** 1,60; 1,80. **Polarfedern:** halbweiß 2, weiß 2,50. Silberweiße Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. **Echt chines. Ganzdaunen** 2,50. **Polardaunen** 3; 4; 5 Mk. Jede beliebige Pfundzahl **zollfrei** gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!
Pecher & Co. in **Herford W** **Nr. 2214** in Westfalen.
Proben und Preislisten, auch über **Bettstoffe** und **fertige Betten,** kostenfrei. Angabe der Preislagen für Federnproben erwünscht!

Scherms Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.
(Tourenb. f. Radf.) Über 2000 Reisetouren. 3 Karten. Gebund. Mk. **1,50.** Zu beziehen durch **J. Scherm, Stuttgart,** u. alle Buchh.

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden.

Bei Nachnahmesendungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr.

Praktische modern. Möbel, Zimmereinrichtungen in Perspektive gezeichnet an der Süddeutsch. Schreinerfachschule in Nürnberg. Selbstverlag von Direktor Karl Maibaum in Nürnberg. In Mappe. Preis 12,50 Mk., mit Porto 12,80 Mk.

Möbel im Jugendstil von M. Graef. 26 Foliotafeln nebst erklärendem Text und 8 Tafeln mit Werkstattzeichnungen. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Das Beizen und Färben des Holzes von W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Barmen. Zweite Aufl. (Kleine Ausgabe.) 83 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk. Dritte Aufl. (Grosse Ausgabe.) 129 S. Preis broschiert 2,50 Mk., mit Porto 2,60 Mk.

Moderne Farben auf Holz, eine Musterkarte mit 138 Farbentönen (Beizungen). Supplement zur vorstehenden dritten Aufl. Preis 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Tore, Türen, Fenster und Glasabschlüsse im Stile der Neuzeit, zum unmittelbaren Gebrauch für die Praxis. Von Paul Mühlau, Architekt. 30 Tafeln mit erklärendem Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Die Expedition der Holzarb.-Ztg.

WALDE's Prakt. Tischler den jeder Käufer rühmt, umfasst in 1906er verb. und verm. Auflage **875 Seiten Text, 97 Tafeln, 1000 Figuren, 2 Modelle** und **50 Werkzeichnungen** in Naturgrösse. Gesamtpreis **20 Mk. franko,** Ratenzahlungen bes. Bed. Ansichtsmaterial gratis.
Arth. Gasch, St. Ludwig, Elsass.

Paul Horn Fabrik chemischer * * Produkte * * Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmässigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten gibt mein **Jubiläumskatalog,** ein Lehrbuch des Polierens, Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:

Jubiläums-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrierte Schellack-Politur, porenschliessende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salonmatt.
Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack.
Schleif- und Polieröl. Farbiges Porenpulver.
Spiritusbeizen, Ambranitbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen.
Flintsteinpapier, Lederleime.
Polierspiritus usw. usw.

Der Jubiläumskatalog, ein neues Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

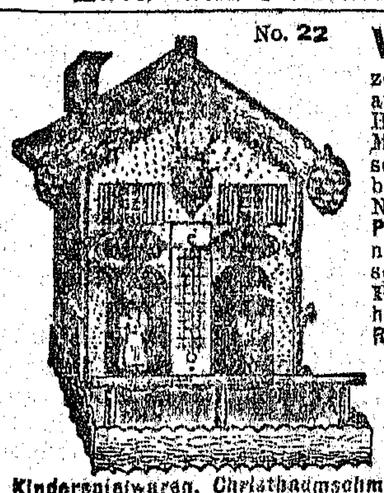
Ferner empfehle:
Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur **Einrichtung einer geordneten Buchhaltung** und goldige Ratschläge für die **Geschäftsführung.** Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—.
Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

C. Bratsch

nur in
Reinickendorf (bei Berlin)
Lack- und Politurfabrik

liefert schon 40 Jahre die **vorzüglichsten Spezialitäten** wie schwarzen und nussbraunen **Mattlack, wasserechte Mattierung, verbesserte Schellackpolitur,** u. die billigsten, tadellosen **Politurlacke.**

No. 22



Wetterhäuschen mit Thermometer, ersetzt einen Barometer, denn es zeigt jeden Witterungswechsel 24–48 Stunden vorher genau an. Wenn es schönes Wetter gibt, tritt die Frau aus dem Häuschen hervor, wenn es schlechtes Wetter gibt, tritt der Mann hervor. Zugleich ist dieses Wetterhäuschen ein schöner Zimmerschmuck. – Grösse ca. 18½ cm hoch, 14 cm breit. — Genau wie Zeichnung, per Stück Mark **1.20.** No. **22½.** Dasselbe in einfacher Ausführ., per St. Mk. **0.85.** Porto 60 Pfg. extra. — Weniger wie 2 Stück versenden wir nur gegen vorherige Einsendung des Betrages. 12 Stück versenden wir franko und legen 1 Stück gratis bei. **Unsern Pracht-Katalog,** enthaltend grosse Auswahl in Haushaltungs-Artikeln, Tischmessern und Gabeln, Rasiermessern, Rasierbestecken von Mk. 2.50 an, Haarschneidemaschinen von Mk. 3.50 an, Taschen-, Tafelmessern und Gabeln, Damen-, Haar- und Schneiderscheren, Reben- oder Gartenscheren, Sensen, Gärtnermessern, Brot-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- u. Wiegemessern Uhren, Uhr- und Halsketten, Broschen, Ringen, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcken, Fernrohren, Feldstechern, Schuss- und Stichwaffen, Musik-Instrumenten, Schmuckgegenständen, Kinderspielwaren, Christbaumschmuck etc., versenden wir gratis und franko ohne Kaufzwang.

Versandhaus Gebrüder Bell, Gräfrath bei Solingen 600 Stahlwarenfabrik. Gegründet 1876.

Verlag von Karl Kloß in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.